Nr. 135. Sonnabend, den 14. Juni 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.) Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Herr Windthorst in der Klemme.

Die ultramontane Diplomatie, d. h. die Methode immer auf zwei Achseln zu tragen und sich vor jeder klaren Stellungnahme zu drücken, geht in die Brüche. Die Militärforderungen sind der Fels, an dem das ultramontane Schiff ein ganz gehöriges Leck bekommen wird, ein Leck, an dem es sehr leicht zu Grunde gehen kann.

Herr Windthorst und seine Getreuen sind in Verlegenheit, wie sie sich aus der Patsche herauswinden werden, in welche sie die abermaligen Militärforderungen der Regierung mit dem schönen Plan neuer, ins Unendliche gehender Forderungen für Militärzwecke im Hintergrunde, gebracht hat. Bewilligen möchten sie, wenigstens der konservativ-aristokratische Flügel des Zentrums, zu welchem auch Herr Windthorst trotz aller diplomatischen Mätzchen innerlich gehört. Dem gegenüber steht aber der demokratisch angehauchte kleinbürgerliche Theil der Partei und die Masse der Wählerschaft, die immer noch naiv genug ist, an die Oppositionsstellung des Zentrums zu glauben und die entschiedene Meinung hat, daß es mit Bewilligungen für Militärforderungen genug sei.

Aus diesem Dilemma herauszukommen, das ist die Aufgabe, über welche sich der alte Fuchs Windthorst jetzt den Kopf zerbricht. Der Mittel, deren er sich bedient, sind verschiedene. Während er ganz aus eigener Initiative vor seinen Freunden und in der Militärkommission das Gespenst der Auflösung des Reichstags und noch „Schlimmeres“ in Aussicht stellt, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, sucht er durch Resolutionen, die nichts besagen und deren Annahme durch den Reichstag die Regierung zu nichts verpflichtet, vor den Naiven im Lande den Glauben zu erwecken, als hätten diese Resolutionen etwas zu bedeuten, als bildeten sie den Weg zur Besserung und nöthigten die Regierung einzuhalten.

Das Ganze ist ein höchst oberflächliches, der größten Verlegenheit erwachsenes Gaukelspiel und die Opposition soll sich zehnmal besinnen, ehe sie diesen nichtssagenden Resolutionen Windthorst's ihre Zustimmung giebt und damit dem alten Fuchs ein Mittel gewährt, abermals den Riß in der eigenen Partei zu verkleistern. Erhielte Windthorst die Mehrheit des Reichstags für seine Resolutionen und sogar die Zustimmung der gesammten Linken, dann wäre er aus einer großen Verlegenheit gerettet, und er hätte einmal wieder auf Kosten der Klarheit der Sache einen Sieg erfochten, wie kaum zuvor.

Die Aufgabe, namentlich der Linken, muß unseres Erachtens sein, dieses Doppelspiel Windthorst vor der Wählerschaft zu enthüllen und zu zerpflücken und darauf zu dringen, daß eine klare, unzweideutige Lage geschaffen wird, welche die Wählerschaft vollkommen überblicken kann. Kommt es dann zu einer Auflösung, mit welcher bis jetzt nicht die Regierung, sondern merkwürdiger Weise Herr Windthorst drohte, nun gut, dann weiß die Wählerschaft genau, woran sie ist, die Böcke sind von den Schafen gesondert und die Neuwahl wird keine Vermehrung der Schafe in den Reichsstall bringen, darüber sind wir beruhigt.

Herr Windthorst begnügte sich aber nicht mit der Auflösung des Reichstags zu drohen, er stellte noch „Schlimmeres“ in Aussicht. Den Kommentar dazu lieferte der Kriegsminister, welcher an der Hand der Verfassung glaubte nachweisen zu können, daß gegebenen Falles der Kaiser befugt sei, auf eigne Faust die Präsenzziffer der Armee zu bestimmen. Wir brauchen uns nicht in juristische Abhandlungen zu vertiefen, um zu beweisen, daß diese Auffassung eine grundfalsche ist. Sie wird durch die 24jährige Praxis im Norddeutschen Bunde und im Reiche widerlegt. Lägen die Dinge so, daß der Kaiser so einfach über die Präsenzziffer bestimmen könnte, wie jetzt Herr von Verdy dem Fürsten Bismarck nachahmend darzustellen beliebt, die Kämpfe um die verschiedenen Septennate hätten gar keinen Sinn gehabt. Die Vorschläge, welche die Regierungen auf diesem Gebiete dem Reichstag stets machten, sprechen gegen die kriegsministerielle Auffassung. Will man sich aber von Oben in Gegensatz zu den Anschauungen fast des gesammten Reichstags und in Widerspruch mit der ungeheuren Volksmehrheit setzen, nun so thue man es, man wird sehen, wohin man kommt.

Glaubt man, das deutsche Volk werde sich in ähnlicher Weise behandeln lassen, wie in der Konfliktszeit der sechziger Jahre das preußische, man dürfte sich irren. Die Zeiten sind mittlerweile ganz andere geworden. Die politische Bildung und Einsicht der Massen hat in diesem Zeitraum gewaltige Fortschritte gemacht; außerdem besteht nicht, um mit Fürst Bismarck zu reden, „ein verrottetes Wahlsystem“, wie das Dreiklassenwahlsystem in Preußen, sondern es regiert das allgemeine Stimmrecht, das ein ganz anderer Machtfaktor ist.

Kurz, wir glauben nicht, daß man ernsthaft an Handlungen denkt, wie Herr Windthorst sie ausmalt und Herr von Verdy sie als theoretisch zulässig andeutet. Die Zeiten sind für immer vorbei, in welchen man dauernd gegen den ausgesprochenen Volkswillen zu regieren vermochte.

Korrespondenzen.

Zürich, 11. Juni. Kaum daß vor zwei Jahren eine umfassende und zum Theil ganz beträchtliche Zollerhöhung stattgefunden hat, ist nun abermals eine solche im Anzuge, wobei einige landwirthschaftlichen Vereinigungen die treibenden Elemente zu sein scheinen. Für eine Reihe landwirthschaftlicher Produkte, die zur Ernährung dienen, wie Butter, Mehl, Schlachtvieh 2c., sollen die Zölle um das Doppelte, ja bei einzelnen Artikeln sogar um das Vierfache des jetzigen Ansatzes erhöht werden. Wie die Dinge liegen, haben die Landwirthe ziemliche Aussicht, ihren Wunschzettel verwirklicht zu sehen.

Sollte diese Zollerhöhung nun in der That beschlossen werden, so bedeutete dies eine Vertheuerung des Lebensunterhaltes, die bei einzelnen Artikeln wohl bis zu 20 pCt. ihrer jetzigen Preise ansteigen würden. Unter diesen Umständen sollte man glauben, müßte sich wenigstens die ganze organisirte Arbeiterschaft erheben und in öffentlichen Versammlungen, mit Flugblättern u. s. w. energisch dagegen protestiren. Statt dessen wird die drohende Gefahr gar nicht beachtet. Die Arbeiterblätter, die sich bereits dagegen erklärt, werden zu wenig gelesen und die andere Presse, deren Parteien die Bauern bei den Wahlen und Abstimmungen nöthig haben, besprechen die Angelegenheit entweder gar nicht oder nur in oberflächlicher und reservirter Form.

Nimmt man dazu den mit so vielen bedenklichen Klauseln abgeschlossenen Niederlassungsvertrag und die reaktionären Bestimmungen über zukünftige Auslieferungen und den Anarchistenartikel, so kann man sagen: Die Zustände in der Schweiz fangen nachgerade an, ungemüthlich zu werden.

Dagegen will das Bischen Sozialreform, das man immer plant und das so ungemein langsam im Schneckentempo sich bewegt, wenig beruhigen. Zur Einführung der Kranken- und Unfallversicherung hat der Nationalrath die Abänderung der Bundesverfassung beschlossen; dieser Beschluß hat erst noch den Ständerath und dann die Volksabstimmung zu passiren. Bis dahin dürfte noch eine geraume Zeit verstreichen und bis dann das Gesetz selbst die verschiedenen Phasen durchlaufen, um endlich in Kraft zu treten, da dürften wir uns wohl der Mitte dieses Jahrzehnts nähern. Viel früher oder womöglich gar noch später, ist auch eine Abänderung des Fabrikgesetzes im Sinne der Reduktion der Arbeitszeit, seiner Ausdehnung auf das Gewerbe und sonstiger Verbesserungen kaum zu erwarten.

Erfreulicher Weise schreitet indeß die von den Arbeitern selbst eingeleitete Zehnstundenbewegung vorwärts. Eine ganze Reihe von Berufen, so die Tapezirer, die Gypser, die Maler, die Spengler, die Glaser und eine Anzahl Fabriken, haben an den verschiedenen Orten die 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Augenblicklich sind die Metallarbeiter daran, von der 11- zur 10stündigen Arbeitszeit überzugehen.

In der Gewerbekommission des deutschen Reichstages wurde kürzlich behauptet, daß in der Schweiz die Bestimmung des Fabrikgesetzes, es sei am Vorabend vor einem Sonn- oder Feiertag um 5½ Uhr die Arbeit zu beenden, blos auf dem Papier stünde, der Abgeordnete, der dieses behauptete, war „König“ Stumm. Entweder hat Herr Stumm noch nie etwas über die Ausführung des schweizerischen Fabrikgesetzes vernommen, oder er sagte bewußt die Unwahrheit. Wir können konstatiren, daß vielleicht keine andere Bestimmung des Fabrikgesetzes von den Fabrikanten so exakt eingehalten wird, wie gerade diejenige betreffs des Feierabends an Sonnabenden oder an

---

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.) [57

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Von diesem Streit ergriffen, stand Mouret wortlos da. Er hatte eine tiefe Scheu vor solchen Auseinandersetzungen unter Frauen. Henriette wollte ihm ein verdammendes Wort für das Ladenmädchen entreißen und da er dieses Wort nicht fand, stachelte sie ihn durch eine letzte Demüthigung auf.

— Es ist gut, mein Herr, ich muß also in meinem eigenen Hause die Unverschämtheiten Ihrer Maitressen dulden! . . . eines Mädchens, das Sie in irgend einer Gasse aufgelesen haben!

Zwei schwere Thränen funkelten in den Augen Denisens. Seit langer Zeit hielt sie dieselben zurück, aber vor dieser Beschimpfung war ihr Muth zu Ende. Als er sie so weinen sah, ohne auf die Beschimpfung mit gleicher Heftigkeit zu erwidern, als er sie in ihrer stillen verzweifelten Würde sah, zögerte Mouret nicht länger; sein Herz flog ihr in grenzenloser Zärtlichkeit entgegen. Er nahm sie bei der Hand und stammelte:

— Gehen Sie rasch nach Hause, mein Kind, und vergessen Sie dieses Haus.

Verblüfft und sprachlos vor Zorn, blickte Henriette Beide an.

— Warten Sie einen Augenblick, sagte er dann, indem er selbst den Mantel zusammenlegte; nehmen Sie diesen Mantel mit, Madame wird sich anderwärts einen andern kaufen; und weinen Sie nicht, ich bitte Sie, Sie wissen wohl, wie hoch ich Sie schätze.

Er begleitete sie bis zur Thüre, die er hinter ihr schloß. Sie hatte kein Wort gesprochen, aber eine rosige Flamme war ihr in die Wangen gestiegen, während abermals Thränen in ihre Augen traten, welche aber Thränen der Freude waren.

Henriette, die schier erstickte, hatte ihr Taschentuch gezogen, das sie krampfhaft an ihre Lippen preßte. Das war ein Umstoß aller ihrer Berechnungen, sie selbst war in die Grube gefallen, die sie gegraben hatte. Sie war verzweifelt darüber, daß sie von ihrer Eifersucht gepeinigt, die Dinge so weit getrieben hatte. Für ein solches Geschöpf verlassen zu werden, von ihr verachtet zu werden! Ihr Stolz litt noch mehr als ihre Liebe.

— Also dieses Mädchen lieben Sie? stammelte sie mühsam, als sie allein waren.

Mouret antwortete nicht sogleich. Er ging mit langsamen Schritten im Zimmer auf und ab, wie versunken in seine heftige Erregung. Endlich blieb er stehen und sagte sehr höflich, zugleich sehr kühl:

— Ja, Madame.

Henriette sank in einen Sessel und indem sie das Taschentuch zwischen ihren fieberhaft zitternden Fingern zerknüllte, sagte sie ein um das andere Mal:

— Mein Gott, wie unglücklich bin ich!

Er betrachtete sie einige Sekunden stumm, dann entfernte er sich ruhig. Sie blieb allein und weinte lange in der Stille ihres Zimmers, die unruhigen Augen auf die Stecknadeln gerichtet, welche auf dem Toilettetisch und dem Parket ausgestreut waren.

Als Mouret in den kleinen Salon zurückkehrte, fand er niemanden als Vallagnose, denn der Baron war zu den Damen zurückgekehrt. Da er noch in höchster Aufregung war, setzte er sich auf ein Kanapee im Hintergrunde des Zimmers und sein Freund, als er ihn so bleich sah, stellte sich barmherzig vor ihn, um ihn den neugierigen Blicken zu verbergen. So betrachteten sie einander eine Weile, ohne ein Wort auszutauschen. Dann fragte Vallagnose, welchen die Verlegenheit Mourets innerlich erheiterte, mit seiner spöttischen Stimme:

— Amüsirst Du Dich immer gut?

Mouret schien die ganze Frage nicht sogleich zu verstehen. Allein, als er sich ihrer früheren Gespräche über die Leere und unnütze Pein des Lebens erinnerte, antwortete er ihm:

— Gewiß, ich habe niemals so viel gelebt. Ja, mein Alter, Du mußt Dich nicht über mich belustigen, die kürzesten Stunden des Lebens sind diejenigen, in welchen man vor Leiden zu sterben glaubt.

Er dämpfte die Stimme und fuhr dann in etwas heiterem Tone fort, indem er seine Thränen kaum zu unterdrücken vermochte:

— Ja, Du weißt Alles, nicht wahr? Sie sind jetzt gekommen, alle Beide, um mir das Herz zu spalten. Aber auch das ist noch wonnevoll, fast ebenso wonnevoll wie ihre Liebkosungen. Ich bin gebrochen, ich kann nicht weiter, aber das thut nichts, Du kannst Dir nicht denken, wie sehr ich das Leben liebe. O, ich werde dieses Kind schließlich dennoch besitzen, welches sich weigert.

Vallagnose begnügte sich zu sagen:

— Und dann?

— Und dann, dann werde ich sie haben. Ist das nicht

Vorabenden vor den Festtagen. Wir konstatiren damit eine von Niemanden in der ganzen Schweiz angezweifelte Thatsache, und wer anderes behauptet, der lügt und wäre es selbst ein König Stumm!

Politische Uebersicht.

Das Konfliktsgespenst gehört, gleich den übrigen politischen Gespenstern („Rothes Gespenst" und Kriegsgespenst) zu dem ständigen Inventar unserer modernen deutschen Regierungskunst. (S. a. Leitartikel.) Es pflegt sich stets dann einzustellen, wenn irgend eine Partei, welche vorher große Oppositionsworte gemacht hat, auf dem Punkte steht, „umzufallen." Als im Jahre 1884 die Fortschrittspartei sich zur Verlängerung des Sozialistengesetzes entschloß, tauchte plötzlich der „Konflikt" auf, und führte zu den bekannten Abkommandirungen. Und als 1887 die Fortschrittspartei das Recht der jährlichen Bewilligung durch den Reichstag preisgab, wurde der Verrath ebenfalls durch das Konfliktsgespenst verdeckt. Und jetzt, wo das Konfliktsgespenst wiederum umgeht, handelt es sich abermals um einen Verrath — nur daß es diesmal das Zentrum ist, welches seinen „Umfall" maskiren will — und nicht die Fortschrittspartei.

Herr Windthorst muß der Regierung die neue Militärvorlage als Zahlung für ein vorläufig noch in Dunkel gehülltes Aequivalent durchbringen, und da seine Getreuen zum Theil bockbeinig sind, so muß der „Konflikt" herhalten.

Es ist dies ein geradezu unverschämter Humbug. Wenn es je einen Zeitpunkt gegeben hat, in welchem der Reichstag dem Militarismus gegenüber eine günstige Position hatte, so ist es die gegenwärtige. Die Masse des Volks ist durch den enthüllten Zukunftsplan des Kriegsministers erschreckt und die Regierung ist noch nicht konsolidirt. Sie wäre deshalb, im Falle eines negativen Votums, gar nicht in der Lage, zu einer Auflösung zu schreiten, denn ihre Niederlage bei den Nachwahlen wäre sicher.

Trotzdem behauptet Herr Windthorst, der die ganz genau weiß, im Herbst werde die Position des Reichstages eine bessere sein als jetzt — während umgekehrt, wie der neue Reichskanzler es ja mit dankenswerther Offenherzigkeit gesagt hat, die Regierung dann in einer weit günstigeren Lage wäre.

Indem Herr Windthorst die thatsächlichen Verhältnisse so auf den Kopf stellt und dafür sorgt, daß der geeignetste Moment der Aktion verpaßt wird, erzeigt er der Regierung einen Dienst von außerordentlicher Wichtigkeit, und der Wichtigkeit des Dienstes wird der Lohn entsprechen. Und das darf nicht vergessen werden: wie der Dienst auf Kosten des deutschen Volkes geleistet wird, so wird der Lohn aus der Tasche des Volkes bezahlt werden.

Die rechtlichen Zustände, welche durch das Erlöschen des Sozialistengesetzes in Bezug auf solche Vergehen gegen das Sozialistengesetz geschaffen werden, die bis zum 1. Oktober d. J. noch nicht rechtskräftig abgeurtheilt sind, geben in juristischen Kreisen zu lebhaften Erörterungen Anlaß, und je länger die Erörterungen dauern, desto weiter gehen die Meinungen auseinander, desto größer wird die Unklarheit. Es hat dies seinen Grund in der eigenthümlichen Natur des Sozialistengesetzes, das, als Ausnahmegesetz den ganzen Rechtszustand gestört und in Verwirrung gebracht hat. Fest steht, daß das Rechtsgefühl des Volkes auf das Schwerste verletzt würde, wenn nicht nur erst nach dem 30. September, sondern schon jetzt — Verurtheilungen auf Grund eines Gesetzes erfolgten, das selber verurtheilt ist und als gemeinschädlich aufgegeben werden mußte.

Wie der Staatsminister von Bötticher in der Reichstagssitzung vom Mittwoch erklärte, werden gegenwärtig an den zuständigen Stellen Gesetzentwürfe ausgearbeitet, welche die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk und das Seefischereigewerbe bezwecken. Die „B. Pol. Nachr." bemerken dazu: „Unsere bisherige gewerbliche Unfallversicherung ist zum allergrößten Theile berufsgenossenschaftlich organisirt, die Unternehmer sind in Verbänden vereinigt, welche die Entschädigungslast für die innerhalb ihres Berufszweiges vorgekommenen Betriebsunfälle tragen. Diese Organisation wird sich, wenigstens für einen Theil der neu unter die Unfallversicherung einzubeziehenden Gewerbekreise nicht durchführen lassen. So giebt es beispielsweise unter den Seefischern nicht die leistungsfähigen Unternehmer, wie in anderen Berufszweigen, und diese bilden doch die Voraussetzung für die Errichtung einer Berufsgenossenschaft."

Der Unternehmerschutz, nach welchem die „Köln. Ztg." und verwandte Blätter fortwährend jammern, scheint in Hamburg bereits völlig verwirklicht zu sein. Die Hamburger Polizei strebt mit Erfolg nach dem Ruhme, ganz im Dienst des Unternehmerthums aufzugehen und jede Gelegenheit zu benutzen, um sich in die Lohnkämpfe zu Gunsten des wirthschaftlich stärkeren Theils einzumischen. So hat sie kürzlich wieder folgende Bekanntmachung erlassen:

„Bekanntmachung.

Da es neuerdings wiederholt vorgekommen ist, daß Arbeitswillige vergewaltigt und zur Arbeitseinstellung oder zum widerwilligen Festhalten an der Arbeitseinstellung gezwungen worden sind, wird hierdurch vor ähnlichen Gesetzwidrigkeiten dringend gewarnt und ersucht, in dieser Beziehung vorkommende Ausschreitungen unverzüglich und ausnahmlos zur Anzeige zu bringen.

Zugleich werden die betreffenden Arbeiterkreise wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Polizeiwachen und Patrouillen angewiesen worden sind, gegen etwaige Störungen und Belästigungen in der Arbeit jeder Zeit Schutz zu gewähren.

Hamburg, 11. Juni 1890.

Die Polizeibehörde."

Die deutschen Arbeiter werden es sich zur Ehrenpflicht machen, ihren Hamburger Brüdern in dem schweren Kampfe, den ihre Organisationen gegenwärtig zu bestehen haben und der ihnen von allen Seiten erschwert wird, nach Kräften zu helfen.

Der Bundesrath hielt am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher eine Plenarsitzung ab. Zur Vorlegung gelangte eine weitere Sammlung von Aktenstücken über Ostafrika, sowie ein Antrag Sachsens, betreffend den Aufruf und die Einziehung der Fünfhundertmarknoten des Leipziger Kassenvereins in Leipzig. Dem Entwurf eines elsaß-lothringischen Ausführungsgesetzes zu dem Reichsgesetze über den Schutz von Vögeln wurde nach den Beschlüssen des Landesausschusses die Zustimmung ertheilt; ebenso dem Entwurfe eines elsaß-lothringischen Gesetzes über die öffentlichen Genossenschaften zum Zwecke der Anlage von Feldwegen, sowie von Bewässerungen und Entwässerungen. Ferner wurde beschlossen, die von der betreffenden ständigen Kommission ausgearbeitete dritte Ausgabe eines Arzneibuches für das Deutsche Reich vom 1. Januar 1891 in Geltung zu setzen. Dem Antrag eines Knappschaftsvereins auf Zulassung zur selbstständigen Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung wurde die Zustimmung nicht ertheilt.

„Ersatz" des Sozialistengesetzes. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auf gewisser Seite, zu der wir die gegenwärtige Reichsregierung nicht ohne weiteres rechnen wollen, der Plan besteht, das Sozialistengesetz nur dem Namen nach aufzugeben, und die Praxis des Sozialistengesetzes nach Möglichkeit fortzusetzen. Die Auslassungen gewisser Organe des Großkapitalismus verbunden mit dem Handeln und Auftreten vieler Behörden, erheben es über jeglichen Zweifel, daß die Absicht vorhanden ist, durch eine Koalition der Arbeitgeber von ganz Deutschland und durch strengste Anwendung der Straf- und Polizeigesetze gegen die Arbeiter die Aufhebung des Sozialistengesetzes zu einer illusorischen Maßregel zu machen. Wir haben gesehen, wie z. B. die „Leipziger Zeitung" schmunzelnd die Vortheile auseinandersetzte, welche das sächsische Vereinsgesetz den Feinden des Versammlungs- und Koalitionsrechtes bietet. Wir lesen jeden Tag von schwarzen Listen, von Unternehmer-Boykotts, von Arbeitermaßregelungen und von drakonischen Strafen in Fällen, wo Arbeiter in der Vertheidigung ihrer Rechte einmal gegen das Gesetz verstoßen haben — während noch kein Arbeitgeber um einer schwarzen List oder um eines sonstigen Boykotts Willen auf die Anklagebank gekommen ist. Das sind schlimme Zeichen und, wie schon angedeutet, in diesen Geschehnissen und Unterlassungen ist Methode, und von Organen des Großkapitalismus wird offen ausgesprochen, daß es sich darum handle, Ersatz für das Sozialistengesetz zu schaffen.

Kurz die Herren Großkapitalisten und die sonstigen Feinde der Arbeiter „richten sich auf die sozialistengesetzlose Zeit ein", indem sie mit Hilfe unserer reaktionären Straf- und Polizeigesetze ein Schreckensystem zu organisiren und durch festes Aneinanderschließen der Arbeitgeber jede Arbeiterkoalition in der Geburt zu ersticken suchen.

Mit andern Worten: in veränderter Form soll das Sozialistengesetz aufrecht erhalten werden.

Es wäre ein gefährlicher Irrthum, wenn die Machthaber des Tages diesem Plan zustimmten und an sein Gelingen glaubten. Die Arbeiter, welche fast zwölf Jahre lang siegreich gegen das Sozialistengesetz angekämpft und es schließlich sammt seinen Urhebern zu Fall gebracht haben, würden den Kampf gegen ein großkapitalistisches Schreckensregiment mit verdoppelter Energie aufnehmen. Mit der Aussicht auf „sozialen Frieden" wäre es aber gründlich vorbei, der Klassenhaß würde mächtig geschürt und das gewaltsam heraufbeschworene Mißtrauen der Arbeiter wäre das Grab der Sozialreform.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Donnerstag seine letzte Sitzung in dieser Session ab, in welcher zunächst das Notariatsgesetz in der vom Herrenhaus redaktionell abgeänderten Form angenommen, und eine Reihe von Wahlprüfungen und Petitionen erledigt wurden. Die Wahl des Abg. von Selle (4. Marienwerder) wurde entsprechend dem Kommissionsantrage beanstandet. Von den Petitionen wurde eine Petition der Handelskammer in Koblenz um Befreiung der Krankenkassen von der Stempelsteuer für empfangene Geschenke der Regierung als Material, eine Petition von Gymnasiallehrern um Ausdehnung des Relictengesetzes auf die städtischen Gymnasiallehrer zur Berücksichtigung und eine Petition um Erlaß eines Dotationsgesetzes für Volksschullehrer zur Erwägung überwiesen. Darauf gab der Präsident die übliche Geschäftsübersicht und erfolgten die üblichen Dankesreden. — Freitag Nachmittag 3 Uhr hat die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser des Landtages im Abgeordnetenhaus stattgefunden.

In parlamentarischen Kreisen tritt die Meinung immer bestimmter auf, daß der Reichstag nach Annahme der Militärvorlage, des 2. Nachtragsetats und der Gewerbegerichts-Novelle bis zum Herbst vertagt werden wird.

In der Untersuchungssache gegen den früheren Landesdirektor Dr. Wehr ist nunmehr auch über den ehemaligen Rittergutsbesitzer Holtz die Untersuchungshaft verhängt worden. Der letztere ist der „Danziger Zeitung" zufolge in das dortige Gerichtsgefängniß eingeliefert worden.

Mittweida. Unseren Lesern wird noch die „grobe Unfugsgeschichte" mit den „rothen Fähnchen", die einige Arbeiter am diesjährigen Wahltage auf ihren Webstuhl gesteckt hatten, bekannt sein; sie endeten mit Verurtheilung der Angeklagten. Es handelte sich dabei nicht um Fähnchen, sondern um fingerlange Arbeitszettel. Jetzt hat das Oberlandesgericht die Beschuldigten kostenlos freigesprochen. Auch die Untersuchung der Farbe jener kleinen Fähnchen ergab, daß diese nicht „roth", sondern „orange" waren.

Wiesbaden, 7. Juni. Vor zwei Jahren ging die Notiz durch die Blätter, daß sechs Fachvereine in Wiesbaden polizeilich bis auf Weiteres von dem Herrn Polizeidirektor von Rheinbaben geschlossen seien. Die Schließung wird jetzt ein Nachspiel in einem Prozeß haben. Es sind 27 Mann angeklagt, die theilweise die Anklageschrift schon zugestellt erhalten haben, theilweise noch nicht. Die Anklage umfaßt 80 resp. 84 Seiten und angeklagt sind 4 Schriftsetzer, 5 Glaser, 4 Schreiner, 2 Schuhmacher, 5 Schneider und 7 Maurer. In der Anklage werden die Vereine als politische hingestellt, welche öffentliche Angelegenheiten in ihren Versammlungen behandelt haben, ohne der Polizeibehörde davon Anzeige zu machen.

Staßfurt. Bei Gelegenheit einer öffentlichen sozialdemokratischen Wahlversammlung wurde aus der Mitte der Versammlung der Ruf ausgestoßen: Hoch lebe die Sozialdemokratie, in welchen Ruf die Anwesenden dreimal einstimmten.

Der Bergmann Häußler sollte nun derjenige gewesen sein, welcher dieses Hoch ausgebracht. Hierdurch sollte er grober Unfug verübt haben, insbesondere deshalb, weil sich dadurch die beiden überwachenden Polizeibeamten mit Recht belästigt fühlen mußten.

Der Gesetzübertreter wurde vom Schöffengericht Staßfurt zu 4 Wochen Haft verurtheilt.

Auf eingelegte Berufung hat nun das Magdb. Landgericht den Angeklagten am 10. d. M. freigesprochen.

Das Gericht nimmt an, daß durch den Ruf „Hoch lebe die Sozialdemokratie" an sich nicht grober Unfug verübt werden könne, weil die sozialdemokratische Partei die durch diesen Ruf gefeierte werde nicht eine anarchistische Partei sei, und nur das Feiern der letzteren als grober Unfug wegen der hierin liegenden Verletzung der öffentlichen Interessen zu bezeichnen sein (also doch!). Das Gericht ist ferner mit Rücksicht auf die konkrete Sachlage der Ansicht, daß eine Verletzung der öffentlichen Ordnung darin nicht zu finden sei, daß der Ruf in Gegenwart der beiden Polizeibeamten erhoben sei.

Naut, 10. Juni. Das tägliche Leben in der Strafanstalt zu Vechta schildert Pfarrer Langhorst, der evangelische Geistliche jener Anstalt, in den „Kirchl. Beiträgen" folgendermaßen: Von einem freien Willen ist keine Rede mehr und das geht auch nicht anders, an seine Stelle tritt die unerbittliche Hausordnung, es heißt nur noch: du mußt. Im Sommer wird um 5 Uhr, im Winter um 5½ Uhr Morgens aufgestanden, dann das Bett gemacht, die Bettstelle aufgeklappt, die Zelle und Kleider gereinigt, Fenster geöffnet, die Leute haben sich zu waschen und zu kämmen. Dann erhält jeder Kaffee und 1 Pfund trockenes Schwarzbrot, eine Stunde nach dem Aufstehen hat spätestens die Arbeit zu beginnen, die bis 12 Uhr Mittags dauert, ausgenommen, wenn sie durch Schul- oder Erbauungsstunde oder Spazierengehen unterbrochen wird. Das Mittagessen besteht aus Hülsenfrüchten, Reis, Graupen, grünen Gemüsen in Suppenform, wozu dem jeder 1½ Liter enthält, am Mittwoch und Sonntag giebt es ein Stück Speck oder Fleisch, sonst nicht, um 4 Nachmittags wird wieder ein halbes Brot vertheilt. Um 1 Uhr fängt die Arbeit wieder an und dauert bis 7½ Uhr Abends, dann giebt es 1 Liter Mehl-, Brot- oder Kartoffelsuppe, der Gefangene hat noch eine Stunde Licht und um 8½ Uhr geht er zu Bett. Sonntags wird nicht gearbeitet, sonst verläuft der Tag wie immer, nur der Gottesdienst, etwaige Schularbeit, Briefschreiben (jeden Monat ein- oder zweimal) und Lektüre, zu der er des Sonnabends ein Buch erhält, bringen Abwechselung. Und nun die Nacht, die oft so lange Nacht! Still ist es im Hause, nachdem die Aufseher fortgegangen sind und dann Nachtwache

---

genug? Du hältst Dich für sehr stark, weil Du nicht leiden und nicht dumm sein willst. Du bist aber nur der Narr Anderer, nichts weiter; strebe nach Einer und trachte sie endlich zu erlangen, das wird Dir in einer Minute Vergeltung bringen für alle Leiden.

Allein Vallagnose ging in seinem Pessimismus bis zum Aeußersten. Wozu nützt es zu arbeiten, sagte er, nachdem das Geld nicht Alles bietet? Er würde die Boutique zugesperrt und sich unthätig auf den Rücken gelegt haben, an dem Tage, wo er erkannt haben würde, daß alle Millionen nicht hinreichen, um die begehrte Frau zu erkaufen. Mouret wurde ernst, als er ihn so reden hörte, dann brach er heftig los, denn er glaubte an die Allmacht seines Willens.

— Ich will sie und werde sie besitzen! das ist doch sehr einfach; und wenn sie mir entkommt, so sollst Du die Maschine bewundern, die ich bauen werde, um mich zu kuriren. Du verstehst diese Sprache nicht, mein Alter. Sonst würdest Du wissen, daß die Handlung schon den Lohn in sich trägt. Handeln, schaffen, die Thatsachen bekämpfen und sie besiegen oder von ihnen besiegt zu werden: Dies umfaßt alle Freude, alle Kraft des Menschen.

— Es ist nichts als eine Art sich zu betäuben, murmelte der andere.

— Nun denn, ich will mich betäuben, ich will lieber in Leidenschaft vergehen als in langer Weile.

Und nun lachten alle Beide. Das Thema erinnerte sie an ihre alten Diskussionen im Kollegium. Vallagnose erging sich wieder einmal in Phrasen über die Nichtigkeit des Lebens. In drei Jahren hatte man seine Bezüge im Ministerium um 600 Franks erhöht, er hatte jetzt 3600 Franks, kaum genug, um anständige Zigarren zu rauchen; es lohne nicht der Mühe, weiter zu leben und wenn er sich keine Kugel durch den Kopf jagt, so thut er es nur aus Bequemlichkeit nicht. Und als Mouret ihm sein Heirathsprojekt mit Fräulein de Boves erwähnte, sagte er, daß trotz des zähen Lebens der Tante die Angelegenheit demnächst abgeschlossen werden würde; er glaube es wenigstens, denn die Eltern hätten ihre Zustimmung gegeben, das Mädchen aber thäte, als ob es keinen eigenen Willen hätte. Warum sollte der Mensch sich auch anstrengen, fügte er hinzu, da die Dinge niemals eine solche Wendung nehmen, wie man es wünsche? Und er führte seinen künftigen Schwiegervater als Beispiel an, welcher in Madame Guibal eine nachgiebige gefällige Blondine, die Kaprize einer Stunde zu finden hoffte, und welche ihn nun mit Peitschenhieben lenkte, wie man ein altes Roß lenkt, dessen letzte Kräfte man ausnützt. Während man ihn auf einer Inspektionsreise nach Saint-Lô begriffen glaubte, saß er mit ihr in einem kleinen Landhause zu Versailles.

— Er ist glücklicher als Du, sagte Mouret, sich erhebend.

— O gewiß, erklärte Vallagnose. Es scheint überhaupt, daß nur das Schlechte amüsant sei.

Mouret hatte sich wieder gefaßt und er dachte daran, zu verdunsten, aber er wollte nicht, daß seine Entfernung einer Flucht ähnlich sehe. Er kehrte mit seinem Freunde unter fortwährenden Scherzen in den Salon zurück, wo man noch immer beim Thee war. Baron Hartmann fragte ihn, ob der Mantel endlich passe und Mouret, ohne jede Verlegenheit, erwiderte, daß er darauf verzichte, Madame Desforges zu überzeugen. Alle Welt war erstaunt. Während Madame Marty sich beeilte, ihm Thee einzugießen, beschuldigte Madame de Boves die Magazine, daß sie immer zu enge Kleider machen. Endlich konnte er sich neben Bouthemont setzen, der sich nicht von der Stelle gerührt hatte. Ohne viele Umstände erklärte er diesem, daß die Berathung der Interessirten beschlossen hätte, auf seine ferneren Dienste zu verzichten. Er that dabei als ob er über diesen Beschluß in Verzweiflung wäre. Er sei über die Sache dermaßen erzürnt gewesen, daß er wie außer sich den Berathungssaal verlassen habe; aber was könne er thun? er könne mit den Interessenten wegen einer Personalfrage nicht brechen.

Bouthemont hörte ihm bleichen Angesichts zu und mußte ihm für sein Wohlwollen noch danken.

— Das muß ein schrecklicher Mantel sein, erklärte Madame Marty, Henriette will ihn ja gar nicht mehr ablegen.

In der That begann das lange Ausbleiben der Hausfrau alle Welt zu beunruhigen; jetzt erschien endlich Madame Desforges.

— Verzichten auch Sie; rief Madame de Boves in heiterem Tone.

— Wie so denn?

— Ja, Herr Mouret hat erklärt, er verzichte darauf, daß der Mantel Ihnen jemals passen werde.

Henriette zeigte sich sehr erstaunt.

— Herr Mouret hat gescherzt, der Mantel wird vortrefflich passen.

Sie schien sehr ruhig und lächelnd. Ohne Zweifel hatte sie ihre Augen gewaschen, denn sie waren frisch, zeigten nicht die geringste Röthe; während ihr ganzes Wesen bebte und blutete, fand sie noch Kraft, ihr Leiden unter der Maske der Anmuth der wohlerzogenen Dame zu verheimlichen. Sie bot mit ihrem gewohnten Lächeln Vallagnose Sandwichs an. Nur der Baron, der sie sehr gut kannte, bemerkte das leise Beben ihrer Lippe und das dunkle Feuer ihrer Augen, das sie nicht löschen hatte können. Er errieth die ganze Szene.

— Mein Gott, Jeder nach seinem Geschmack, sagte Frau von Boves, indem auch sie einen Sandwich nahm. Ich kenne Frauen, die nicht einmal einen Meter Band anderwärts als im Louvre kaufen würden. Andere wieder schwören auf den Bon Marché; es ist Temperamentssache.

— Der Bon Marché ist Provinz-Geschmack, murmelte Madame Marty, im Louvre aber ist das Gedränge zu groß.

(Fortsetzung folgt.)

ihren Dienst angetreten hat, und diese Stille ist unheimlich, unheimlicher als der Tag mit seinem Geräusch für den, der hinter eisernen Stangen und mit doppeltem Verschluß an der Thür einsam für sich allein ist ꝛc. — Dieses Leben müssen nach obigen Ausführungen nun auch politische Verbrecher und wegen Preßvergehen Inhaftirte führen. Ob es am Ende des 19. Jahrhunderts dem Stande der Humanität entspricht, keinen Unterschied zwischen entehrenden und nicht entehrenden Vergehen beim Strafvollzug zu machen, ist ja neulich im Reichstage erörtert worden, und wir wollen hoffen, daß in nicht allzuferner Zeit das Strafgesetzbuch in angedeuteter Form reformirt wird. Aber eine Aenderung des Strafvollzuges ist durchaus nothwendig.

Ausgewiesener Nichtgentleman. Der in dem letzten Münchener Geheimbundprozesse zur traurigen Berühmtheit gelangte „erste Nichtgentlemen" auf dem Zeugenstand, Heinrich Fürst, wurde aus Augsburg ausgewiesen. Bekanntlich verbüßte Fürst wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit eine 1½jährige Zuchthausstrafe. Gleich nach seiner Freilassung fand sich Fürst wieder in Augsburg ein. Allein seine damaligen Verehrer und die Polizei wollten von dem „Ehrenmanne" nichts wissen und verwiesen ihm am Sonnabend die Stadt.

Ueber die Verhältnisse des Togogebiets wird der „Kölnischen Zeitung" aus Klein-Popo von Herrn J. K. Viktor den 15. Februar geschrieben. In dem Berichte finden sich nachstehende bemerkenswerthe Ergüsse über Branntwein- und Sklavenhandel:

„Da ich selbst weder Sklaven- noch Branntweinhändler bin, so mag es mir gestattet sein, über diese beiden wunden Punkte auch einige Worte zu sagen. Die Behauptung des Abg. Richter, daß das Togogebiet ein Schlupfwinkel für den Schmuggel und Sklavenhandel sei, ist ebenso irrig, als wenn der Geheime Legationsrath Krauel bestreitet, daß Sklaven im deutschen Schutzgebiet verkauft werden. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Ebensowohl wie in der englischen Goldküsten-Kolonie und in den französischen Kolonien täglich Sklaven gekauft und verkauft werden, ebenso werden sie in der deutschen Kolonie gekauft und verkauft. Die Karawanen kommen aus den Sklavenmärkten aus dem Innern, welche nicht im deutschen Gebiet liegen, besonders von Salaga, und bringen häufig Sklaven mit. Der einzige Unterschied ist der, daß im englischen Gebiet, wo der Sklavenhandel amtlich verboten ist, meistens nur Kinder und größere Mädchen, hier aber auch größere Jungen und Männer verkauft werden (also mehr wie im englischen Gebiet!); auch sind die Sklaven in der Goldküsten-Kolonie 40 M. im Durchschnitt theurer. Ich mißbillige den Sklavenhandel und die Sklaverei durchaus und ich glaube, daß die Regierung mit der Zeit dagegen einschreiten wird und einschreiten muß, wie sie jetzt schon Sklavenjagden in ihrem Gebiet ahndet.

Was die andere Frage betrifft, so stößt man hier an der Küste allerwärts auf Widerspruch, wenn man behauptet, daß der Branntweinhandel der Verderb der Neger sei. In der That bekommt man hier Betrunkene nur selten zu Gesicht. Die Faktoreien liegen ganz außerhalb der Stadt und ein Europäer wird fast nie des Abends oder Nachts in das Negerdorf kommen. Ebensowenig aber kommt ein betrunkener Schwarzer zu einem Europäer, da er sehr gut weiß, daß er hinausgeworfen werden würde. So liegt es auch wohl in den Verhältnissen — hier jedenfalls und in Kamerun wahrscheinlich auch — daß der kaiserliche Kommissar berichtet hat, daß von Mißständen infolge der Einfuhr von Branntwein und Spirituosen nichts bekannt sei. Sebbe, der Sitz des Kommissars von Togo, liegt, durch zwei Arme der Lagune getrennt, etwa dreiviertel Stunde von Klein-Popo und zugleich etwa eine halbe Stunde von jeder größeren Ortschaft entfernt. Die Leute, welche sich in Sebbe aufhalten, sind Angestellte der Regierung, Soldaten, Arbeiter, Diener ꝛc., unter denen ein übermäßiger Branntweingenuß selten vorkommt, weil der Betroffene weiß, daß er alsbald entlassen würde. Daß der Kommissar außer der ganzen Verwaltung, den Reisen, den Berichten nach Hause und aller übrigen Arbeit nicht noch die Zeit findet, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen, liegt auf der Hand, zumal ihm die Beobachtung in der Nähe nicht möglich ist. Nach meiner eigenen Beobachtung aber ist der Schnaps für Afrika so verderbendringend, daß ich selbst von der Einfuhr aller Spirituosen absehe. Ich habe es selbst erlebt, daß zwei unserer ersten schwarzen Angestellten im Trunk verkamen und starben; zwei Handlungsgehilfen mußten in meiner Faktorei wegen häufiger Trunkenheit im Dienst entlassen werden. Als ich von einer ungefähr ein Jahr dauernden Reise in Europa zurückkehrte, konnte ich mehr als die Hälfte meiner Arbeiter, welche inzwischen durch Krujungen ersetzt waren, nicht wieder nehmen, weil sie zu sehr tranken, und jetzt nach 1½ Jahren habe ich nur noch einen von den alten Leuten, obgleich ich es an eindringlichen und häufigen Warnungen nicht habe fehlen lassen. Die Häuptlinge und einsichtigeren Eingeborenen geben auch ganz unumwunden zu, daß durch den Branntwein die Leute hier sehr verschlechtert seien gegen früher, und der größte hiesige eingeborene Händler hat mir und anderen verschiedentlich versichert, daß er gern den Branntweinhandel aufgeben würde, wenn er nur erst etwas reicher sei. Ich lasse es natürlich dahingestellt, ob jemals eine Zeit kommen wird, daß dieser Herr sich für reich genug hält, den Spirituosenhandel aufzugeben; aber ich weiß z. B., daß hier in Klein-Povo sich eine sehr angesehene Familie zusammengethan hat, um dem Ueberhandnehmen des Trinkens unter ihren Leuten und in ihrer Gefolgschaft zu steuern. Jeden, den sie betrunken antrafen, ließen sie durchpeitschen (!). Eine Zeit lang wurde dies durchgeführt, da die Leute selbst das Heilsame dieses Verfahrens einsahen; dann aber mußte es aufgegeben werden, weil die Leute in andere Quartiere verzogen, wo sie keiner Aufsicht und keinem Zwange unterworfen waren. So liegen hier die Verhältnisse in Klein-Povo, und an den anderen Plätzen, wo ich gewesen bin, habe ich es nicht besser gefunden."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Schweiz.

Bern, 13. Juni. Der Ständerath hat einstimmig und der Nationalrath mit 112 gegen 2 Stimmen den Antrag des Bundesraths auf Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung angenommen, wonach der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen einrichtet und den Beitritt zu der Versicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch erklären kann. Ueber diesen Antrag hat nunmehr noch eine Volksabstimmung stattzufinden.

Großbritannien.

London, 12. Juni. Unterhaus. Auf die an ihn gerichtete Anfrage, ob die gestrigen Mittheilungen eines hiesigen Abendblattes über eine erfolgte oder unmittelbar bevorstehende englisch-deutsche Vereinbarung über die englische und deutsche Einflußsphäre in Afrika im Wesentlichen wahr seien, erklärte Unterstaatssekretär Fergusson, über diesen Punkt könne gegenwärtig keine Erklärung abgegeben werden. Er sei davon überzeugt, daß Lord Salisbury an seinen Erklärungen festhalten werde; etwas Weiteres könne er nicht sagen.

London, 12. Juni. Der Polizeichef von London, Monroe, hat seine Entlassung gegeben, weil der Minister des Innern mehrere von ihm gemachte Vorschläge nicht annahm.

Frankreich.

St. Etienne, 12. Juni. Wie verlautet, ist in der Staats-Waffenfabrik soeben ein großartiger Betrug entdeckt worden. Bedeutende Unterschlagungen sollen seit längerer Zeit stattgefunden haben. Ein mit Lieferungen beauftragter Angestellter der Fabrik, der entlassen worden, habe Rechnungsfälschungen durch sehr hohe Beamte zur Anzeige gebracht. Die Angelegenheit sei bereits dem Gericht übergeben worden.

Paris, 12. Juni. Deputirtenkammer. Der Boulangist Boudeau befragt die Regierung über die Maßregeln, welche sie den Behörden gegenüber ergriffen habe, die Borras verurtheilt und seine Rehabilitirung verhindert hätten. Die in eine Interpellation umgewandelte Frage wird auf Antrag des Deputirten Thevenest auf 14 Tage zurückgestellt, da der Justizminister behufs Information einen Aufschub begehrt. Eine Interpellation des Deputirten Delafosse über die Lage der Franzosen in Tunis wird auf Antrag Ribots gleichfalls vertagt. Lacretelle bringt den Antrag ein, Borras eine Pension von 6000 Frks. zu gewähren. Der Antrag wird an die Strafprozeß-Kommission verwiesen, die zur Berathung des Antrags, betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter bereits eingesetzt ist. Hierauf trat die Kammer in die Tagesordnung ein.

Der Minister des Innern hat ein Gesetz über die Altersversorgung der Arbeiter ausgearbeitet, dessen wichtigste Bestimmunden hier folgen. Der Staat sichert jedem Franzosen, dessen Jahreseinkommen von seiner Arbeit weniger als 3000 Frks. beträgt, von seinem 55. Lebensjahre an eine Leibrente von mindestens 240 und höchstens 360 Frks. jährlich zu, wenn er von seinem 25. Lebensjahre angefangen jährlich mindestens 20 und höchstens 88 Frks. an die Staatskasse bezahlt. Der Staat legt dem eingezahlten Betrage ein Drittel zu und erhält so nach den Berechnungen des Herrn Constans das Kapital, das zur Bestreitung der Leibrente genügt. Wie 600 Frks., die der Versicherte bezahlt, nebst dem Drittel, 200 Frks., das der Staat zulegt, also 800 Frks. und die dreißigjährigen Zinsen und Zinseszinsen dieser 800 Frks. genügen sollen, um ein Kapital zu bilden, aus dem man dem Versicherten vom 55. Lebensjahre bis zu seinem Tode, das heißt durchschnittlich nach den üblichen Sterblichkeitstabellen gegen fünfzehn Jahre lang, jährlich 240 Fr. bezahlen kann, ist allerdings nicht recht verständlich, wenn man nicht etwa annehmen will, daß der Staat auf eine Sterblichkeit zwischen dem 25. und 55. Lebensjahre rechnet, wie die französische Statistik sie thatsächlich nicht zeigt. Wenn der Versicherte seine Jahresbeiträge, nachdem er angefangen hat, nicht weiter bezahlen kann, so verliert er darum die Versicherung nicht. Es genügt, daß er später, zu irgend einer Zeit vor vollendetem 55. Jahre, die rückständigen Jahresbeiträge auf einmal oder in mehreren Theilzahlungen erlegt. Das Wesentliche ist, daß er dreißig Jahresbeiträge bezahle. Auch jenen Personen, die sich bei den bestehenden Renten-Versicherungskassen eine Leibrente von höchstens 360 Franks gesichert haben, kommt der Staat zu Hilfe, indem er ein Drittel der Versicherungsgebühr für die Leibrente oder ein Viertel zuzahlt, wenn es sich um eine gemischte Versicherung mit Leibrente und Kapital für die hinterbleibende Wittwe und Kinder handelt. Nach diesem Gesetzentwurfe soll auch ein solcher über die Unfallversicherung eingebracht werden, der ganz dem deutschen Vorbild angepaßt ist.

Rußland.

Petersburg, 13. Juni. Ein heute veröffentlichtes Gesetz ändert die Vorschriften betreffend die Arbeit der Minderjährigen und Frauen in Fabriken im Sinne eines erweiterten Schutzes dieser Arbeiterkategorien ab und dehnt diese Vorschriften, sowie diejenigen betreffend die Schulpflicht minderjähriger Arbeiter auf die Handwerksstuben aus.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins und Umgegend tagte am Donnerstag Abend im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Berichterstattung über die Beschlüsse der Generalversammlung des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen. Hierüber referirten die Herren Dechand und Werner. Aus dem sehr ausführlichen Bericht ist besonders hervorzuheben, daß die letzten umfangreichen Streiks große Summen verschlungen haben, so daß man sich zur Ausschreibung einer Extrasteuer für Vereinsmitglieder genöthigt sah. Die Folge war, daß die Mitgliederzahl zusammenschmolz und die Generalversammlung mußte sich auf Grund dieser Thatsache mit der Frage beschäftigen, wie dem Uebelstande am besten begegnet werden könne. Es wurde deshalb auf der Generalversammlung vorgeschlagen, die Urabstimmungen zu beseitigen, weil diese den planlosen Streiks wesentlich Vorschub geleistet hätten. Zu einer solchen Veränderung der Grundlage des Vereins habe man sich jedoch nicht entschließen können, doch habe man, um zu einem Ausweg zu gelangen, die Bestimmung angenommen, daß Mitglieder, welche beabsichtigen, die Arbeit einzustellen, dies dem Vorstand und „Ausschuß" vier Wochen vorher anzeigen müssen. Der Ausschuß hat zu entscheiden, ob und wann der Streik beginnen soll. Arbeitseinstellungen, welche ohne Einwilligung des Ausschusses begonnen werden, dürfen nicht zur Vereinssache gemacht werden und ist in diesen Fällen eine Urabstimmung unzulässig. Der Ausschuß soll, wenn er den Mitgliedern eine Unterstützung bewilligt hat, die Forderungen nur insoweit genehmigen, als sie den Verhältnissen entsprechen, resp. durch die Verwirklichung derselben thatsächlich ein Nutzen für die Tabakarbeiter geschaffen wird. Es wurde ferner anerkannt, daß ein solidarisches Vorgehen mit dem Verein deutscher Zigarrensortirer im beiderseitigen Interesse liege, diesbezügliche Anträge wurden daher angenommen. Im Uebrigen sprach die Generalversammlung den Wunsch aus, daß die Vereinsleitungen beider Vereine eine Basis finden möchten, welche den Beitritt sämmtlicher Sortirer zum Tabakarbeiter-Verein ermögliche. Weiter sei bestimmt worden, die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen und die Beiträge von 20, 15 und 10 Pf. festzusetzen. Eine Resolution, die Akkordarbeit möglichst zu beseitigen und dafür Wochenlöhne anzustreben, habe allgemeine Zustimmung gefunden. Alle freiwillig gesammelten Gelder sollen an den Ausschuß, dessen Vorsitzender Reichstagsabgeordneter Meister-Hannover ist, abgesandt werden, damit eine geregelte Vertheilung derselben erfolgen kann. Solange noch ein Defizit vorhanden ist, sollen Lohnstreiks nicht bewilligt werden; zur Deckung des vorhandenen Defizits wird die Extrasteuer noch bis Ablauf dieses Quartals beibehalten. Den Mitgliedschaften soll gestattet sein, Arbeitsnachweise zu gründen, doch sind die bezüglichen Statuten dem Ausschuß vorzulegen. Auf der Generalversammlung waren 47 Delegirte anwesend; der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. — Hiermit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgte nun die Berichterstattung über die Beschlüsse der Delegirten aus den Berliner Fabriken. Herr Reul erklärte, **daß die Delegirten beschlossen hätten, den Boykott, welchen man aus verschiedenen Gründen über eine Reihe von Berliner Firmen verhängt habe, aufzuheben, weil derselbe gegenstandslos geworden sei.** Es sei zweckentsprechender, wenn man die zuverlässigen Elemente wieder in die gesperrten Fabriken einziehen lasse, da diese stets auf Seiten der aufgeklärten Kollegen stehen würden. Einen moralischen Sieg hätten die Arbeiter zweifellos davongetragen; das frühere Abhängigkeitsverhältniß in manchen Werkstätten sei zerstört worden und es habe sich ein besserer Zustaad herausgebildet. Von den Gemaßregelten seien noch vier oder fünf zu unterstützen. Angesichts der Sachlage habe man den Vorschlag gemacht, die freiwilligen Beiträge auf 20 Pf. resp. 10 Pf. zu reduziren. — Die Versammlung war mit den Beschlüssen einverstanden. Eine lebhafte Diskussion entspann sich nun über die Frage, ob in Berlin eine lokale Vereinigung zu schaffen sei. Herr Otto trat entschieden dafür ein. Von Seiten der Behörde habe man in Berlin die Errichtung einer Zahlstelle für den Unterstützungsverein verhindert, weil derselbe eine Versicherungsgesellschaft sei. Die Sache schwebe zur Zeit noch beim Verwaltungsgericht. Es sei auch noch nicht abzusehen, wann und ob dieselbe ihre Erledigung finden werde. Dieser Zustand könne aber nicht länger aufrecht erhalten werden, wenn den Kollegen und Kolleginnen nicht ein großer Schaden erwachsen solle. Die bestehende Kommission sei nur ein loser Zusammenhang und es empfehle sich daher die Schaffung einer festen Organisation, was unbeschadet der vorhandenen Zentralisation geschehen könne. Die Mitglieder des Lokalvereins hätten die Pflicht, der letzteren ebenfalls anzugehören. Falls später in Berlin eine Zahlstelle möglich sei, hätten die Kollegen es ja immer in der Hand, die lokale Vereinigung aufzugeben. Nachdem verschiedene Redner für und gegen den Vorschlag gesprochen hatten, wurde mit großer Mehrheit der Antrag angenommen, eine Fachorganisation in Berlin zu schaffen und beschlossen, fünf Personen zu wählen, welche die Vorarbeiten erledigen sollen. Gewählt wurden die Herren: Otto, Mothes, Börner, Butry und Reul. In die Berliner Streik-Kontrolkommission wurden ferner die Herren Witzki und Börner gewählt. Ein Antrag, die der Lohnüberwachungs-Kommission zu übermittelnden freiwilligen Beiträge auf 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Kollegen festzusetzen, wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Besprechung, welche sich gegen den Berliner „Lokal-Anzeiger" richtete. Dieselbe fordert auf, dieses Blatt nicht mehr zu abonniren, auch nicht in demselben zu inseriren und bei den Geschäftsleuten nicht mehr zu kaufen, welche darin Anzeigen erlassen. Begründet wurde die Aufforderung mit dem Verhalten des Eigenthümers seinen Arbeitern gegenüber. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Fachvereins der Tischler tagte am 7. d. M. bei Joël, Andreasstr. 21, mit folgender Tagesordnung: 1. Statutenabänderung. 2. Beschlußfassung über die Erhebung einer Extrasteuer für streikende Kollegen. 3. Verstärkung der Werkstatt-Kontrolkommission. — Zum 1. Punkt bemerkt der Vorsitzende einleitend, daß die heute vorliegende vom Gesammtvorstande beantragte Abänderung des Statuts vorgenommen werden soll, einmal um den Mitgliedern die größtmöglichsten Vortheile zu gewähren, soweit sie eben von einer Organisation im Rahmen der gegenwärtigen Gesetzgebung gewährt werden können; zweitens gilt es, die Entwickelung des Vereins zu einer fortschreitenden zu gestalten und das Statut in Einklang zu bringen mit neuen, speziell den Arbeiter betreffenden gesetzlichen Bestimmungen sowie mit der gewerkschaftlichen Entwicklung überhaupt. Das Statut wird also eine wesentliche Erweiterung in Betreff des Rechtschutzes erfahren.

Redner verliest nun die vorgeschlagenen Abänderungen und stellt sie zur Diskussion. In derselben werden nur finanzielle Bedenken geäußert, denen gegenüber jedoch ausgeführt wird, daß, wenn die Mitglieder nur einigermaßen ihrer Ueberzeugung und dem Verein treu bleiben, der letztere wohl im Stande ist, diese Ausgaben, die voraussichtlich keine großen sein werden, zu bestreiten. — Nachdem man die verschiedenen Punkte einzeln diskutirt, gelangen dieselben zur Annahme in folgender Fassung:

§ 1, Absatz 6, zwischen Arbeitnehmer und eventuell einzuschalten: „und in Streitfragen, welche auf Grund des Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungs-Gesetzes entstehen."

§ 3, Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Mitglieder schon bestehender Tischlervereine, welche ähnliche Zwecke verfolgen, oder solcher Vereine, die sich zu Gunsten des Fachvereins auflösen, sind von Zahlung des Eintrittsgeldes befreit und treten sofort in sämmtliche Rechte der Mitglieder ein, wenn sie genannten Vereinen seit mindestens 6 Monaten angehören oder angehört haben."

§ 3, Absatz 8 hinzuzufügen: „Zu Unterstützungen bei Streiks oder Maßreglungen kann von jeder Generalversammlung die Erhebung einer Extrasteuer beschlossen werden, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder einem solchen Beschluß zustimmen; ebenso kann die Aufhebung der Extrasteuer von einer Generalversammlung beschlossen werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dem zustimmen.

§ 8, Abs. 1 zu streichen und dafür folgende Fassung zu geben: „Der Verein gewährt seinen Mitgliedern kostenfreien Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auf Grund der Gewerbeordnung, des Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes angestrengt werden.

Es folgen noch eine Reihe kleinerer und redaktioneller Aenderungen, deren Anführung hier unterlassen bleibt bis auf diejenige, welche die Bibliothek betrifft, diese lautet: § 1 der Bibliothekordnung: Die Bibliothek befindet sich im Büreau des Arbeitsnachweises. Die Ausgabe der Bücher findet in den Büreaustunden und außerdem Freitag Abend bis 8½ Uhr durch den Arbeitsvermittler statt.

Beim 2. Punkt, die Extrasteuer betreffend, entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher unter anderem hervorgehoben wird, daß gerade Berlin in der Unterstützung auswärtig streikender Kollegen in diesem Jahre wenig geleistet habe. Auf die von der Streikkommission ausgegebenen Listen werde sehr wenig gezeichnet. Ueberhaupt werde das Listensystem als schädlich bezeichnet, nebst anderen Unzuträglichkeiten berge es auch die, daß dadurch gewöhnlich Diejenigen zu immer neuen Opfern herangezogen werden, die ohnehin immer in den vordersten Reihen stehen. Die Erhebung einer obligatorischen Extrasteuer würde alle gleichmäßig belasten, und jeder könnte das Zeichnen auf Listen mit der Motivirung ablehnen, daß er bereits eine Steuer zur Unterstützung streikender Kollegen zahle. Darf man auch nicht hoffen, die Sammellisten aus der Welt zu schaffen, so ist doch dies ein erster ernster Schritt dazu, den andere Gewerkschaften hoffentlich bald nachmachen werden. Es wird eine Extrasteuer beschlossen und zwar im Betrage von wöchentlich 5 Pf. — Der Vorsitzende ladet noch zu zahlreicher Betheiligung an dem am 16. Juni in der „Neuen Welt" stattfindenden 10jährigen Stiftungsfest ein. Die Verstärkung der Werkstatt-Kontrollkommission mußte der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden.

Am Sonntag, den 8. Juni, fand in Rixdorf, Berlinerstraße 186 bei Kummer, eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter statt. Dieselbe war leider schwach besucht, was auf den großen Indifferentismus der Arbeiter zurückzuführen ist. Das Büreau wurde gebildet von den Herren Ernst Müller, erster Vorsitzender, Oskar Böttcher, zweiter Vorsitzender, Paul Steinmar, Schriftführer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Zweck und Ziele der Organisation, sprach Herr Linke, Maler aus Berlin. In der darauf folgenden Diskussion sprachen die Herren Steinmar, Hagendorf, Eckert u. s. w. und wurden folgende Resolutionen: 1. Die heutige öffentliche Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Rixdorfs erklärt sich mit dem Referenten, sowie den anderen Rednern einverstanden und verspricht, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Besserung ihrer Lage einzuwirken und in den obigen Verein zahlreich einzutreten. 2. Die streikenden Brauer dadurch zu unterstützen, daß das Trinken von Bayerischem Bier bis zum Sieg derselben unterbleibt, was auch in der Versammlung geschah, einstimmig angenommen. Nach einigen kleinen Sachen im „Verschiedenen" wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit der Mahnung, das Gehörte zu beherzigen und für die Organisation einzutreten, geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 16. Juni, Vormittags 10 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Böltel über die Stellung der Kirchenväter zur Bibel. Gäste sehr willkommen.

Montag, den 16. d. Mts., Abends 8 Uhr, **beschließende Versammlung.** Tagesordnung: Namensänderung der Gemeinde.

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend. Am Sonnabend, den 21. Juni 1890: Gemüthliches Tanzkränzchen in Renz' Salon, Inh. A. Uebel, Naunynstr. 27.

Berliner Kranken- und Begräbnißkasse für Frauen und Mädchen (E. H. 97). Am Montag, den 23. Juni 1890, in Beyer's Lokal, Neue Grünstraße 14: Generalversammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan" (E. H. 22 und 89 Hamburg) **Filiale I.** Am Sonnabend, den 14. Juni, Abends präzise 8½ Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 6—7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Pack über „Krankheiten". 2. Neuwahl der gesammten Ortsverwaltung. Zahlreiche Betheiligung erwünscht.

Theater.

Sonnabend, den 14. Juni.

Opernhaus. Aida.
Schauspielhaus. Don Carlos.
Lessing-Theater. Der Zaungast.
Berliner Theater. Hamlet.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildniß.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Mamsell Nitouche.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Don Carlos.
Bellealliance-Theater. Der Nautilus.
Kroll's Theater. Die Entführung aus dem Serail.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27 c.
Auftreten d. Liedersängerin Frl. **Steinow.**
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn **Jonas.**
Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators Herrn **Gödicke.**
Auftreten der Geschwister **Herzog.**
Auftreten des musikalischen Neger-Klown Mr. **de Dolis.**

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Entrée Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovirung geschlossen.
641 **F. Müller.**

Variété-Theater.

(Hasenhaide)
Herrmannstr. 18 — Neue Strasse 18.
Sonntag, den 8. Juni 1890.
Im herrlichen Garten:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saale:
BALL.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Kinder frei!
Zu Privatfestlichkeiten halte mein Etablissement empfohlen.

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdigk. d. Residenz.
In **dieser** Woche:
Zum ersten Male: Vierte Reise durch die **Pyrenäen.**
Neu! Zum ersten Male:
Hochinteressant: **Siam.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Johannisthal.
Ludwig's Salon.

Größter und schönster Saal Johannisthals, ferner große Kaffeeküche, Ausschank, Kegelbahn, Schaukel, direkt im Walde gelegen. Dem geehrten Ausflüge machenden Publikum bestens empfohlen.
554] Achtungsvoll **C. Ludwig.**

Destillation und Restaurant

M. Berndt, A. Kowald Nachf.
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.
empfiehlt seinen vorzüglichen **Frühstück-, Mittag- und Abendtisch** in allbekannter Güte. „Berliner Volksblatt", „Volkszeitung", „Volks-Tribüne" ꝛc. liegen aus. 1088

Restaurant H. Stramm,
123. Ritterstr. 123,

verbunden mit Fremdenlogis.
Herberge und Arbeitsnachweis des Vereins der Klempner.
Empfehle meinen allbekannten vorzüglichen **Frühstück-, Mittag-** und **Abendtisch.** Sonstige Speisen und Getränke in **bekannter Güte.** Zwei Zimmer, passend zu Zahlstellen und Arbeitsnachweis stehen zur Verfügung. 1071

Empfehle allen Freunden und Bekannten meine
Destillation,
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Vereinszimmer für Arbeitsnachweis und Zahlstelle steht zur Verfügung.
Carl Ulrich,
Prangelstr. 84. 1804

Genossen! Wo bekommt man **gute Speisen und guten Trank?** Beim
Pfeifen-Müller, Neu-Weißensee
König-Chaussee 46. Auch können Familien Kaffee kochen. Volksbl., Wahre Jakob ꝛc. liegen aus. Große Vereinszimmer. Also, auf zum Pfeifen-Müller!

Volksgarten in Wilmersdorf,

mitten im Dorf gelegen, **Berlinerstrasse 40.**
Großer schattiger Garten mit 3 Kegelbahnen.
Prachtvoller grosser parquettirter Tanz-Saal.
Jeden Sonntag: Frei-Concert und Grosser Ball.
Familien-Kaffee-Küche, Ausspannung, große Theater-Bühne etc.
Empfehle mein Lokal den Arbeiter-Vereinen für
Sommerfeste, Landpartien, Bälle etc.
angelegentlichst. **!! ff. Weissbier !!** Nächste Stadtbahnstation: **Schmargendorf** (10 Minuten). Verbindung vom **Spittelmarkt** bis **Golzstrasse** mit **Omnibus,** oder von der Zwölf-Apostelkirche mit **Dampfbahn** nach **Wilmersdorf.** Geneigten Zuspruch erwartend, zeichne
364 **F. Pietsch,** Gastwirth.

Neu! Kaiser-Wilhelms-Bad. Neu!

Zehn Minuten vom Bahnhof Rixdorf entfernt.
An der Canner Chaussee gelegen.
Mache das geehrte Publikum auf meine neu renovirte und mit klarem durchfließendem Wasser versehene [1721
Bade-Anstalt mit Schwimm-Bassin
für Herren und Damen aufmerksam. Dazu herrlicher Aufenthalt im Garten und billige Restaurationspreise. Im Saale jeden Sonntag **Ball.**
Achtungsvoll **A. Stolzenburg.**

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,
reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer,** S.-O., Köpnickerstr. 25, nahe d. Köpnicker Brücke.

Zur bevorstehenden **Saison** erlaube mir hierdurch auf mein reichhaltig sortirtes Lager in
Herren- u. Knaben-Garderobe
zu außergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam zu machen. Gleichzeitig empfehle mein als prompt und reell bekanntes **Bestellungsgeschäft** einer gütigen Beachtung.
J. Krakauer, Herren- und Knaben-Garderobe,
Rixdorf, Bergstrasse 22.

Complet in 15 Lieferungen à 20 Pf.
Wiederverkäufern Rabatt.

Das 1. Heft der zweiten Auflage ist soeben erschienen und durch unsere Expedition, Beuthstr. 3, zu beziehen.

Soeben erschien:
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
Herausgegeben von **Max Schippel.**
Serie II. Heft 2:
Zur Naturgeschichte der **antisemitischen Bewegung** in Deutschland.
Von
Gerhard Krause.
Preis broschirt 15 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Zu beziehen durch unsere Expedition, Beuthstraße 3.

Soeben erschien
Der wahre Jacob
Nr. 101.

Zu beziehen durch die Expedition Beuthstraße 3.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich
Größte Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am
1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Zur gefälligen Beachtung!

Mein seit 1867 gegründetes, anerkannt reelles 1866
Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft,
welches schon seit 15 Jahren im Westen sich des besten Renommee's erfreut, empfiehlt sein reichhaltig assortirtes Lager in eleganten, als auch **Arbeits-Anzügen, echt Hamburger Leder-Anzügen** zu den anerkannt billigsten Preisen.
S. Grabowski,
Dennewitzstraße 21,
Ecke der Bülowstraße.
NB. Große Auswahl von gut erhaltenen Herren-Anzügen und Paletots.

Alex Golde,

Cigarren, Cigarretten u. Tabake, Lotteriecomtoir, Rauchrequisiten.
Berlin N.W., 1873
Lübecker-Strasse No. 21.
Eingang Perlebergerstrasse.

Sonntagsruhe.

Meinen geehrten Kunden zur gefl. Nachricht, daß meine
Uhren- u. Goldwaarenhandlung
an Sonntagen von 12 Uhr ab geschlossen bleibt. Gleichzeitig empfehle **Goldwaaren u. Ketten zu Fabrikpreisen.** Alle Sorten **Uhren** unter mehrjähriger Garantie. **Reparaturen** werden sauber, schnell und billigst in meiner eigenen Werkstatt ausgeführt.
Emil Tiersch, Uhrmacher,
Brunnenstraße 21,
1874 neben Greifenhagen.

Allen Freunden und Genossen, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle mein **Cigarren- und Tabakgeschäft,** und mache darauf aufmerksam, daß mein Geschäft an Sonn- und Festtagen von 2 Uhr Nachmittags geschlossen ist. Sammelstelle gelesener Arbeiterblätter. 411
Franz Noffke, Borsigstr. 10a.

Verband der Vergolder, Goldleisten-Arbeiter und Berufsgenossen

(Filiale Berlin).
Montag, den 16. Juni, Abends 8½ Uhr, in **Scheffer's Salon,** Inselstr. 10:
Versammlung. [1864
Tagesordnung:
1. Gewerkschaftliches. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen sind hiermit eingeladen. **Der Vorstand.**
Erstes Sommerfest der Filiale Berlin am **Sonnabend,** den 12. Juli cr., im **Konzert-Park „Victoria",** Frankfurter Allee 72.
Billets à 30 Pf. bei sämmtlichen Vertrauensmännern sowie in den mit Plakaten belegten Lokalen. **Das Vergnügungs-Komitée.**

Außerordentl. Generalversamml.

der Modelltischler Berlins u. Umgegend
am Montag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr,
im Restaurant „Wedding", Müllerstr. 178.
Tages-Ordnung:
Auflösung des Vereins.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen. 1809

Große Versammlung
des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins sämmtl. Berufszweige
für Rixdorf und Umgegend
am **Sonnabend,** den 14. d., Abds. 8 Uhr, in **Hoffmann's Salon,** Rixdorf, Bergstr. 133.
Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen. Referent: **W. Werner** (Berlin).
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes und Fragekasten. [1870
Herren als Gäste haben Zutritt. **Die Bevollmächtigte.**

Außerordentliche Generalversammlung

des Vereins zur Hebung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter Schönebergs
am Montag, den 16. Juni cr., Abends 8 Uhr,
in der Schloss-Brauerei zu Schöneberg.
Tagesordnung:
1. Wahl eines aktiven Vorstandes. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vertheilung der Mitgliedsbücher. 4. Fragekasten.
Der provisorische Vorstand:
1883] J. A.: **Buchholz,** Grunewaldstraße Nr. 123.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Die Zahlstellen befinden sich bei: [1872
Böhland, Restaurant, Bülowstr. 52;
Scheuer, Restaur., Gneisenau- u. Schleiermacherstr.-Ecke;
Wilschke, Cigarren-Geschäft, Junkerstraße 1;
Schmidt, Restaurant, Dieffenbachstraße 34.
Die Beiträge werden jeden Sonnabend von 8½ bis 10 Uhr entgegengenommen; alle Genossen mögen dieselben pünktlichst entrichten. Mitglieder werden in den Zahlstellen aufgenommen. **Der Vorstand.**

Achtung Hamburger Maurer!

Die Unterzeichneten ersuchen sämmtliche in Berlin arbeitenden Hamburger Maurer am **Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 9½ Uhr,** in dem Versammlungslokal Moabit, **Wilsnackerstraße 63,** erscheinen zu wollen. — Kollegen, vergeßt nicht Eure Pflicht unseren im Streik befindlichen Kollegen gegenüber. **H. Foelke.**
1865 **H. Lehmann.**

Glaser-Gesellschaft

Berlins und Umgegend.
Montag, 16. Juni, Abends 8½ Uhr, in Gratweil's Bierhallen,
Kommandanten-Straße 77—79:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Frankfurter Streik.
2. Ausgabe der Mitgliedsbücher und der statistischen Fragebogen.
3. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**
1879 J. A.: **R. Stempohl.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. a. gewerblicher Arbeiter (E. H. Hamburg)

Filiale Berlin D.
Mitglieder-Versamml.
am **Montag,** den 16. Juni, Abends 8½ Uhr, im **Viktoria-Saal,** Perlebergerstraße 13.
Tagesordnung:
1. Neuwahl der Ortsverwaltungs-Beamten. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1843] **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Kranken- und Begräbniss-Kasse für Frauen und Mädchen. (E. H. No. 97.)

Montag, den 23. Juni 1890:
General-Versammlung
in Beyer's Lokal, Neue Grünstr. 14.
Tagesordnung:
1. Statutenberathung. 1826
2. Kassen-Angelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Friedr. Freudenreich, Vorsitzender. **Otto Köppen,** Kassirer.

Verband deutscher Korbmacher.

Filiale Berlin.
Montag, den 16. Juni:
Versammlung.
1. Vortrag des Stadtverord. **Fritz Zubeil** über: Wie stellen sich die Arbeiter der Hausindustrie gegenüber?
2. Diskussion.
3. Wahl eines Schriftführers und eines Beisitzers.
4. Verschiedenes. 1868

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(E. H. Hamburg)
Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10½ Uhr, im **Wedding-Park,** Müllerstraße Nr. 178:
Mitglieder-Versamml.
Tages-Ordnung:
1. Feststellung der Entschädigung für die Verwaltungsmitglieder.
2. Wahl der gesammten Verwaltung, Beitragsammler, Aerzte und Heilgehilfen.
3. Verschiedenes.
Nach dieser Versammlung findet eine Versammlung der Zuschußkasse mit derselben Tagesordnung um 1½ Uhr Nachmittags statt.
Den Mitgliedern von Reinickendorf, Tegel und Dalldorf zur Kenntniß, daß vom 1. Juli ds. Js. ab die Filiale errichtet ist und die Beiträge werden im Lokal des Herrn **Emil Kirsch** in Reinickendorf, Residenzstr. 20, jeden Sonnabend von 8—9 Uhr Abends entgegengenommen.
Die Krankmeldung und Aufnahme nimmt der Bevollmächtigte **O. Knaut,** Seestr. 10, an; der Kassirer **C. Buda** wohnt Residenzstr. 106, v. 1 Tr.
J. A. der Verwaltung:
1881] **F. Gleinert.**

Arbeiter-Gesangverein „Nord".

Sonntag, den 15. Juni:
Herren-Partie nach Friedrichshagen.
Treffpunkt: Bahnhof Alexanderplatz präzise 6½ Uhr. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet
1876 **Der Vorstand.**

Oestreicher!

Wann's Euch g'müthli unterhalten wöllt's, so kommt's in die Kürassier-Strossen auf Nr. 15a in die **Ungarische Restauration.** Die hochsten Weanerl Tanz wer'n aufgeführt. [79

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Paake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 135. Sonnabend, den 14. Juni 1890. 7. Jahrg.

Die europäische Lage.

Einen in der „Neuen Zeit" jüngst veröffentlichten meisterhaften Aufsatz über die „auswärtige Politik des russischen Zarenthums" schließt Friedrich Engels mit folgendem Ausblick:

Die heutige europäische Lage wird beherrscht von drei Thatsachen: 1) Der Annexion von Elsaß-Lothringen an Deutschland. 2) Den Drang des zarischen Rußlands nach Konstantinopel. 3) Dem in allen Ländern immer heißer entbrennenden Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dessen Thermometer die überall in Aufschwung begriffene sozialistische Bewegung ist.

Die ersten beiden bedingen die heutige Gruppirung Europas in drei große Heerlager. Die deutsche Annexion macht Frankreich zum Bundesgenossen von Rußland gegen Deutschland, die zarische Bedrohung Konstantinopels macht Oesterreich, selbst Italien zu Bundesgenossen Deutschlands. Beide Lager rüsten für einen Entscheidungskampf, für einen Krieg, wie die Welt noch keinen gesehen, wo zehn bis fünfzehn Millionen Kämpfer einander in Waffen gegenüber stehen werden. Nur zwei Umstände haben bis heute den Ausbruch dieses furchtbaren Krieges verhindert: erstens der unerhört rasche Fortschritt der Waffentechnik, der jedes neu erfundene Gewehrmodell durch neue Erfindungen überflügelt, ehe es nur bei einer Armee eingeführt werden kann und zweitens die absolute Unberechenbarkeit der Chancen, die tolle Ungewißheit, wer aus diesem Riesenkampfe schließlich als Sieger hervorgehen wird.

Diese ganze Gefahr eines Weltkrieges verschwindet an dem Tage, wo eine Wendung der Dinge in Rußland dem russischen Volke erlaubt, durch die traditionelle Eroberungspolitik seines Zaren einen dicken Strich zu machen und sich mit seinen eigenen, auf's Aeußerste gefährdeten inneren Lebensinteressen zu beschäftigen, statt mit Weltherrschafts-Phantasien.

An diesem Tage verliert Deutschland alle die Bundesgenossen gegen Frankreich, welche die russische Bedrohung ihm in die Arme getrieben hat. Weder Oesterreich noch Italien haben dann noch das geringste Interesse, Bismarck's Kastanien*) aus dem Feuer eines europäischen Brandes zu holen. Das Deutsche Reich fällt zurück in die isolirte Stellung. Dann wird auch die gegenseitige Annäherung des um seine Freiheit ringenden Rußlands und des republikanischen Frankreichs der Lage beider Länder ebenso entsprechend wie der europäischen Gesammtlage ungefährlich sein und dann wird Bismarck oder wer ihm nachfolgt, sich dreimal besinnen, ehe er einen Krieg mit Frankreich vom Zaune bricht, wo weder Rußland gegen Oesterreich, noch Oesterreich gegen Rußland ihm die Flanke deckt, wo beide sich über jede ihm zugefügte Niederlage freuen würden, und wo es fraglich ist, ob es mit den Franzosen allein fertig wird. Dann wären die Sympathien auf Seiten Frankreichs und dieses im schlimmsten Fall vor ferneren Gebietsverlusten sicher. Statt also auf Krieg loszusteuern, würde das Deutsche Reich wahrscheinlich die Isolirung bald so unerträglich finden, daß es einen aufrichtigen Ausgleich mit Frankreich suchte und dann wäre die furchtbare Kriegsgefahr beseitigt; Europa könnte abrüsten und Deutschland hätte von Allen am Meisten gewonnen.

Oesterreich verliert an diesem Tag seine einzige historische Existenzberechtigung, die einer Barrière gegen den russischen Vormarsch auf Konstantinopel. Wird der Bosporus nicht mehr von Rußland her bedroht, so verliert Europa jedes Interesse am Bestand dieses bunt zusammengewürfelten Völkerkomplexes. Ebenso gleichgiltig wird dann die ganze orientalische Frage, der Fortbestand der türkischen Herrschaft in slavischen, griechischen und albanesischen Gegenden und der Streit um den Besitz des Eingangs zum schwarzen Meer, den dann Niemand mehr gegen Europa monopolisiren kann. Magyaren, Serben, Bulgaren, Armauten, Griechen und Türken werden dann endlich in die Lage kommen, ohne Einmischung fremder Gewalt ihren gegenseitigen Streitpunkt zu erledigen, ihre einzelnen nationalen Gebiete unter einander abzugrenzen, ihre inneren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen. Es zeigt sich mit einem Schlag, daß das große Hinderniß der Autonomie und freien Gruppirung der Völker und Völkertrümmer zwischen den Karpathen und dem ägäischen Meer Niemand anders war als dasselbe Zarenthum, das die vorgebliche Befreiung dieser Völker zum Deckmantel seiner Weltherrschaftspläne gebraucht.

Frankreich wird befreit aus der unnatürlichen Zwangsstellung, worin die Allianz mit dem Zaren es eingeklemmt hat. Widerstrebt dem Zaren die Allianz mit der Republik, so widerstrebt dem französischen revolutionären Volk noch weit mehr der Bund mit dem Despoten, dem Knebler Polens und Rußlands. In einem Krieg an der Seite des Zaren wäre es Frankreich verboten, im Fall einer Niederlage sein großes, einzig wirksames Rettungsmittel anzuwenden, das Heilmittel von 1793, die Aufbietung aller Volkskräfte, durch den Schrecken und die revolutionäre Propaganda im Feindesland — in diesem Fall würde der Zar sofort mit den Feinden Frankreichs sich vereinigen, da die Zeiten seit 1848 bedeutend anders geworden sind und der Zar seitdem auch in Rußland den Terrorismus aus eigener Anschauung kennen gelernt hat. Die Allianz mit dem Zaren ist also keine Stärkung Frankreichs, im Gegentheil: im Moment der höchsten Gefahr hält sie sein Schwert in der Scheide fest. Steht aber in Rußland an der Stelle des mächtigen Zaren eine russische Nationalversammlung, dann ist die Allianz des neubefreiten Rußlands mit der französischen Republik eine selbstverständliche und naturgemäße, dann fördert sie die revolutionäre Bewegung in Frankreich, statt sie zu hemmen, dann ist sie ein Gewinn für das um seine Emanzipation kämpfende europäische Proletariat. Also auch Frankreich gewinnt durch den Sturz der zarischen Allgewalt.

Damit schwinden alle Vorwände für die wahnsinnigen Rüstungen, die ganz Europa in ein Heerlager verwandeln und den Krieg fast als eine Erlösung erscheinen lassen. Sogar der deutsche Reichstag müßte dann bald den unaufhörlich wachsenden Geldforderungen für Kriegszwecke einen Damm entgegensetzen.

An dem Tage, wo die Zarenherrschaft fällt, diese letzte starke Festung der gesammt-europäischen Reaktion — an dem Tage weht einmal ein anderer Wind in ganz Europa. Denn das wissen die reationären Regierungen sehr genau: Trotz aller Zänkereien mit dem Zaren wegen Konstantinopel können Augenblicke kommen, wo sie ihm Konstantinopel, Bosporus, Dardanellen und Alles, was er sonst noch verlangt, in den Schooß werfen, wenn er sie nur gegen die Revolution schützt. An dem Tage daher, wo diese Hauptfestung selbst in die Hände der Revolution übergeht, ist es aus mit dem letzten Funken von Selbstvertrauen und Sicherheit bei den reaktionären Regierungen Europa's; sie sind dann allein auf sich selbst angewiesen und werden bald erfahren, welchen Unterschied das macht. Vielleicht wären sie im Stande, ihre Armeen einmarschiren zu lassen, um die Autorität des Zaren herzustellen — welche Ironie der Weltgeschichte?

*) Die Arbeit ist unmittelbar vor Bismarcks Rücktritt geschrieben worden. Die Red.

Das sind die Punkte, kraft deren der Westen Europas überhaupt und namentlich die westeuropäische Arbeiterpartei interessirt ist am Siege der russischen revolutionären Partei und am Sturz des zarischen Absolutismus. Europa gleitet wie auf einer schiefen Ebene mit wachsender Geschwindigkeit abwärts dem Abgrund eines Weltkrieges von bisher unerhörter Ausdehnung und Heftigkeit entgegen. Nur eins kann hier Halt gebieten: Ein Systemwechsel in Rußland. Daß er binnen wenigen Jahren kommen muß, daran kann kein Zweifel sein. Möge er noch rechtzeitig kommen, ehe das sonst unvermeidliche geschieht.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 13. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, v. Oehlschläger, v. Marschall.

Zur ersten Berathung steht zunächst eine Novelle zum Strafgesetzbuch, betreffend die wissentliche Benutzung schon einmal verwendeter Post- und Telegraphenwerthzeichen nach gänzlicher oder theilweiser Entfernung des Entwerthungszeichens zur Frankirung neben der Strafe für die wegen der Entziehung der Gebühren begründete Strafe (§ 276); betreffend die vorsätzliche oder fahrlässige Beschädigung einer Telegraphenanlage (§§ 317 und 318); betreffend die Einschaltung eines § 318a zum Schutz der Rohrpostanlagen; betreffend eine veränderte Fassung der Strafbestimmungen für Anfertigung von Werthzeichen ohne Auftrag einer Behörde und die Veräußerung oder Feilhaltung entwertheter Werthzeichen (§§ 360 und 364); endlich eine Einschaltung in § 367, betreffend die Nichtbefolgung der Verordnungen der Post bei Versendung oder Beförderung von leicht entzündlichen oder ätzenden Gegenständen.

Abg. **Klemm** (kons.) hält die Vorlage für begründet, da sie eine Lücke im Strafgesetz ausfülle, insofern Strafbestimmungen gegen mißbräuchliche Benutzungen von Post- und Telegraphenwerthzeichen, sowie gegen Beschädigungen von Telegraphenanlagen oder Gefährdung des Betriebes noch fehlen. Eine Detailberathung des Entwurfs aber sei im Plenum nicht möglich. Er beantrage daher die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Die Kommission werde sich namentlich mit der Festsetzung der Strafgrenze zu beschäftigen haben, das Strafminimum sei zu hoch gegriffen.

Abg. **Gröber** (Ztr.) hält es für bedenklich, das Strafgesetz abzuändern, sobald nicht dringende Gründe dazu vorlägen. Ob das hier der Fall sei, könne fraglich sein. Z. B. sei die Beschädigung von Telegraphenanlagen schon durch den Paragraphen, betreffend die Sachbeschädigung, getroffen. Auch andere Fälle würden z. B. unter polizeiliche Strafvorschriften fallen. Er könne daher ein weitgehendes Bedürfniß für neue Strafbestimmungen entsprechend dem Entwurf nicht anerkennen. Die Fälle fahrlässiger Sachbeschädigung, die u. a. von der Novelle mit Strafe bedroht würden, seien nicht sehr häufig, und er sei überhaupt kein Freund von Bestrafung fahrlässiger Delikte, wenn es sich nicht um Leib und Leben handele. Auch könne er in der Abbildung von Briefmarken keine große Gefahr erblicken, denn einmal würden meist nur alte, seltene Marken abgebildet, dann aber seien auch die Abbildungen von den Originalen leicht zu unterscheiden. Mit einer Kommissionsberathung sei er einverstanden, habe aber nichts dagegen, wenn in derselben die Vorlage begraben würde.

Abg. Dr. **Horwitz** (dfr.): Ich bin anderer Ansicht als die Vorredner und meine, daß Komplikationen im Post- und Telegraphenverkehr sehr wohl die Einführung neuer Strafbestimmungen erfordern. Das jetzige Gesetzbuch reicht nicht für alle Fälle aus. Ich bin sogar der Meinung, daß es möglich wäre, ohne Kommissionsberathung die Novelle anzunehmen, habe aber in einem untergeordneten Punkte ein Bedenken. Ich empfehle daher gleichfalls kommissarische Berathung, gebe aber anheim, den Antrag nicht einer besonderen Kommission, sondern der Kommission zu überweisen, welche sich mit dem Antrage Rintelen betreffend das Zustellungsverfahren beschäftigt.

Geheimrath Dr. **Dambach**: Wenn kein Bedürfniß vorläge, würden wir mit keiner Strafgesetznovelle gekommen sein. Aber es hat sich das absolute Bedürfniß für eine solche Novelle im praktischen Post- und Telegraphendienst herausgestellt, schon um deutscherseits internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Wir sind darauf bereits von anderen Staaten aufmerksam gemacht worden. Bei der Novelle von 1876 konnten wir die heutigen Vorschläge noch nicht bringen, da damals noch kein Reichsgericht bestand, durch dessen Judikatur der Entwurf zum Theil veranlaßt worden ist. Im Strafgesetzbuch wird fahrlässige Sachbeschädigung nicht bestraft, nun kommen aber derartige Fälle alle Tage vor, z. B. läßt ein Kutscher in höchster Fahrlässigkeit seinen Wagen gegen die Telegraphenstange fahren; der Mann ist bis jetzt nicht zu bestrafen. Auch für die anderen Fälle, die durch die Novelle getroffen werden sollen, liegt ein unabweisbares Bedürfniß vor. Die Vorlage wird hierauf entsprechend dem Antrag Horwitz an die Kommission für die Vorberathung des Antrags Rintelen überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des neuen Niederlassungsvertrages zwischen dem Reich und der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Abg. **Baumbach** (dfrs.): Die Erneuerung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz entspricht durchaus den Wünschen der freisinnigen Partei, zumal, nachdem im vorigen Jahre infolge der Affäre Wohlgemuth eine gewisse Verstimmung zwischen Deutschland und der Schweiz stattgefunden hatte. Wenn auch vom Vertreter des Auswärtigen Amtes diese Verstimmung seinerzeit geleugnet worden ist, so scheint es mir zu den Eigenschaften eines guten Diplomaten zu gehören, daß er ein schlechtes Gedächtniß hat. Thatsache ist, daß man über die Auslegung des Artikel 2 des Vertrages, der von der Beibringung gewisser Urkunden und Zeugnisse behufs Niederlassung in der Schweiz handelte, in Zwiespalt war. Die Auffassung dieses Paragraphen ging in Deutschland dahin, daß die Schweiz vor der Niederlassung die betreffenden Zeugnisse zu fordern habe, während man andererseits meinte, daß die Urkunden nur auf Erfordern beizubringen wären. Ich gebe zu, daß die neue Fassung des Vertrages klarer ist. Ich begrüße den neuen Vertrag aber auch aus idealen Gründen: Man mag die stattgehabte Arbeiterkonferenz beurtheilen, wie man will, sie hat eine internationale Einigung über allgemeine Fragen der Humanität herbeigeführt und es ist erfreulich, daß die Initiative zu diesen Beschlüssen vom Oberhaupte des Reiches ausgegangen ist und das Reich die Führung bei der Konferenz übernommen hat. Aber die Priorität gebührt in diesen Fragen der Eidgenossenschaft und es ist erfreulich, daß dieselbe ihrer Loyalität auch durch den vorliegenden freundlichen Vertrag bewiesen hat nach einer so unfreundlichen Episode.

Abg. **Hahn** (dk.): Mit dem Herrn Vorredner stimme ich insofern überein, als auch ich zugleich im Namen meiner Freunde beantrage, dem Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Nur glauben wir, daß es sich empfohlen haben würde, weniger retrospektive Betrachtungen anzustellen, zumal wir von einer Verstimmung zwischen Deutschland und der Schweiz nicht so überzeugt sind, wie der Herr Vorredner. Haben wir doch von den Vertretern der Regierung die bündigsten Erklärungen darüber erhalten, daß eine solche Verstimmung nicht bestand. Wir freuen uns aber, daß auch der Schein einer solchen Verstimmung durch den Abschluß des neuen Vertrages hinweggenommen ist. Wir geben dem Vertrag gern unsere Zustimmung und freuen uns über die neue Bethätigung der freundnachbarlichen Gesinnungen zwischen der Schweiz und Deutschland. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn ich auch verstehe, daß dem Abg. Hahn daran liegt, auszusprechen, daß eine Verstimmung zwischen der Schweiz und Deutschland nicht existirt hat, so glaube ich, daß er mit dieser Auffassung doch ziemlich allein steht. Ich nehme nicht an, daß er die Noten, die zwischen der Schweiz und Deutschland gewechselt sind, nicht gelesen hat, ich glaube aber, daß er beim genauen Durchlesen der Noten kaum zu seiner Erklärung hätte kommen können, denn deutlicher, wie aus diesen Noten hervorgeht, daß es sich um eine recht ernstliche Verstimmung gehandelt hat, kann wohl kaum aus einem anderen Aktenstück produzirt werden. Es hat ja auch gar keinen Zweck, diese Verstimmung verheimlichen zu wollen; das bedauerliche ist nur, daß Deutschland die Veranlassung zu dem Konflikt gegeben hat. Wir begrüßen mit dem Vorredner die Vorlage dieses Vertrages und werden demselben zustimmen. Durch diesen Vertrag ist der Schweizer Eidgenossenschaft diejenige Sühne gegeben, die ihr von Rechtswegen gebührte wegen der versuchten Vergewaltigung von Seiten des früheren Reichskanzlers auf diesem Gebiete zu dem Zwecke, eine bestimmte politische Partei zu schädigen. Der frühere Reichskanzler hat in den mit der Schweiz gewechselten Noten klar ausgesprochen, daß er durch die Kündigung des Niederlassungsvertrages sich die Bundesgenossenschaft der Schweiz im Kampfe gegen die Sozialdemokratie haben erwerben wollen. Und wir verhandeln hier über weltkundige Thatsachen, wenn wir diese Behauptung aufstellen. Die offiziöse und halboffiziöse Presse ist ja über das wilde Land, die Schweiz, zu jener Zeit hergefallen und hat es so dargestellt, als ob die Schweiz den Verschwörern aller Länder ein Asyl gewähre und als ob sie selbst ein großes Nest von Verschwörern sei. Man hat dabei merkwürdigerweise vergessen, daß die Hauptverschwörer von Berlin aus bezahlt worden sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja jetzt die Freude, den Vertreter des früheren Systems unter uns als Mitglied zu sehen. (Heiterkeit.) Am 27. Januar 1887 hat der damalige Minister des Innern, Herr v. Puttkamer, unsere Behauptung, daß er sich der agents provocateurs bediene, um in der Schweiz Dinge anzustiften, die nachher Veranlassung zu Maßregeln gegen die deutsche Sozialdemokratie geben sollten, als vollständige Erfindung, als Verdächtigung seiner Stellung und aller Polizeibehörden im Deutschen Reiche bezeichnet. Er verlangte, daß man seinen Worten als denen eines ehrlichen Mannes Glauben schenke, und meinte, er würde in die Erde sinken müssen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), wenn er auf diesem Gebiet kein reines Gewissen hätte. Die Erde hat sich vor Herrn v. Puttkamer nicht aufgethan, denn er hatte ein reines Gewissen, im Gegentheil, der Segen des Himmels ist über ihn gekommen in Gestalt einer Dampfkünde. (Große Unruhe rechts.) Ich erinnere gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Puttkamer nur daran, daß Herr Wohlgemuth schrieb: „Wühlen Sie nur tüchtig drauf los." (Beifall links.) Es ist selbstverständlich, daß wir gelegentlich der Berathung dieser Vorlage die Ursache, aus der sie nothwendig geworden ist, mit einigen Worten beleuchten. Die Würdigung des Vertrages war eine Strafe dafür, daß die Schweizer Eidgenossenschaft sich nicht zum Schergen der deutschen Polizei hergeben wollte. Wenn Herr Hahn meinte, daß die Verhandlungen mit der Schweiz dieselbe nach einer bestimmten Richtung willfähriger gemacht habe, so sage ich: Böse Beispiele verderben gute Sitten, und es ist bedauerlich, daß man in der Schweiz jetzt anfängt, einen anderen Begriff vom Asylrecht zu bekommen, als bisher dort Sitte gewesen ist. Die Kündigung des Vertrages mußte mit einer Niederlage des damaligen Systems endigen, und wir sind berufen, unter diese Niederlage heute das offizielle Siegel zu drücken. (Beifall links.) Wir sind dem Reichskanzler dankbar, daß er in offener, ehrlicher Weise die Sache wieder gut gemacht hat und von der Auffassung zurückgekommen ist, als ob die Deutschen in der Schweiz und die Schweizer Eidgenossenschaft andererseits dafür gestraft werden müßten, daß die Schweiz über das Asylrecht humanere Anschauungen hatte als Fürst Bismarck. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß die jetzige Regierung den Reichstag nicht mehr in die Lage bringen möge, die Ausführungen zu machen, die das System Bismarck unter Assistenz des Herrn v. Puttkamer uns aufgezwungen hat. Wir haben keine Freude daran, die deutschen Verhältnisse in irgend einer Weise zu diskreditiren. Meine Partei war es aber, die seitens des Systems Bismarck mit Mitteln behandelt worden ist, die in einen Kampf gegen politische Parteien nicht angewendet werden dürfen. Wir haben als politische Partei uns niemals der Dinge schuldig gemacht, deren wir seitens der früheren Regierung angeklagt worden sind. Die Mittel, mit denen wir unsere Ziele verfolgen, sind reinerer Natur als diejenigen, die gegen meine Partei seit langen Jahren angewendet werden; und wenn wir jetzt in einiger Zeit dahin gelangen werden, jenes unheilvolle Ausnahmegesetz nicht mehr in der Gesetzgebung des Deutschen Reiches zu wissen, so ist das in allererster Linie unserer Thätigkeit zu danken. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Genehmigung des Vertrags den Groll, der mit Recht in der Schweizer Eidgenossenschaft gegenüber Deutschland Platz gegriffen hatte, beseitigen möge, und ich werde mich lebhaft freuen, wenn die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu der alten Freundlichkeit zurückkehren, die sie gehabt haben, ehe die Affäre Wohlgemuth zu der Störung des freundlichen Einvernehmens die Veranlassung gegeben hat. (Beifall links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Freiherr **Marschall v. Bieberstein**: Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf die retrospektiven Betrachtungen des Herrn Vorredners des Näheren einzugehen. Bei den Verhandlungen, die wir mit der Schweiz geführt haben, ist mit keinem Worte mehr zurückgekommen worden auf die sogenannte Wohlgemuth-Affäre. (Zuruf links.) Die Sache ist ein für alle Mal abgethan, und ich kann es nicht für nützlich erachten, daß diese Angelegenheit hier fort und fort zur Diskussion gestellt wird. Ich habe das Wort lediglich ergriffen, um einer Behauptung des Herrn Vorredners mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, nämlich der, daß die deutsche auswärtige Politik in dem vorigen Jahre die Absicht gehabt habe: „eine Vergewaltigung der Schweiz, um eine bestimmte politische Partei zu schädigen". Ich muß mit aller Entschiedenheit das Auswärtige Amt des Deutschen Reichs in Schutz nehmen gegen den Vorwurf, daß es diese Tendenz bei der damaligen Aktion verfolgt habe. Es hat sich im vorigen Jahre um nichts anderes gehandelt, als um einen Meinungsaustausch mit der Schweiz, wobei unsererseits die Schweiz auf die Gefahren aufmerksam gemacht wurde, die aus den sozialdemokratischen Umtrieben auf ihrem Gebiet für uns drohen, und das Resultat dieses Meinungsaustausches war das,

daß die Schweiz sich nach wie vor entschlossen gezeigt hat, Bestrebungen auf ihrem Gebiete nicht zu dulden, die sowohl die eigene Sicherheit, wie die Ruhe und Ordnung in den benachbarten Staaten gefährden. Durch diese Haltung der beiden Regierungen können sich nur diejenigen beschwert fühlen, die ein Interesse daran haben, daß jene Umtriebe in der Schweiz fortdauern. Die Schweiz hat niemals ein solches Interesse bekundet, ich habe also nicht nöthig, dem Herrn Abg. Singer auf den Vorwurf der Vergewaltigung der Schweiz etwas Weiteres zu erwidern. (Bravo!)

Abg. **von Puttkamer** (dk.): Ich möchte den Abg. Singer bitten, jeden Versuch zu unterlassen, mich zu Aeußerungen über meine frühere Amtsführung zu provoziren. Ich erkenne keinerlei Verpflichtung für mich an, auf Dinge zurückzukommen, die in meiner Amtsführung gelegen haben. Ich habe die Geschäfte so gut oder so schlecht, wie ich es vermocht habe, geführt, und oft genug Veranlassung gehabt, in dem Hause sie zu vertheidigen. Ich würde es nicht einmal für konstitutionell halten, auf frühere ministerielle Akte zurückzukommen. (Beifall rechts.) Alle die Rekriminationen des Abg. Singer sind in ihrer thatsächlichen Unhaltbarkeit von mir wiederholt zurückgewiesen worden, und ich kann die Herren, die früher nicht in den Reichstag waren, nur bitten, die Verhandlungen des Hauses nachträglich zu vergleichen; sie werden finden, daß die vom Abg. Singer mit so großem Aplomb vorgebrachte Behauptung, ich hätte mich der agents provocateurs bedient, irrig ist. Es sind lügenhafte Berichte, die dem Abg. Singer zugetragen sind und die für mich nicht in Betracht kommen können. Wenn der Abg. Singer sogar den Fall Wohlgemuth auf mein Konto schreibt, so hat er über das Maß hinaus gegriffen. Ich war zur Zeit nicht mehr Minister und Wohlgemuth kein preußischer Beamter. (Heiterkeit rechts.) Den Fall Wohlgemuth auf mein Konto schreiben kann nur eine übertriebene Phantasie, die ich allerdings dem Abg. Singer auf diesem Gebiet zutraue. Ich bin der Letzte, der die Aktion dieses vielgenannten Mannes für eine korrekte hält. Er hat offenbar, wenn ich richtig informirt bin, sich einer großen Ungeschicklichkeit den Schweizer Verhältnissen gegenüber schuldig gemacht, und es wäre sehr wünschenswerth gewesen, wenn die von dem Abg. Singer heute mit so großer Genugthuung zitirte Aeußerung dieses Herrn dem Schweizer Agenten gegenüber nicht geschehen wäre. Denn ich muß zugeben, daß bei einer nicht wohlwollenden Auslegung dieser Aeußerung (Lachen bei den Sozialdemokraten) man auf die Idee kommen könnte, daß der Herr in nicht erlaubter Weise hat provoziren wollen. Andererseits nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich diejenige Behandlung, welche ihm von den schweizer Kantonalbehörden, nicht von der Zentralstelle zutheil geworden ist, für noch weniger korrekt halte. Im internationalen Verkehr pflegt man doch zwischen gleichberechtigten Staaten, da, wo es sich um einen Mißgriff eines Beamten auf dem Nachbargebiete handelt, sich darauf zu beschränken, den Fall zur Anzeige der vorgesetzten Behörde zu bringen und von ihr mit der nöthigen Energie, welche die nationale Würde erfordert, Abhilfe zu fordern. Die Schweizer Kantonalbehörden hätten nicht übel daran gethan, wenn sie in diesem Fall ähnlich verfahren wären. Das ist aber nicht geschehen, sondern man hat diesen Mann, wie jetzt ganz notorisch feststeht, sozialdemokratischerseits in eine Falle gelockt, man hat ihn dazu bewogen, über die Grenze zu gehen, ist dann über ihn hergefallen und hat ihn verhaftet. Die deutsche Regierung wäre einem schweizerischen Beamten gegenüber auf deutschem Territorium nicht so verfahren, sondern sie hätte den Beamten ausgewiesen und ihre Beschwerde bei der Nachbarbehörde angebracht. (Sehr gut! rechts.) Der Abg. Singer hat die im vorigen Jahre erfolgte Kündigung des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz als eine Vergewaltigung dieser befreundeten Nachbarnation hingestellt und weiter erklärt, diese Kündigung sei erfolgt, weil die Schweiz Bedenken getragen hat, sich zum Schergen der deutschen Politik zu machen. (Abg. Singer: Polizei!) — oder auch Polizei. Die Handlungen der deutschen Polizei werden von den deutschen Regierungen mit ihrer Solidarität vertreten. Nun liegt es mir fern, was mir ja sehr leicht sein würde, hier auf eine ausführliche Auseinandersetzung darüber einzugehen, welchen Einfluß die jahrelangen Verhandlungen über diese Fragen, die mit dem Asylrecht und mit seiner mißbräuchlichen Auslegung zusammenhängen, auf die Schweiz gehabt haben. Das würde vielleicht an gewissen Stellen nicht angenehm empfunden werden. Ich konstatire also nur, daß die Schweiz bisher, wie ich glaube, in Verkennung des europäischen wie ihres eigenen Interesses sich auf eine ganz radikale Auffassung des Asylrechts gestützt hat. Die letzten Ereignisse und die darüber geführten Verhandlungen haben sie doch ganz entschieden zu einer anderen Auffassung gebracht. Die Schweiz hat nicht umhin gekonnt, anzuerkennen, daß durch die Zettelungen derjenigen sozialdemokratischen und anarchistischen Elemente, welchen sie ein Asylrecht gewährt hat, nicht nur ihre Beziehungen zu den benachbarten und befreundeten Staaten auf die Dauer getrübt werden mußten, sondern auch die Sicherheit der Schweiz selbst und die europäische Sicherheit. Ich will hier nur beiläufig erwähnen, daß der dem Abg. Singer sehr nahestehende schweizerische Beamte, der sozialdemokratischerseits hier in den Vordergrund gezogen wurde, von der ihm vorgesetzten Behörde in aller Form desavouirt ist. Es ist der Schweiz doch zum Bewußtsein gekommen, daß es nöthig wäre, die manchmal sehr zarten Beziehungen der internationalen Polizei anderen Organen anzuvertrauen als das bisher der Fall gewesen ist. Die Schweiz hat es für nöthig gehalten, von Zentralwegen die ganze politische Polizei aus den Händen der Zentralbehörden zu nehmen und sie einem Bundesanwalt, einer Zentralstelle zu übertragen. Täuscht mich nicht Alles, so ist in diesem Augenblick denn doch eine sehr erhebliche Hinneigung zu der deutschen Auffassung zu erblicken. Die Schweiz hat sich davon überzeugt, daß eine ganze Anzahl von in ihrem Gebiet sich aufhaltenden sozialdemokratischen Elementen doch auch ihre Sicherheit gefährdet und hat sie ausgewiesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Etwa nicht? (Ruf bei den Sozialdemokraten: Ehrenberg!) Sie hat ferner die Redaktion des „Sozialdemokrat" veranlaßt, ihren Sitz zu verlegen, nach England. Wie aber der Abg. Singer diesen Vertrag als eine Niederlage der deutschen auswärtigen Politik bezeichnen konnte, ist mir völlig unklar. Mindestens liegt doch in dem Vertrage eine vom Standpunkt der völligen Gleichberechtigung aus getroffene freundschaftliche Uebereinkunft über die Bedingungen, unter welchen die Niederlassungen in der Schweiz und Deutschland künftig stattfinden dürfen. Ich finde nirgends auch nur eine Spur davon, daß die deutsche Regierung zu irgend welcher Konzession der Schweiz gegenüber sich herbeigelassen, die man ihr abgerungen hat. Im Gegentheil, ich finde z. B. in dem Art. 2 eine erhebliche Verbesserung gegen den früheren Art. 2. Er verstärkt die Stellung der deutschen Regierung zu diesen Fragen wesentlich. Der alte Art. 2 enthielt keine Bestimmung darüber, wie weit der Kreis derjenigen deutschen Reichsangehörigen gezogen werden sollte, welche unter Beibringung der betreffenden Papiere einen Anspruch auf Niederlassung in der Schweiz haben sollten. Jetzt ist ausdrücklich durch den Art. 2 festgestellt, daß alle diejenigen Personen, welche von der deutschen Gesandtschaft mit einem Zeugniß über den guten Leumund versehen sind, und die deutsche Reichsangehörigkeit haben, das Recht der Niederlassung in der Schweiz haben. Damit ist selbstverständlich der Schweiz nicht das Recht entzogen, auch ohne die Beibringung solcher Legitimationspapiere eine Niederlassung zu gestatten. Aber es ist andererseits doch im Artikel 2 der Anspruch auf Niederlassung an sehr viel konkretere und mehr Zulässigkeit wie bisher gewährende Bedingungen geknüpft. Früher bedurfte es nur eines Heimathsscheins und des Attestes der Ortsbehörde über die deutsche Reichsangehörigkeit und den guten Leumund. Ich will den deutschen Ortsbehörden nichts Uebles nachsagen. Aber es kann nicht bestritten werden, daß aus bloßer Geschäftsunerfahrenheit sehr oft Irrthümer untergelaufen sind, die bei einer so hoch stehenden Behörde, wie der deutschen Gesandtschaft kaum vorkommen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich hätte übrigens gewünscht, daß bei der Diskutirung eines Vertrages, der doch ein Freundschaftsvertrag ist, in den Räumen dieses Hauses auch nur dem Gefühle Ausdruck gegeben würde, welches unsere Nation beseelen muß, wenn wir mit der befreundeten Schweiz unsere Beziehungen festlegen. Die Ausführungen des Abg. Singer gehören nicht in diese Kategorie (sehr wahr! rechts,) denn er hat der eigenen Regierung den unerhörten Vorwurf gemacht, daß sie versucht hätte, ihren Nachbar zu vergewaltigen, und daß sie eine Niederlage erlitten hätte. (Abg. Singer: Die frühere Regierung!) Ich weiß nicht, wie der jetzige Herr Reichskanzler dieses Kompliment auffassen wird, wenn aber daran der Versuch geknüpft worden ist, ihn der doch in dieser Frage mit seinem Vorgänger solidarisch ist, für die Sozialdemokratie zu kaptiviren, indem man ihm eine Verbeugung macht, so wird er wohl, wenn ich ihn richtig schätze, dies als seiner Würde widersprechend zurückweisen. (Zustimmung rechts.) Ich verwahre unsere Nation entschieden dagegen, daß sie in die Lage kommen könne, bei der Regelung so einfacher, durch die freundnachbarlichen und internationalen Beziehungen geregelten Verhältnisse eine Niederlage erlitten zu haben. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Marquardsen** (natl.): In diese Diskussion will ich mich nicht einmischen; meine Freunde und ich wünschen, daß durch diesen Vertrag eine neue Grundlage geschaffen werde für ein Einverständniß zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche. Der vorliegende Vertrag hat vor dem früheren viele Vorzüge, auch in dem Punkte des Art. 2, wie die Abgg. Hahn und Baumbach ihn erläutert haben. Verwahren muß ich mich aber gegen die Auffassung des Herrn Baumbach, daß eine rechtsgiltige Kündigung der Zustimmung aller bei der Vereinbarung mitwirkenden Faktoren zur Voraussetzung hätte. Ueber die Doktorfrage können wir uns mündlich unterhalten. Praktische Gestalt hat sie jedenfalls noch nicht gewonnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Lieber** (Z.): Auch ich will mich auf die Kontroverse zwischen der äußersten Linken und Rechten nicht einlassen. Wir begrüßen den gegenwärtigen Vertrag, so wie er liegt, freudig und werden demselben zustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die erste Berathung. In der zweiten werden die einzelnen Bestimmungen des Vertrages und das Schlußprotokoll ohne Diskussion genehmigt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. **Leemann** (11. Württemberg) beantragt die Kommission zwar die Giltigkeit, aber in Bezug auf eine Behauptung des Protestes eine Erhebung durch gerichtliches Verfahren.

Abg. **Müller** (Marienwerder) hält die Forderung eines gerichtlichen Verfahrens für falsch; er empfiehlt vielmehr, die Wahlakten den betreffenden Behörden zu überweisen, welche das Weitere verfügen werden.

Der Antrag Müller wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Reichspartei abgelehnt, der Antrag der Wahlprüfungskommission angenommen.

Bezüglich der Wahl des Abg. **Panse** wird ebenfalls die Giltigkeit beantragt.

Abg. **Heine** (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß in dem Protest mehrfach behauptet wird, daß Sozialdemokraten aus dem Wahllokal verwiesen worden sind; die Wahlprüfungskommission habe sich mit dieser Frage schon beschäftigt, sei aber noch nicht zur Entscheidung darüber gekommen.

Die Wahl wird für giltig erklärt, ebenso die Wahl des Abg. v. **Sperber**, in Bezug auf welche auch eine nähere Erhebung bezüglich einer Protestbehauptung beschlossen wird, nachdem ein Antrag des Abg. **Müller**-Marienwerder, die Wahlakten der preußischen Regierung zur weiteren Veranlassung zu überweisen, abgelehnt war.

Die Wahl des Abg. **Kauffmann** wird ebenfalls für giltig erklärt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung **Sonnabend 2 Uhr.** (Zweite Berathung der Vorlage, betreffend die Gewerbegerichte.)

Lokales.

Der „Lokal-Anzeiger" und die Berliner Arbeiter. Die ausstehenden Setzer des „Lokal-Anzeigers" haben vor einigen Tagen an die Arbeiter das Ersuchen gerichtet, weder im „Lokal-Anzeiger" zu inseriren, noch bei Geschäftsleuten zu kaufen, welche in dem genannten Blatte inseriren. Beides hat inzwischen auch eine, allerdings nur schwach besuchte, Arbeiterversammlung beschlossen. Unseres Erachtens ist der zweite Theil dieses Beschlusses zu verwerfen. Um zu wissen, welche Geschäftsleute im „Lokal-Anzeiger" inseriren, muß man dieses Blatt lesen. Daß dies geschehen, wird von den Beschlußfassern ohne Zweifel weder gewünscht, noch vorausgesetzt. Dann aber haben sie den Beschluß gedankenlos gefaßt. Es reicht vollkommen aus, wenn von den Arbeitern weder im „Lokal-Anzeiger" inserirt, noch auf denselben abonnirt wird. Letzteres haben die Beschlußfasser wohl als selbstverständlich vorausgesetzt. Leider aber verhält es sich thatsächlich noch anders.

Auch bezüglich der Gründe zu diesem „Boykott" bedarf es einer Bemerkung. Derselbe rechtfertigt sich nicht aus der Absicht, einige wenige Ausständige zu unterstützen, zu diesem Zwecke kann unmöglich ein Boykott mit weitreichenden Wirkungen ohne weiteres beschlossen werden, sondern nur aus Geist und Inhalt — wenn man nicht vorzieht, zu sagen: Geist- und Inhaltlosigkeit — des „Lokal-Anzeigers". **Daß kein Arbeiter dieses Blatt lesen oder irgendwie unterstützen sollte, darüber bedarf es wohl keiner weiteren Worte.**

In den Gerichtssälen des Landgerichts I. arbeiteten bisher die Berichterstatter unter sehr erschwerenden Umständen. Sie hatten keinen eigenen Platz, sondern mußten sich, im Zuhörerraum sitzend, ihre Notizen auf den Knieen machen. Auf direkte Anordnung des Herrn Präsidenten Angern, an den sie eine öffentliche Beschwerde richteten, sind nun seit gestern in allen Strafkammersälen Arbeitstische für die Vertreter der Presse aufgestellt. Indem letztere, so wird uns geschrieben, für diese Gunst aus vollem Herzen danken, können sie jetzt mit der fröhlichen Hoffnung an ihre Arbeit gehen: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag — man weiß nicht, was noch kommen mag!"

Auf die gestrige Erklärung des Herrn M. Baginski ersucht uns das „Kl. Journ." um die Mittheilung, daß sich in der Nr. 158 des genannten Blattes nur folgende Notiz befunden habe: „Ausgewandert. Die Leiter des letzten Berliner Schuhmacherstreiks, J. Klinger und M. Baginski, zwei sehr jugendliche Redner, haben ihr Domizil in Berlin aufgegeben und sind nach der „freien" Schweiz abgedampft."

Aus Spandau wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute Nachmittag 12¾ Uhr fand in einem Trockengebäude in der neuen Pulverfabrik, in welchem 26 Faß Pulver lagerten, eine Explosion statt. Das Trockengebäude wurde vollständig verwüstet, eine größere Anzahl anderer Gebäude wurde stark beschädigt. In vielen Häusern wurden die Fenster zertrümmert. Von den Arbeitern haben mehrere durch herumfliegende Trümmer und Splitter leichte Verletzungen davongetragen.

Zu der Pulver-Explosion in Spandau gehen uns auf Grund der an Ort und Stelle angestellten Recherchen folgende ausführliche und durchaus zuverlässige Mittheilungen zu:

Die neue Pulverfabrik, welche außerhalb der Festungsmauer an der Havel anstoßend etwa 1000 Meter von der Berliner Chaussee entfernt liegt, besteht aus den Fabrikgebäuden, den Reserve-Pulverlägern und den Trockenschuppen, welch' letztere — an der Zahl — etwa 150 Meter je von einander entfernt sind und zwischen denen sich stets noch der Sicherheit halber ein Erdwall in Höhe der Schuppen befinden. Die Trockenschuppen, welche durchweg eine Länge von zirka 40 Metern haben und 29 Meter breit und 6 Meter hoch sind, sind aus Fachwerk, dreiviertelstärkigen Balken hergestellt und besitzen massive Wände, während die Dächer aus gelheerter Pappe gefertigt sind. Heute Mittag 5 Minuten vor ¾1 Uhr, die 1500 Arbeiter der Pulverfabrik waren sämmtlich, des ungünstigen Wetters wegen, ihr Mittagsbrod verzehrend in den Kleiderschuppen, erfolgte plötzlich eine mehrere Sekunden anhaltende Detonation; die in einem der Trockenschuppen befindliche Schießbaumwolle hatte, vermuthlich durch Selbstentzündung infolge einer entstandenen Reibung oder durch zu große Hitze in dem Schuppen, sich entzündet und trotz der oben geschilderten Vorsichtsmaßregeln, hatte sich die Explosion drei Nachbarschuppen mitgetheilt, deren Inhalt ebenfalls explodirte. Durch die ungeheure Gewalt des Luftdruckes war erst der Kleiderschuppen, in dem sich etwa 180 Personen befanden, in sich zusammengebrochen und hatte die sämmtlichen Arbeiter unter sich begraben. Zwei der Trockenschuppen waren gänzlich vom Erdboden verschwunden, die Steine auf Entfernungen von hunderten Metern herumgeschleudert, die dicken Balken total zersplittert und größere bis 1 Zentner schwere Stücke 15 Meter hoch emporgeschleudert, während von den beiden anderen Schuppen nur die Bedachungen ausgerissen und die Seitenwände zum Theil zertrümmert sind. Die 4 Gebäude hielten zusammen 110 Zentner Schießbaumwolle. Nachdem sich die Arbeiter von dem ersten Schreck erholt, machten sich dieselben daran, die unter dem Kleiderschuppen begrabenen aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien und nach ½stündiger Arbeit waren bereits die 180 Mann aus den Trümmern herausgeholt, von den glücklicherweise nur 15 Personen — so weit bis jetzt festzustellen war — Verletzungen davongetragen hatten; ferner wurden noch drei Männer verletzt in den Gängen aufgefunden, so daß insgesammt 18 Personen zu Schaden gekommen sind, von welchen 7 schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen erlitten. In der etwa 5 Minuten entfernt gelegenen Patronenfabrik wurden 16 Mädchen infolge des Schrecktens ohnmächtig und drei von Krämpfen befallen, ebenso fielen in Spandau mehrere Straßenpassanten bewußtlos zu Boden. In der alten Pulverfabrik „Eiswerder", welche ¼ Stunde von der Unglücksstelle entfernt liegt, entstand eine Panik, die Arbeiter, welche sich dort in den Fabrikräumen befanden, drängten den Ausgängen zu, rissen die schwächeren zu Boden und eilten über dieselben fort, doch haben hier nur drei Personen, soweit uns bekannt, unerheblichere Verletzungen erlitten. In der neuen Pulverfabrik, der Patronenfabrik und Eiswerder sind fast sämmtliche Fenster zertrümmert und in Eiswerder stürzte der Stuck von den Decken und Wänden. Spandau selbst hat den geringsten Schaden erlitten, da dort nur eine ½zöllige Schaufensterscheibe im Werthe von 850 M. zertrümmert ist, dagegen sind in Westend und Charlottenburg, Saatwinkel zahlreiche Schaufenster und Fenster in Wohngebäuden zersprungen, das Palmenhaus in der Charlottenburger Flora hat stark durch den Luftdruck gelitten und die dichten Rauch- und Staubwolken, welche in der Nähe der Pulverfabrik alles schwarz färbten und auf Entfernungen von 6 Meilen wahrgenommen wurden, drangen in Charlottenburg in die Wohnungen ein. Auch in den nördlichen und nordwestlichen Stadtgegenden Berlins wurde der durch die Explosion entstandene Luftdruck wahrgenommen, in der „Technischen Hochschule" in der Invalidenstraße wurden Fenster und Thüren aufgerissen und in Wannsee, Friedenau, Wilmersdorf wurde ein starkes Zittern der Wände wahrgenommen. — Die Telegraphen- und Telephondrähte nach Spandau waren in den ersten Stunden nach dem Unfall von den Behörden derart in Anspruch genommen, daß eine Privatperson dorthin gar keinen Anschluß erhielt. Die Züge nach Spandau waren in den Nachmittagsstunden stark besetzt und brachten viele Tausend Neugierige nach dem Festungsort, jedoch war durch ein starkes Militäraufgebot jede Annäherung an die Fabrik verhindert.

Die Geistesumnachtung eines Amtsrichters hat in der benachbarten Städtchen Alt-Landsberg die Bevölkerung in Aufregung versetzt. Es handelt sich um den Amtsrichter Schmidt, der sich durch seine Berufsthätigkeit sowohl, wie durch sein bescheidenes und zuvorkommendes Wesen bei den Bürgern allgemeine Liebe erworben hat. Vor zwei Jahren war er bereits aus Alt-Landsberg in geheimnißvoller Weise verschwunden; er irrte damals geistig krank in Berlin umher und wurde nach einer Anstalt gebracht, wo er indeß schon nach einigen Monaten wieder Heilung fand. Eine weitere Kur setzte ihn in den Stand, seinen Beruf von Neuem aufzunehmen, und er hat seitdem in Alt-Landsberg als Grundbuchrichter gewirkt. Leider ist jetzt das alte Leiden in verschärftem Maße hervorgetreten, daß seine Kollegen und Freunde die Nothwendigkeit einer psychiatrischen Behandlung erkannten. Seit 14 Tagen hat er die richterlichen Geschäfte niederlegen müssen. Die Fortschaffung des bedauernswerthen Kranken ließ sich indeß weder in Güte, noch durch Zwangsmittel bewerkstelligen. Schließlich blieb nichts weiter übrig, als den Vater des Amtsrichters, Herrn Bürgermeister Schmidt in D., telegraphisch herbeizurufen. Diesem gelang es sofort, den Kranken zu beschwichtigen. Der Patient ist inzwischen einem Krankenhause übergeben. Das traurige Leiden des beiläufig unverheiratheten Amtsrichters wird auf einen Sturz zurückgeführt, der ihn einst als Knaben betroffen hatte.

Von Denen, die am Wege sterben! Wir lesen im „Anz. f. d. Havell.": Die verstoßene Frau eines Berliner Droschkenfuhrherrn ist angeblich die etwa 40 Jahre alte Person, welche vor einigen Tagen in einem Zustande unbeschreiblicher Verwahrlosung in der Stadthaide vorgefunden wurde. Die Polizei wußte schon seit längerer Zeit, daß sich in der Forst obdachlose Personen aufhalten; dieselben verstanden es aber stets, sich den Nachforschungen, welche wiederholt angestellt wurden, zu entziehen, indem sie bei der Annäherung der Sicherheitsbeamten in benachbarte Wälder flüchteten. Kürzlich erhielt die Polizei aber von einem Unbekannten die Mittheilung, daß an einer bestimmten Stelle in der Haide eine Frauensperson liege, welche völlig hilflos und dem Hungertode nahe sei. Ein Beamter machte sich auf und durchsuchte die bezeichnete Gegend. Plötzlich vernahm er menschliche Laute, welche von einem Gebüsch herzukommen schienen. Er trat näher, und mit einem Mal flog ein dichter Schwarm Fliegen und anderer Insekten auf. Auf dem Erdboden sah der Beamte einen menschlichen Körper, der in Lumpen gehüllt war und fast bewegungslos dalag. Bei näherer Betrachtung bot sich ein schauderhafter Anblick dar. Hände und Füße des Weibes sowie auch das Gesicht waren über und über mit Würmern, Fliegen und anderem Gethier bedeckt; das Ungeziefer hatte sich im Fleische buchstäblich festgesetzt. Die Unglückliche schien nicht das geringste Unbehagen bei der Nachbarschaft der ekelhaften Insekten zu empfinden; wenigstens äußerte sie auf Befragen, daß sie davon nichts verspüre; sie machte auch nicht die geringsten Anstrengungen, sich des Ungeziefers zu erwehren. Nur klagte sie über Hunger; sie erzählte, daß sie zu einer Truppe von mehreren Obdachlosen gehörte, welche in der Forst sich umhertrieben; sie sei von denselben in letzter Zeit verlassen worden, und man hatte ihr zuweilen etwas Schnaps und Brot gebracht; größtentheils habe sie aber von den frischen Schößlingen der Tannen und von Kräutern gelebt. Das Aussehen der Unglücklichen ließ diese Angaben als glaubwürdig erscheinen; ob auch ihre Behauptungen, daß sie die Frau eines Fuhrherrn aus dem Norden Berlins sei, auf Wahrheit beruhen, steht noch dahin. Die bedauernswerthe Frauensperson wurde mittelst Wagen nach dem Krankenhause transportirt.

Wegen bedeutender Unterschlagungen — hierüber Zeitungen geben die Summe auf 8000 bis 9000 M. an, in Wirklichkeit ist sie jedoch viel größer — wurde der Postassistent A. aus Storkow in Dresden verhaftet. A., welcher das Postamt

Storkow verwaltete, machte schon in früherer Zeit häufig Besuche in Berlin und verkehrte hier sehr viel in einem Lokale mit Damenbedienung. An Geld mangelte es ihm niemals, er machte so reichliche Ausgaben, daß man annehmen muß, daß er schon damals nicht lediglich aus seiner Privatkasse, sondern daneben auch aus der der Kaiserlichen Post geschöpft hat. Neuerdings hatte sich A. wiederum in einem Schanklokale mit einer Kellnerin befreundet, der gegenüber er sich sehr freigebig erwies. Der Champagner war bei ihm an der Tagesordnung. Der Abwechselung halber schlug er vor, eine gemeinschaftliche Vergnügungsreise in die sächsische Schweiz zu machen. A. stattete seine Freundin für die Reise aus, und nachdem noch das nöthige Reisegeld aus der Postkasse entnommen war, dampfte man ab. Der naive Durchgänger besaß die Harmlosigkeit, zunächst direkt nach Dresden zu fahren, wo die Herrlichkeit alsbald im Polizeigewahrsam ein jämmerliches Ende fand. Das Mädchen scheint nicht gewußt oder auch nur geglaubt zu haben, daß ihr Verehrer seine reichlich fließenden Mittel auf unehrliche Weise erwarb. Kürzlich traf ein sehr vergnügter Brief bei der Wirthin ein, worin die Beurlaubte mittheilte, daß sie mit ihrem Freunde wohlbehalten in Dresden angekommen sei.

„Erhöhung der „Betäubungsgebühr" im zahnärztlichen Institut. Bei Eröffnung der Klinik des königlichen zahnärztlichen Instituts, Dorotheenstr. 41, wurde die Taxe für „schmerzloses Ausziehen von Zähnen mittelst Betäubung durch Lachgas" auf 1 M. festgesetzt. Es ergab sich jedoch bald, daß dieser geringe Satz fast jeden Besucher der Klinik veranlaßte, sich betäuben zu lassen. Infolgedessen beantragte der Direktor beim Minister die Erhöhung der Taxe. Es ist dem Direktor seitdem anheimgestellt, die Taxe für eine Betäubung zwischen zwei und sechs Mark variiren zu lassen; er erhöhte hiernach die Betäubungs-Gebühr vorläufig auf 3 M. Aber auch dieser Preis hat es nicht vermocht, die Zahl der betreffenden „Patienten" zu verringern. Namentlich in der letzten Woche waren unter 6 Patienten immer 5, die „schmerzlos" ihrer Zähne entledigt sein wollten. In Anbetracht dieser Vorkommnisse und der darauf entstehenden ungewöhnlichen Arbeitsüberlastung, durch welche die Abfertigung der übrigen klinischen Patienten allzu sehr verzögert wird, will der Direktor Professor Busch schon in der nächsten Zeit von seiner Ermächtigung Gebrauch machen und den Preis für eine Betäubung auf 4 oder 5 M. erhöhen.

Raffinirte Gauner sind die beiden gewandt auftretenden Individuen, welche seit einigen Tagen die Kaufleute im Zentrum der Stadt als Opfer ihrer betrügerischen Manipulationen sich ausersehen haben. Zu Ende der vorigen Woche bereits ging bei der hiesigen Kriminalbehörde die Meldung ein, daß in einem Weißwaarengeschäft in der Königstraße ein Betrug nach Art des berüchtigten Verbrechers „Matrosen-Albert" ausgeführt wurde, indem von Seiten eines sich als Käufer gerirenden Individuums ein größeres Geldstück in Zahlung gegeben und nach Einstreichung des Restbetrages dieses selbst von dem Gauner eingestrichen wird. Diese Betrügereien mehren sich in den letzten Tagen; es scheint darum geboten, die Art und Weise, wie dieselben ausgeführt worden, durch Mittheilung eines Falles, von welchem wir in Kenntniß gesetzt worden und der gleichsam als typisch gelten kann, hier näher zu beleuchten. In ein in den Königs-Kolonnaden befindliches Zigarrengeschäft, in welchem ein ganz junges Mädchen als Verkäuferin fungirte, trat kürzlich gegen Abend ein junger Mann und verlangte Zigarren. Diesem Verlangen kam die Verkäuferin nach, der „Käufer" ersuchte jedoch um — theuerere, gleichviel welchen Preises". Nachdem er hin und her gewählt hatte, legte er ein 20-Markstück auf den Tisch, das ihm jedoch nicht gewechselt werden konnte. Daraufhin brachte er ein 10-Markstück hervor und nachdem er für 20 Pfennige eingekauft hatte, wurde ihm der Betrag von 9 M. 80 Pf. herausgegeben. In diesem Augenblicke trat ein zweiter junger Mann in den Laden, der die verschiedentlichsten Zigarettensorten zu sehen wünschte. Dieses Manöver hatte nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der Verkäuferin von dem ersten Betrüger abzulenken — und leider ist es auch geglückt. Dann den günstigen Augenblick benutzend, steckte der Schwindler mit dem ihm von der Verkäuferin herausgezahlten Betrage auch sein Goldstück wieder ein, worauf er verschwand. Ihm schloß sich alsbald sein Komplize an, und als wenige Augenblicke später die Verkäuferin auf die Straße trat, waren die Gauner verschwunden. Das Signalement der Betrüger, die sicherlich ihre betrügerischen Manipulationen weiter fortsetzen werden, wird uns wie folgt angegeben: Der Jüngere der beiden Betrüger ist 20 bis 22 Jahre alt, hat blondes Haar und kleinen gleichfarbigen Schnurrbart. Der Andere zählt ca. 25 Jahre und hat einen großen Schnurrbart von blonder Farbe. Die Kriminalbehörde ist von den ausgeführten betrügerischen Manipulationen sofort unterrichtet worden und fahndet eifrigst auf die geriebenen Gauner. — In jedem Falle Vorsicht!

Polizeibericht. Am 12. d. M. Vormittags wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Tieckstraße und Nachmittags ein zweiter in seiner Wohnung in der Holzmarktstraße erhängt vorgefunden. — Mittags gerieth die 10jährige Johanna Kolliver, als sie mit der 2jährigen Emma Jonas auf dem Arm vor dem Hause Grüner Weg 45 den Straßendamm überschritt, infolge eigener Unvorsichtigkeit unter einen vorüberkommenden Omnibus und wurde überfahren. Sie erlitt eine bedeutende Verletzung am Kopfe, während das Kind einen Bruch des rechten Oberschenkels davontrug. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurden Beide nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags wurde die 66jährige Almosenempfangerin Mehls auf dem Flur des Hauses Andreasstr. 24, als sie sich in ihre dort belegene Wohnung begeben wollte, vom Schlage getroffen und verstarb kurze Zeit darauf. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann an der Ecke der Holzmarktstraße, nahe der Michaelbrücke, von einem Mehlwagen überfahren und am linken Oberschenkel so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit wurde in einem Stallgebäude der Pferde-Ausstellung, Stadtbahnbogen 82, der Kutscher Spaar von einem Pferde gegen den rechten Oberschenkel geschlagen und so bedeutend verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Eine unerquickliche Auseinandersetzung mit einem Schutzmanne hat dem Rechtsanwalt M. eine Anklage wegen Beleidigung und wegen Verweilens in einem Lokale über die Polizeistunde hinaus zugezogen, welche gestern vor der 91. Abtheilung des Schöffengerichts gegen ihn verhandelt wurde. In der Nacht zum 4. Februar befand sich der Angeklagte als letzter und einziger Gast in einer Restauration, als der Schutzmann Neß erschien und die Wirthin darauf hinwies, daß sie die Polizeistunde bereits überschritten habe. Die Wirthin erwiderte, daß sie bereits Feierabend geboten habe, der noch anwesende Gast, der auch gleich gehen würde, wohne im Hause. Der Beamte erklärte, daß denselben dies nicht zum längeren Verweilen berechtige und wandte sich direkt an den Gast mit der Aufforderung, sich zu entfernen. Rechtsanwalt M. erklärte, daß er erst sein Bier austrinken werde, der Beamte wollte dies nicht gestatten und das Gespräch spitzte sich derart zu, daß der Beamte den Rechtsanwalt um Angabe des Namens und der Wohnung ersuchte. Er stieß wiederum auf Weigerung, wobei der Angeklagte sich zu der Aeußerung hinreißen ließ: „Das ist das Denunziantenthum, die Beamten, die wir ernähren, sollten den Bürger schützen, anstatt zu chikaniren." Wegen dieser Aeußerung hat das Polizeipräsidium den Strafantrag gestellt. Der Beschuldigte, der sich vom Rechtsanwalt Geschke vertheidigen ließ, führte zu seiner Entschuldigung an, daß das ganze Auftreten des Schutzmannes ihn habe reizen müssen, auch habe er nicht diesen speziell gemeint, sondern im Allgemeinen gesprochen. Er stelle unter Beweis, daß die Schutzleute mit Vorliebe Grund zu Anzeigen suchten und daß bei einer früheren Gelegenheit ein solcher gesagt habe: „Wir sind noch jung im Dienste und müssen uns erst unsere Sporen verdienen." Da sich durch die Beweisaufnahme ergab, daß der Beamte sich im vorliegenden Falle völlig korrekt benommen hatte, so lehnte der Gerichtshof alle weiteren Anträge ab, hielt den Beschuldigten sowohl der Beleidigung wie der Uebertretung für überführt und erkannte wegen des Vergehens auf **dreißig**, wegen der Uebertretung auf **drei** Mark.

Ein Schutzmann wegen versuchter Erpressung angeklagt. Schon von seiner Militärzeit her war der Schutzmann M. infolge seiner Verpflichtung zur Zahlung von Alimenten in Geldverlegenheit gerathen, aus der ihn ein Herr **Laube** gegen Zahlung überaus hoher Zinsen befreite. Die Prolongationen der Schuld zogen sich bis in die Zeit hin, wo M. bei der Schutzmannschaft eintrat, und da ist es demselben unter großen Entbehrungen möglich geworden, seinem Gläubiger das vorgeschossene Kapital zu bezahlen. Schuldig war er nur einen geringen Zinsbetrag geblieben. Als er wegen desselben von Laube seinen groben, sogar beleidigenden Brief erhielt, war die Geduld des M. zu Ende. Jetzt verlangte er unter der Drohung, im anderen Falle wegen Wuchers Anzeige zu erstatten, von seinem Gläubiger nicht nur den Erlaß der noch rückständigen, sondern die Herauszahlung der zu viel gezahlten Zinsen. Laube kam der Wucheranzeige zuvor, indem er den angezogenen Brief an die Staatsanwaltschaft sandte. Diese erhob Anklage wegen versuchter Erpressung, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Der Staatsanwalt beantragte auch die Verurtheilung des Angeklagten zu vierzehn Tagen Gefängniß, indem er als erwiesen erachtete, daß M. als Polizeibeamter die Erfordernisse des Wucherparagraphen gekannt hat und daher die Nichtberechtigung seiner Forderung kennen müßte. Der Gerichtshof folgte aber den Ausführungen des Rechtsanwalts **Freudenthal**, daß gerade in den Kreisen der kleinen Beamten schon die abnormen Zinsenforderungen als Wucher angesehen werden, daß der Angeklagte sich daher zur Rückforderung der zu viel gezahlten Zinsen für berechtigt erachten konnte. Aus diesem Grunde erfolgte **Freisprechung** desselben.

Was einem harmlosen Wanderer im Kastanienwäldchen begegnen kann, zeigt folgende Geschichte. Der Handschuhmacher **Großheim** lustwandelte eines Abends im Kastanienwäldchen und machte dort die Bekanntschaft eines harmlos ausschauenden jungen Menschen, welcher ihn schließlich aufforderte, in einem Hotel garni in der Dorotheenstraße, in welchem derselbe wohnte, noch ein Glas Bier zusammen zu trinken. Das Anerbieten wurde angenommen, Großheim bemerkte jedoch zu seinem Verdruß, das ihnen auf Schritt und Tritt ein junger Mensch folge, dessen Gebahren ihm verdächtig vorkam. Er blieb deshalb stehen, drehte sich um und drückte seinem Begleiter aus, daß ihm der Mensch unheimlich zu werden beginne. Auch der Begleiter, welcher sich später als der Hausdiener **Kienitz** entpuppt hat, drehte sich um und fragte den Verfolger, was er denn eigentlich wolle. Thatsächlich wußte er aber ganz genau, was dessen Begehr war, denn Beide kannten sich sehr gut und hatten offenbar ein kleines Erpresserstückchen mit einander verabredet. Der unheimliche Mensch, welcher den Beiden wie ihr Schatten gefolgt war, nahm nämlich eine sehr finstere Miene an und erklärte, daß er sie verhaften lassen würde, da er sie bei einem Vergehen gegen die Sittlichkeit beobachtet habe. Trotzdem das Gewissen der Beiden vollständig rein war, heuchelte **Kienitz** doch plötzlich eine gewaltige Angst, erklärte seinem Begleiter, daß dieser fürchterliche Mensch sie in vielen Verdruß und Kummer hineinlügen könne und knöpfte schließlich seine Uhr los, welche er dem Fremden als Lösegeld überließ. Großheim, ein noch junger Mann bekam, als er dies sah, auch eine solche Angst, daß auch er der Aufforderung, ein Gleiches zu thun, nachkam und nicht nur baares Geld, sondern seine Uhr hingab. Trübselig begleitete er seinen unbekannten Bekannten bis nach dem Hotel in der Dorotheenstraße und erst am nächsten Morgen war er sich darüber klar, daß er am Ende einem abgekarteten Spiel zweier abgefeimten Betrüger zum Opfer gefallen sein könnte. Die Polizei, welche am nächsten Morgen dem Kienitz einen Besuch in dem Hotel abstattete, bestätigte dies durchaus, denn sie stellte fest, daß Kienitz und der fürchterliche Mensch aus dem Kastanienwäldchen — ein Kellner Namens Siebert — sehr gut mit einander bekannt waren. Letzterer hatte von dem Einschreiten der Polizei Wind bekommen und die Uhr schleunigst dem Zigarrenarbeiter **Bodensack**, der in demselben Hotel logirte, zugestellt. Alle drei Personen befanden sich nun gestern auf der Anklagebank: **Kienitz** und **Siebert** wegen **Bodensack** wegen Begünstigung. — Der Gerichtshof hielt den Thatbestand der Anklage für voll erwiesen und da er die Angeklagten nach ihrem Auftreten für äußerst gemeingefährliche Menschen erachtete, so verurtheilte er **Kienitz zu 9 Monaten, Siebert zu 4 Monaten Gefängniß** und sprach auch über Jeden 1 Jahr Ehrverlust aus.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, den 12. Juni. **Der denkwürdige Erlaß an die Armenpfleger**, der sich gegen die Streikenden richtet, hat folgenden Wortlaut:

Auszug aus dem Protokoll des Armen-Kollegiums.

Hamburg, den 8. Mai 1890.

Der Herr Präses weist auf die Nothwendigkeit hin, angesichts der überhandnehmenden Streikbewegung unter der Arbeiterbevölkerung die Organe der Allgemeinen Armen-Anstalt mit Anweisung zu versehen, Gesuche um Unterstützung von einzelstehenden streikenden Personen unbedingt und ausnahmslos zurückzuweisen und, wo die Unterstützung von schuldlosen Familienmitgliedern sich vernothwendige, gegen das Familienhaupt nach Strenge des Gesetzes vorzugehen. Er beantrage daher, beschließen zu wollen, daß die Herren Vorsteher zu ersuchen seien, ihre Herren Pfleger anzuweisen:

a) Gesuche um Unterstützung alleinstehender streikender Personen unbedingt und ausnahmslos zurückzuweisen;

b) in Fällen, wo die Unterstützung von Familienangehörigen der Streikenden nach Sachlage nicht zu umgehen sei, davon unverzüglich dem Hauptbureau Mittheilung zu machen, welches die Akten der Polizeibehörde zum Einschreiten nach Maßgabe des § 361, 5, des Reichs-Strafgesetzbuches zuzustellen haben wird.

Das Kollegium beschließt dem Antrage entsprechend.

Ausfertigung an sämmtliche Herren Bezirksvorsteher in einer der Zahl der Pfleger in den einzelnen Bezirken entsprechenden Anzahl und an Herrn Senator Schemmann, als Präses der St. Pauli Armenanstalt und der vorortlichen Armenverbände.

Wie man sieht, bemerkt das „Hamb. Echo" dazu, deckt sich der Erlaß mit der von uns veröffentlichten Notiz vollkommen. Wenn wir ihn trotzdem noch im Wortlaut veröffentlichen, so geschieht es, um eine für die Zeitgeschichte wichtige und interessante Urkunde bekannt zu machen. Wie wir schon ausgeführt haben, halten wir den Erlaß für überflüssig, da wir nicht glauben, daß thatsächlich Streikende Armenunterstützung in Anspruch nehmen. Dagegen halten wir ihn für wohlgeeignet, die Streikenden in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Unsere frühere Kritik dieses Erlasses halten wir vollständig aufrecht.

Bildstock (Kreis Saarbrücken), 13. Juni. **Der bergmännische Rechtsschutzverein hat den Bau von zwei Vereinshäusern beschlossen**, in denen künftig die Versammlungen aller im Saargebiet bestehenden Arbeitervereinigungen stattfinden sollen. Der erste Bau, der am hiesigen Orte errichtet wird, wird schon in den nächsten Tagen in Angriff genommen. Die Leitung ist dem Maurerpolier Roll aus St. Johann, dem Begründer und Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeiter-Rechtsschutzvereins, übertragen worden. Die Vereinsmitglieder werden abwechselnd an den Bau mit Hand anlegen.

Soziale Uebersicht.

Achtung Metallarbeiter! Kollegen! Die am 7. Mai in der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, Brauerei Friedrichshain, gewählte Kommission zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge zur Beschickung des Allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar, macht hierdurch nochmals bekannt, daß zu diesem Zweck Bons zu 10 Pf. ausgegeben werden. — Kollegen! Da die Gelder bis jetzt erst sehr spärlich eingelaufen sind, waren wir gezwungen, das Fehlende zu leihen, denn wie Ihr wohl wissen werdet, begann der Kongreß schon am ersten Pfingstfeiertag Abends; jetzt sind die Delegirten 14 Tage schon wieder hier, haben in Versammlungen Bericht erstattet, und noch immer ist die nöthige Summe nicht zusammen; es ist nun Pflicht eines jeden Metallarbeiters, sich recht rege an den Sammlungen zu betheiligen, damit wir in der Lage sind, unseren uns hierdurch erwachsenen Verpflichtungen sobald wie möglich nachkommen zu können. Bons sind bei den Kollegen Wolff, Reinickendorferstr. 14a, B. Kurgast, Antonstr. 6, A. Schiefel, Moabit, Wilsnackerstr. 11, Otto Klein, Ritterstr. 15 und bei unterzeichneter Kommission zu haben. Auch werden daselbst sonstige freiwillige Beiträge entgegengenommen. Die Kommission: Paul Hetz, Köpnickerstr. 151, v. 4 Tr., Franz Hasselbach, Kottbuser Damm 36 und 37, v. 3 Tr., Richard Beyer, Grüner Weg Nr. 121, Hof 4 Tr. r.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung sämmtlicher Hausdiener Berlins fand am 21. Juni bei Jordan, Neue Grünstraße 28, statt. Tagesordnung: 1. Der Kongreß aller nicht gewerblichen Hilfsarbeiter zu Hannover. Referent Stadtverordneter Fritz Zubeil. 2. Verlesen der eingegangenen Schreiben aus Hannover. 3. Endgiltige Beschlußfassung über Beschicken dieses Kongresses. 4. Verschiedenes. In das Büreau wurden gewählt die Kollegen: Bendix, Dopatka, Mohnke. Da der Referent verhindert war zu erscheinen, wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung geschritten und wurden die eingelaufenen Schreiben verlesen, woraus sich ergab, daß der Kongreß bis zum 29. Juni vertagt ist und daß zum Beschicken des Kongresses von 4 Delegirten auf die Dauer von 4 Tagen die Summe von ca. 160 M. nöthig sind. Zu Punkt 3 sprachen sich die Kollegen Lamprecht, Prill, Pinzer und Runge dahin aus: den diesjährigen Kongreß zu Hannover nicht zu beschicken, mit dem Geldsammeln fortzufahren, damit zu dem nächstjährigen stattfindenden Kongreß die doppelte Zahl Delegirten uns vertreten können. Die Kollegen Herrmann, Uthes, Keßler und Kuhnke sind für Beschicken, weil es doch möglich sei, daß auf diesem Kongreß was Gutes zu schaffen sei. Kollege Wiemer ist fürs Abwarten und regt an, ob es nicht besser wäre, Vertrauensleute zu wählen, welche die Sache in die Hand nehmen, derselbe geißelte scharf die Gleichgiltigkeit und Verstumpftheit bei den Kollegen, was bei dem Sammeln so recht zu sehen sei, da könnte man, anstatt Geld, sehr oft Grobheiten bekommen. Kollege Herrmann stellt den Antrag, die heutige Versammlung wolle beschließen, den Beschluß der vorigen Versammlung aufrecht zu erhalten bis zur nächsten öffentlichen Versammlung und die Geldsammlung fortzusetzen. Der Antrag wurde angenommen.

Zu Punkt 4 war folgende Resolution eingegangen:

In Erwägung, daß die in kaufmännischen Geschäften angestellten Hausdiener weder eine geregelte Arbeitszeit, noch eine Sonntagsruhe, noch eine bestimmte Kündigungsfrist und dadurch ihren Arbeitsgebern rechtlos gegenüberstehen, sowie einer willkürlichen Entlassung ausgesetzt sind, beschließt die heutige Versammlung, die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deutschen Reichstages zu ersuchen, den von Ihnen eingebrachten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf dahin zu erweitern, daß für oben angeführte Kategorie von Arbeitern der Arbeitstag höchstens 10 Stunden beträgt, die Beschäftigung an Sonntagen gänzlich zu verbieten sei. Als Norm für die Kündigung, wie bei gewerblichen Arbeitern, auf 14 Tagen festzusetzen. Der Kollege Herrmann ist für Abstimmung und dieselbe in nächster Versammlung nochmals einzubringen. Kollege Langrecht ist gegen Abstimmung, weil die Versammlung zu schwach besucht sei, er bittet dieselbe zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen. Kollege Dopatka stellt den Antrag, die Resolution bis zur nächsten Versammlung zurück zu stellen und dann als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird angenommen. Darauf ermahnt Kollege Bendix die Kollegen, recht rege für die Sache zu agitiren und sich an die Listensammlungen recht fleißig zu betheiligen, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung von dem Vorsitzenden geschlossen wurde.

Eine öffentliche Volksversammlung sämmtlicher Berliner Gewerkschaften tagte am Mittwoch, den 11. Juni im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstraße 117 mit folgender Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Arbeiter Berlins zum großen Weberstreik in Greiz. Referent Stadtv. Otto Heindorf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Herr Heindorf das Wort. Derselbe führt etwa folgendes an: Als die Geraer Weber zum Streik veranlaßt waren durch Aufstellung einer Fabrikordnung von Seiten der Fabrikanten, erklärten sich die Greizer Weber mit ersteren solidarisch und legten die Arbeit ebenfalls nieder; dieselben hielten bei sehr geringer Unterstützung, welche aus Brot und Kartoffeln bestand, acht Wochen aus, da ihnen aber auch diese Unterstützung nicht mehr so weit gewährt werden konnte, um wenigstens den Hunger zu stillen, so mußten sie am Dienstag, den 10. Juni, die Arbeit bei den Fabrikanten wieder aufnehmen; allerdings nicht alle, denn nicht weniger als 500 Weber sind gemaßregelt worden, indem sie keine Arbeit wieder bekommen. Diese sind nun dem Hungertode geweiht, wenn sie nicht unterstützt werden. Redner ermahnt nun die Berliner Arbeiter, auch ihre Schuldigkeit zu thun und ein Scherflein dazu beizutragen, denn wenn es nicht gelungen sei, den Greizer Webern zum Siege zu verhelfen, so sei es aber Pflicht eines zielbewußten Arbeiters, die Gemaßregelten zu unterstützen. Hierauf gelangten folgende Resolutionen zur Annahme: 1. Die heute in Königsbank tagende Volksversammlung verpflichtet sich, für die gemaßregelten Weber in Greiz (500 an der Zahl) durch Unterstützung von Geldbeiträgen ihr Möglichstes zu thun, damit nicht die Opfer der heutigen kapitalistischen Produktionsweise verhungern müssen, und fordern die Berliner Gewerkschaften auf, dazu beizutragen. 2. Die heutige Versammlung beauftragt das Agitationskomitee der Textilarbeiter Deutschlands die Sache in die Hand zu nehmen. Hierauf war ein Brief von der Lohnkommission der Brauergesellen eingegangen, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, nur Bier von den Brauereien zu trinken, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben und zwar Münchener Brauhaus, National-Brauerei, Gräfl. Reichach'sche und Volksbrauerei. Diesen Wunsch macht die Versammlung einstimmig zum Beschluß. Eine folgende Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen: Infolge der arbeiterfeindlichen Haltung des „Lokal-Anzeiger" (Formerstreik, sowie Setzerstreik im „Lokal-Anzeiger" selbst) beschließt die heute in „Königsbank" tagende öffentliche Versammlung, in allen Arbeiterkreisen dahin zu wirken, daß sowohl sämmtliche Abonnements abbestellt, auch das Inseriren in demselben zu unterbleiben hat, und in solchen Geschäften, welche fortgesetzt

in demselben inseriren, nichts zu kaufen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Eine große öffentliche Versammlung der Feilenhauer Berlins fand am Dienstag, den 3. d. M., bei Meißner, Gartenstraße 162, statt. Nachdem die Kollegen Brach, Schneider und Seeger ins Büreau gewählt wurden, machte der Vorsitzende folgende Tagesordnung bekannt: 1. Bericht des Delegirten vom Allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß zu Weimar. 2. Wie stellen wir uns zur Streik-Kontrolkommission, event. Wahl eines Delegirten. 3. Zur Lage unseres Streiks. 4. Verschiedenes. Zum Punkt 1 stattete Kollege Kutzia Bericht ab. Nachdem mehrere Kollegen in der Diskussion das Wort über den Bericht ergriffen hatten, forderten mehrere Kollegen nochmals die unorganisirten Kollegen auf, sich doch nun endlich der Gesammtheit anzuschließen. Es wurde dann folgende Resolution vom Allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß zu Weimar verlesen: „Die Versammlung erachtet den Ausschluß der Hamburger Schlosser und der Werftarbeiter, weil dieselben von ihrem Recht als Staatsbürger Gebrauch machend, sich einer gesetzlich erlaubten Vereinigung zur Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen angeschlossen haben und sich nunmehr weigern, auf Verlangen der Fabrikanten ohne Weiteres aus der Organisation auszutreten, für eine widerrechtliche Vergewaltigung der Arbeiter resp. eine neue Form der Sklaverei und es sei deshalb beschlossen, die Hamburger Kollegen mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen und zwar durch: a) Aufbringung von Mitteln zur Organisirung eines thatkräftigen Widerstandes; b) Fernhaltung jeden Zuzuges; c) möglichste Vermeidung von Streiks in allen übrigen Städten Deutschlands während der Dauer des Ausstandes in Hamburg. Diese Resolution wird sämmtlichen Versammlungen, die in dieser Angelegenheit stattfinden, zur Annahme empfohlen. Weimar, den 30. Mai 1890." In der sehr erregten Diskussion über diesen Punkt wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Delegirten einverstanden und beschließt, um dem ungerechtfertigten Vorgehen der Unternehmer den Arbeitern gegenüber die Spitze abzubrechen, ihren Dank den Delegirten des Kongresses dadurch abzustatten, daß die Beschlüsse desselben mit allen gesetzlich gewährleisteten Mitteln zur Ausführung gebracht werden und ein Jeder nach seinen Kräften dafür eintritt. Außerdem verpflichtet sich ein Jeder, sofern er noch keiner Organisation angehört, dem Fachverein beizutreten. Zum zweiten Punkt wurde nach kurzer Debatte Kollege A. Kutzia als Delegirter zur Streik-Kontrolkommission gewählt. Zum dritten Punkt stattete der Vertrauensmann Bericht über unsere auswärtigen Streiks. Da ist zuerst der Streik in Leipzig als beendet anzusehen; die Kollegen haben zwar nicht ihre sämmtlichen Forderungen zur Durchführung zu bringen vermocht, weil eben zu viel abtrünnig geworden. Es ist deshalb die Sperre über Leipzig verhängt. In Breslau ist der Streik ebenfalls beendet und auch zu gleicher Zeit die Sperre verhängt worden. In Offenbach ist kein Erfolg zu verzeichnen und ist deshalb auch die Sperre verhängt worden. In Ludwigshafen dauert der Streik unverändert fort. Die Kollegen halten fest an ihren Forderungen, sie streiken jetzt 12 Wochen; es ist also Pflicht eines jeden rechtdenkenden Kollegen, die Kollegen in Ludwigshafen thatkräftig zu unterstützen, damit sie schnell und sicher den Sieg davon tragen. In Altona sind 3 Kollegen gemaßregelt wegen der Feier des 1. Mai. Es sind diese drei Werkstätten schon publizirt und auch die Sperre verhängt worden. In Sangershausen sind ebenfalls 8 Mann gemaßregelt wegen der Feier des 1. Mai. Es wurden dann noch verschiedene Artikel aus dem Organ der deutschen Feilen-Industriellen, „Die Feile", verlesen. Unter „Verschiedenes" brachte Kollege A. Vegler den Antrag ein, die wöchentlichen Beiträge von 70 auf 30 Pfennig zu reduziren, was einstimmig angenommen wurde.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 3. Juni bei Meißner tagende Versammlung der Feilenhauer Berlins und Umgegend beschließt: 1. In Anbetracht, da die Fabrikanten resp. Meister einen eigenen Arbeitsnachweis eingerichtet haben, denselben nicht zu benutzen, indem die Gesellen darin nur eine Machination zur Schädigung ihrer Interessen erblicken; 2. verpflichten sich sämmtliche Feilenhauergesellen Berlins und Umgegend, nur den Arbeitsnachweis des Fachvereins der Feilenhauer zu benutzen."

Die Filiale III (Ost) der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen hielt ihre Vereinsversammlung am 3. Juni bei Henke, Blumenstraße 38, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen Wilhelm Schweitzer. 2. Filialangelegenheit. 3. Verschiedenes. — Zunächst wurde der 2. Punkt der Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende berichtet der Filiale über die Antwort auf die Beschwerde vom Ausschuß. Nachdem sich mehrere Redner über das Schreiben geäußert hatten, war die Versammlung mit demselben einverstanden. In Betreff unseres Stiftungsfestes regte der Vorsitzende an, ein Vergnügungskomitee zu wählen, da der Vorstand das nicht allein besorgen kann. Es wurden drei Mann zur Beihilfe des Vorstandes gewählt, die Kollegen E. Krüger, W. Ellwers und Fr. Recke. Das Beschwerde-Kommissionsmitglied der Filiale Ost verliest sodann noch den Arbeitsnachweis-Bericht. Es wurden sodann mehrere Anträge angenommen: 1. Den Vorstand der Filiale Ost zu beauftragen, eine kombinirte Versammlung einzuberufen, um Stellung zur Fachschule zu nehmen. 2. Der Schriftführer soll die Berichte in einer Sitzung verlesen und dann erst der Zeitung zusenden. Hierauf sprach der Referent über: „Humanismus und Renaissancezeit". Redner erntete reichen Beifall für seinen gediegenen und guten Vortrag. Zum 3. Punkt „Verschiedenes" verliest der Vorsitzende einen Brief vom Verbandsvorsitzenden in Betreffs Streikunterstützung. Es wurden 10 M. aus der Filialkasse bewilligt. Es wurde noch bekannt gemacht, daß am 4. Juli eine öffentliche Versammlung stattfindet. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Kartonarbeiter und Arbeiterinnen fand am Dienstag, den 10. Juni, in Renz' Ballsalon, Naunynstraße, statt, um zu der für Berlin geplanten Streik-Kontrolkommission Stellung zu nehmen, bezw. Delegirte in dieselbe zu wählen. Der Referent, Kollege Drews, wies in längeren Ausführungen die Ursachen nach, welche zu dem Projekt einer zu gründenden Kontrolkommission für die in Berlin stattfindenden Streiks geführt haben. Die letzten Bedingungen zu diesem Projekt seien die überall auftretenden Unternehmerkartelle gewesen. Wo diese in Aktion getreten, habe man gesehen, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach materieller und dadurch bedingter geistiger Besserstellung verloren gegangen seien. Es sei darum nöthig, daß die Arbeiter ihre Taktik hierbei in etwas ändern, und hauptsächlich der Zersplitterung ihrer Kräfte durch viele auf einem Mal auftretende Streiks vorbeugen. Hierzu biete die Kontrolkommission das beste Mittel, und empfehle es sich, zwei Delegirte, einen Arbeiter und eine Arbeiterin, in die Kommission zu wählen. An der Diskussion betheiligten sich die Herren Greiffenberg, Wach und Feldmann. Es wurde darauf hingewiesen, daß die eventuell zu Wählenden darauf zu achten haben, daß die Kommission die Freiheit der einzelnen Gewerke nicht zu sehr beschneide. Hierauf wurde ein Antrag, einen Kartonarbeiter und eine Kartonarbeiterin in die Kommission zu wählen, angenommen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Drews und auf die Kollegin Hocks. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag, das in diesem Jahre stattfindende Bundesschießen nicht zu besuchen, abgelehnt. Schluß 11 Uhr.

Eine öffentliche Versammlung der Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend fand am Montag, den 9. Juni, in Zemter's Lokal, Münzstr. 11, statt. In das Bureau wurden die Kollegen Opitz, Dörr und Dieckmann gewählt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Arbeiter-Schutzgesetze. Referent Herr Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Streik-Kontrolkommission. 4. Verschiedenes. Da der Referent noch nicht erschienen war, wurde zum dritten Punkt der Tagesordnung geschritten. Es sprachen sich mehrere Kollegen für die Kommission aus, namentlich Kollege Köhler; derselbe hob hervor, daß dadurch die unnützen Streiks vermieden werden könnten. Anderer Meinung war Kollege Schilke; derselbe führte aus, daß heute Abend nicht zur Wahl geschritten werden kann, weil die Versammlung zu schwach besucht ist. Es wurden aber doch die Kollegen Opitz und Valerius gewählt. Nachdem der Referent erschienen war, hielt derselbe seinen Vortrag zur größten Zufriedenheit. Zu Verschiedenem rügte der Kassirer die Kollegen wegen säumiger Beitragszahlung. Folgende Resolution wurde vom Kollegen Strauß eingebracht: Die heutige öffentliche Versammlung der Filzschuharbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend wolle eine Petition an den Deutschen Reichstag richten um Aufhebung der Gefängnißarbeit. Die Resolution wurde auch angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende um 12¼ die Versammlung.

Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend. Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10½ Uhr: 2 Versammlungen. Die 1. bei Rennefarth, Dennewitzstr. 13; die 2. bei Ilges, Wilhelmackerstr. 63.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Sonnabend, den 14. Juni 1890, Abends 8½ Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.

Die Glasergesellschaft Berlins und Umgegend hält vom Juli ab ihre regelmäßigen Versammlungen am Dienstag nach dem 1. und nach dem 15. in Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79 ab. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 16. Juni, daselbst statt.

Fachverein der Tischler. Montag, den 16. Juni, in der Neuen Welt, Hasenheide 56c: 10. Stiftungsfest, Konzert, Ball, Auftreten des gesammten Künstlerpersonals. Abends großes Feuerwerk. Das Konzert beginnt um 3 Uhr Nachmittags. Die Kasserküche ist von 4 Uhr ab geöffnet.

Ethische Gesellschaft. Sonntag, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, in Schneiders Salon, Belfortstraße 16, Vortrag des Herrn Schriftstellers W. Boelsche: Die Weltanschauung Darwins. Nachher gesellige Unterhaltung und Tanz. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Achtung Schäftebranche! Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Zuschneider, Vorrichter und Stepper bei Meyer, Alte Jakobstr. 83. Vortrag über Verfassungswesen, Diskussion, Kassirerwahl 2c.

Vergnügungsverein „Confidentia". Sonnabend, Abends 9½ Uhr, Sitzung im Restaurant Zur guten Quelle, Landsbergerstr 64. Vorsitzender Adolf Borde, Thaerstr. 6.

Fachverein der Kapselrer Berlins und Umgegend. Dienstag, den 17. Juni, Abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. Vortrag des Herrn Jul. Türk: Frauenbefreiung. Diskussion. Vereinsangelegenheit. Fragekasten. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Fachverein sämmtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter. Mitgliederversammlung am 16. d. Mts., Landsbergerstraße 37, bei Fenske. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Verschiedenes und Fragekasten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung der Nagelschmiede. Montag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, bei Heise, Lichtenbergerstr. 21. Tagesordnung: 1. Die Wichtigkeit einer Streik-Kontrolkommission. Diskussion, event. Wahl eines Delegirten. 2. Streik-Unterstützungsfond. 3. Verschiedenes.

Große öffentliche Versammlung der Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter. Montag, den 16. d. Mts., Abends 8½ Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Arbeiterschutz-Gesetze. 2. Wahl eines Vertrauensmannes für Berlin. 3. Wahl der Streik-Kontrolkommissionsmitglieder. 4. Wahl einer Revisionskommission betr. Abrechnung vom Kongreß. 5. Verschiedenes. (Siehe auch Inserat am Sonntag.) Um zahlreichen Besuch bittet die Kommission.

Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen. Am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zemter, Münzstr. 11: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten über den Metallarbeiterkongreß zu Weimar. 2. Diskussion. 3. Die Aussperrung der Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs. 4. Ausgabe der Billets zu dem am 19. Juli im Kaufmanns Variete stattfindenden 7. Stiftungsfeste. 5. Verschiedenes. — Zu dieser Versammlung sind sämmtliche Kollegen unserer Branche eingeladen. Gäste willkommen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Zahlstelle 6 Berlin. Am Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10 Uhr, Münzstraße 11 bei Zemter: Versammlung. Tagesordnung: 1. Besprechung über Fremdenunterstützung. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Verschiedenes.

Außerordentliche Generalversammlung der Krankengeld-Zuschuß- und Begräbnißkasse der Berliner Knopfarbeiter am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, im Restaurant Bolzmann, Andreasstr. 26. Tagesordnung: 1. Bericht der Statuten-Berathungskommission. 2. Verschiedenes. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Achtung! Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß das Kränzchen des „Rauchklub Angra Pequena, am Sonnabend, den 14. Juni 1890, im Salon des Herrn Fenske, Landsbergerstraße 37, Abends 8 Uhr, stattfindet. Alle Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Tischler-Verein. Am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 9 Uhr, Kottbuserstraße 4a: Außerordentliche Generalversammlung.

Allgemeiner Deutscher Sattlerverein (Mitgliedschaft Berlin). Am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8½ Uhr, in Meyer's Salon, Alte Jakobstraße 83: Versammlung.

Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins am Sonnabend, den 14. Juni, Abends 6 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins. Am Sonntag, den 15. Juni cr., Vormittags 11 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10: Mitgliederversammlung.

Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10½ Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a: Mitgliederversammlung.

Verein der Klempner Berlins und Umgegend. Am Sonnabend, den 14. Juni 1890: Großes Sommerfest in der „Neuen Welt", Hasenheide. Konzert und Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Verband der Plüschpolirer Berlins und Umgegend. Am Montag, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, bei Bolzmann, Andreasstraße 26: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wie sind unsere Errungenschaften hochzuhalten? 2. Wahl von Werkstattdelegirten oder Vertrauensleuten. 3. Antrag vom Vergnügungskomitee. 4. Verschiedenes.

Lese- und Diskutirklub Feuerbach. Heute, Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Schröder, Reichenbergerstr. 24: Sitzung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Gäste, eingeführt, haben Zutritt.

Verband der Porzellanmaler und Berufsgenossen Berlins. Am Montag, den 16. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75: Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Gewerkvereine. Referent: Herr W. Schweitzer. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Sonnabend: Gesangverein „Harmonia" Abends 8 Uhr im Restaurant, Alte Jakobstr. 88. — Männergesangverein „Treue" Abends 9 Uhr im Restaurant Andreasstraße 8. — Männergesangverein „Grete" Abends 9½ Uhr bei Schlämicke, Kleine Kurstr. 1. — Männergesangverein „Senefelder", Restaurant Hemter, Münzstr. 11, 9 Uhr Uebungsstunde, Aufnahme neuer Mitglieder. — Gesangverein „Harmonie" Abends 9 Uhr im Restaurant Lehmann, Kurfürstenstr. 51. Gesangstunde. — Lübeck'scher Turnverein (1. Lehrlings-Abtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57—58. Turnverein „Wedding", Pankstr. 9, Männer-Abtheilung von 8½ bis 10½ Uhr Abends; desgl. 1. Lehrlingsabtheilung von 8 bis 10 Uhr Abends. — Arends'sche Stenographenklasse des „Berliner Handwerkervereins" Abends 8½ Uhr Sophienstr. 15. — Theater- und Vergnügungsverein „Caritas" Abends 8 Uhr im Louisenstädtischen Bierhause, Admiralstr. 38. — Theater- und Vergnügungsgesellschaft „Treue" Abends 8½ Uhr in Bobert's Ballsalon, Weinstr. 11. — Privat-Theatergesellschaft „Schneeglöckchen", Abends 9 Uhr in Bettins Bierhaus Veteranenstr. 19. — Geselligkeitsklub „Lustig" Abends 9½ Uhr im Restaurant Weichelt, Taubenstr. 45. — Verein der Taubenfreunde Abends 8½ Uhr im Restaurant Hillmann, Manteuffelstraße 68. — Dänischer Verein „Freya" Abends 9 Uhr im Restaurant Poppe, Lubenstr. 106. — Verein der Württemberger Abends 8½ Uhr bei Balhinger, Dorotheenstr. 84. — Verein ehem. Schüler der 84. Gemeindeschule Abends 9 Uhr im Restaurant, Koppenstr. 58. — Verein ehem. M. C. Luther'scher Schüler Abends 9½ Uhr im Restaurant Vormann Ohmgasse 2. — Rauchklub „Portorico" Abends 9 Uhr bis 11 Uhr Köpnickerstraße 157 bei Schulz. — Rauchklub „Cicalin" Abends 9 Uhr im Restaurant Tamm, Schönhauser Allee 26. — Vergnügungsverein „Lustige 13" Abends 9 Uhr im Restaurant Albrecht, Annenstr. 9. — Tambourverein „Sedan" Sitzung Abends 9 Uhr, Grüner Weg 9—10, Aufnahme neuer Mitglieder. — Tambourverein „Herz Junig", Abends 8 Uhr, Sitzung im Restaurant Straßburgerstraße 4, Dirigent und Vorsitzender Fritz Laugant. — Tambourverein „Einigkeit macht stark", gegründet 1886, Dirigent zur Zeit H. Künting, Aufnahme neuer Mitglieder Abends 9 Uhr im Restaurant Hahn, Elsasserstr. 67. — Tambourverein „Felsenfest", Sitzung 8½ Uhr, Weißenburgerstr. 54, Dirigent und Vorsitzender: A. Friese. Aufnahme neuer Mitglieder. — Vergnügungsverein „Lustige Seelen" Abends 9 Uhr im Restaurant Schuster, Oranienstr. 8. — Vergnügungsverein Hospicia Kleine Augustrasse 14 Abends 9 Uhr.

Literarisches.

Unsere Leser seien hiermit aufmerksam gemacht auf ein Prachtwerk, das im Verlage von J. H. Schorer in Berlin erschien und bereits in 15 000 Exemplaren abgesetzt wurde.

Weil der Reinertrag dieses Werkes ohne jeglichen Abzug dem Institut der deutschen Ferienkolonien zu gute kommt, so ist es eines jeden Pflicht, durch Ankauf des Werkes diesen menschenfreundlichen Zweck zu unterstützen. Es handelt sich um das Prachtwerk: In Lust und Sonne. Künstler und Selbstschriften-Album. 100 Folioseiten auf Kupferdruckpapier. Elegant gebunden mit Rothschnitt 8 M., mit Goldschnitt 8,50 M. Kaum ein zweites Werk dürfte bisher dem deutschen Volke dargeboten worden sein, das so sehr berechtigt wäre, das Interesse unserer ganzen Nation in Anspruch zu nehmen. Wer bei irgend einer Gelegenheit das Album „In Lust und Sonne" als Geschenk verwendet, der wird zwiefache Freude erregen: — einmal auf Seiten des Empfängers und dann bei den armen Kindern, welchen der Reinertrag des Albums zu gute kommt.

Jede gute Buchhandlung ist in der Lage, ein Exemplar des Buches zur Ansicht vorzulegen und feste Bestellungen umgehend auszuführen.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abgegeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Die Erklärungen des Herrn Becker beachte ich gar nicht mehr, sie lassen mich vollständig gleichgiltig; jedoch will ich zu meiner Rechtfertigung anführen, daß ich niemals in einer Zeitung bekannt gemacht habe, ich führe Biere von auswärtigen Brauereien, auch ist eine solche Bekanntmachung nie mit meinem Wissen oder Willen geschehen. Wenn ein Verein solche Bekanntmachungen erläßt, ohne mich vorher davon in Kenntniß zu setzen, so ist dies nicht meine Schuld.

Der betreffende Verein hat auch mein Lokal verlassen, ohne mir bis jetzt eine Nachricht davon zu geben, hat vielmehr nur eine Notiz in Ihrem Blatte einrücken lassen.

Zum Schluß bemerke ich noch, daß in meinem Lokale noch Arbeiter verkehren, auch vorkommenden Falls Versammlungen abgehalten werden.

Hochachtungsvoll
H. Böttcher („Seeschlößchen").

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

F. P., Schmidtstr. 10. Ein Mittel gegen Sonnensprossen wissen wir nicht.

W. W. 1. Die Petrikirche. 2. Das genaue Maß ist uns nicht bekannt.

Former und Genossen!
Hiermit mache ich bekannt, daß ich wegen der Mai-Feier und der darauf folgenden Maßregelungen ein
Schankgeschäft Mantenffelstr. 32
eröffnet habe. Arbeiterblätter liegen aus; auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben. Hochachtungsvoll
1880 **Otto Gabbert,** Former.

Parteigenossen und **Freunde** lade ich zur **gemüthlichen Morgensprache** ein.
Münchener Bier u. Hülsebein-Weisse wird bei mir ausgeschänkt. Für gutes **Frühstück** ist gesorgt. Achtungsvoll
Franz Gleinert,
1882 Schankwirth,
Müllerstr. 174, Ecke Fennstr.

Achtung für Töpfer!
Ein hiesiger Töpfermeister will sein Geschäft, mit bedeutender Kundschaft, billig abtreten wegen Zurruhesetzung. Erkundigung bei **Gustav Kanow,** Stallschreiberstr. 10. 1857

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.
„Berliner Volksblatt" liegt aus. Die Herren Badegäste nach Stralau bitte um gütige Berücksichtigung meines Lokals.
G. Völklein, Mühlenstr. 59a,
1887 Rummelsburger Platz.

Allen Genossen empfehle mein [571
Weiß- und Bairischbier-Lokal.
Emil Koepnick,
Schillingstr. 30a, Ecke Magazinstraße.

Himbeersaft, 812
dick m. feinst. Zucker eingekocht Liter 1,50
Rothwein, Portwein, Flasche 1,50
Medizinischer Ungarwein,
Maitrank incl. Flasche 75 Pfennige.
Ingwer, Luft, Pommeranzen Liter 1,00.
Franz Beyer, Prinzessinnenstr. 15

Freunden u. Genossen empfehle mein **Kartoffel- und Herings-Geschäft.**
Otto Book, Rathenowerstr. 44.

Echten 700
Nordhäuser Korn
à Fl. excl. 75 Pf.
Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf.
Ingberliqueur, beste Magenmedizin 90 Pf.
Himbeersaft, dick eingekocht à Liter exkl. 1,25 M.
Cognac zu Partien empfehlenswerth, à Fl. v. 1 M. an.
empfiehlt die Groß-Destillation von
Lettau & Keil, Sophienstr. Nr. 12,
an der Rosenthalerstraße.
Geschäftsschluß Abends 8 Uhr.
Sonntags 1 Uhr!

Hut-Fabrik
Blücherstraße 11, Wilhelm Böhm.
Sämmtliche Hüte mit **Kontrolmarken.** Große Auswahl bei billigsten, festen Preisen. Großes Lager in Sonnen- u. Regenschirmen. **Reellste Bedienung.** 724

Jede Uhr
zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens **nur 1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 159
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher, **Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.**

Sämmtliche Hüte
mit Kontrolmarke
bei **Rud. Beisse, Chausseestr. 70**
(an der Panke).

Empfehle den Genossen mein [660
Cigarren-Geschäft.
Ripperntabak à Pfd. 85 Pfg.
F. Niemeyer, Weberstraße 19.

Empfehle den Lesern des „Volksblatt" mein
Uhren-Lager
und meine Reparatur-Werkstatt.
M. Klein, Neue Hochstr. 25.

Fr. Schlafst. Pinda, Monbijoupl. 10 III.

Mein Biervorlag mit Fuhrwerk (acht Jahre bestehend), sichere Brotstelle, will ich besonderer Umstände halber verk. Zu erfragen beim Restaurateur **Hannig,** Möckernstr. 146. 1683

Tischlerwerkstelle, 8 Bänke mit Material und fester Kundschaft sof. z. verk. Off. unter **R. W. 170,** Annonzen-Expedition, Große Frankfurterstr. 39. 1875

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23.**

2 Genossen finden gute Schlafstelle b. **Niese,** Koppenstr. 81, v. 4 Tr. 1884

Schlafstelle sofort zu verm. bei Pilz, Lichtenbergerstr. 18, Hof 3 Tr. [1878

Eine freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu verm. bei **Albert Schmidt,** Nollendorfstr. 18. 1871

Ein möbl. Schlafstelle mit separatem Eingang f. Herrn (Preis 7,50 M.) zu verm. Skalitzerstr. 44, v. 4 Tr. r. [1867

Ein in der **Lampenbranche** bewanderter Hausdiener und Packer sofort gesucht. **E. Zürn,** Sebastianstr. 5. [1888

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Paake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Pading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 135. Sonnabend, den 14. Juni 1890. 7. Jahrg.

Korrespondenzen.

Paris, den 9. Juni. Der opportunistische „Temps", den man gewiß keiner Parteilichkeit gegenüber revolutionären Ideen und ihren Trägern verdächtigen kann, veröffentlicht über die drei anläßlich der sogenannten Dynamitaffäre verhafteten Russinnen die folgenden Notizen. Da dieselben aus der autorisirtesten Quelle stammen, und da die Sensationspresse in den abenteuerlichsten Abgeschmacktheiten auf Rechnung der Verhafteten das Menschenmögliche geleistet, so sind die einfachen, ungeschminkten biographischen Notizen mehr als Alles geeignet, die Physiognomien der drei Frauen in ihrem wahren Lichte zu zeigen.

„Fräulein Justina Fedorowa, schreibt der „Temps", ist jetzt 22 Jahre alt, sie ist zu Odessa geboren. Im Alter von 15 Jahren fing sie unter folgenden Umständen an, Antheil am politischen Leben zu nehmen:

Einer ihrer Verwandten war nebst seinen Freunden wegen einer politischen Affäre verhaftet worden. Da das junge Mädchen den Gefangenen beständig Nahrungsmittel, Wäsche und Bücher brachte, so ließ ihre Verhaftung nicht lange auf sich warten. Man hatte ihr im Voraus die Gefahr vorgestellt, der sie sich aussetzte, jedoch ohne Erfolg. Ihre Haft dauerte acht Monate, nach deren Verlauf sie freigelassen ward, da sie infolge der im Gefängniß herrschenden Unreinlichkeit erkrankt war. Man erlaubte ihr, in das väterliche Haus zurück zu kehren, doch blieb sie polizeilicher Aufsicht unterstellt. Kaum war sie nach einigen Monaten wieder hergestellt, als sie aus Odessa verschwand. Erst nach 2 Jahren ward sie in Taganrog entdeckt.

Die Polizei entdeckte damals in dieser Stadt eine geheime Druckerei und verhaftete sämmtliche in ihr arbeitenden Personen. Unter ihnen befand sich Fräulein Sigida, welche 1889 zu Kara den Knutenhieben erlegen ist, und Fräulein Fedorowa. Letztere benutzte einen Augenblick die Unaufmerksamkeit seitens der sie umringenden Gendarmen, sprang im Moment der Verhaftung durch das Fenster und entfloh. Sie blieb einen Tag und eine Nacht lang in der Stadt verborgen, allein als sie am folgenden Tage per Eisenbahn abreisen wollte, ward sie von den Gendarmen erkannt. Man bemächtigte sich ihrer und transportirte sie nach der Peter-Paul-Festung zu St. Petersburg, wo sie zwei Jahre in Haft blieb. Der Gerichtshof verurtheilte sie zum Tode, allein diese Strafe ward in acht Jahre Zwangsarbeit in den Karaminen umgewandelt. Während sie sich zu Schiff auf der Reise nach ihrem Bestimmungsort befand, gelang es ihr in Tumen, wo das die Gefangenen führende Schiff etliche Zeit anlegte, zum zweiten Male zu entfliehen. Sie war 3000 Kilometer von Petersburg entfernt. Es glückte ihr, unentdeckt durch Rußland zu kommen, und, obgleich sie nur ihre Muttersprache kannte, kam sie bis Paris, wo sie vergeblich Beschäftigung suchte. Von der Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen ermüdet, ging sie nach Zürich, wo sie jedoch nur kurze Zeit verblieb. Sie kehrte nach Paris zurück, wo sie das Holzschneiden erlernte und darin große Fortschritte machte. (Ihr Lehrherr hat auf die behördlicherseits eingezogenen Erkundigungen in günstigster Weise über die Befähigung, den Fleiß und die Charaktereigenschaften des Frl. Fedorowa ausgesagt. Anmerk. d. Uebers.) Da jedoch ihre Gesundheit sehr erschüttert war, riethen ihr die Aerzte, behufs Herstellung in die Schweiz zu gehen. Während sie noch zögerte, ob sie dem Rathe folgen sollte, ward sie verhaftet. Da die Voruntersuchung ergeben, daß sie der Affäre durchaus ferngestanden, ist sie vor etlichen Tagen in Freiheit gesetzt worden."

Soweit der „Temps" über Frl. Fedorowa. Seinen Angaben kann noch hinzugefügt werden, daß, wie bereits an anderer Stelle mitgetheilt, Frl. Fedorowa seit ihrem Aufenthalt im Auslande keinen thätigen Antheil an der russischen revolutionären Bewegung nahm. Und dies weder aus Kampfesmüdigkeit, noch aus Enttäuschung über die verfolgten Ideale, sondern in der Erkenntniß, daß sie ihrer Natur und Entwickelung nach nur in praktischer Arbeit in und mit einer Organisation ihre Pflicht ganz erfüllen könne.

Diese Auffassung deutet schon einen der hervorstechendsten Charakterzüge des jungen Mädchens an: seine große Bescheidenheit, die übrigens mit einer ebenso stark entwickelten Pflichttreue gepaart ist, welche sich in keiner Lage ihres Lebens je verleugnet hat. Daß sich Frl. Fedorowa durch ungewöhnliche Energie ausgezeichnet, erhellt aus den zweimaligen Fluchtversuchen, ganz besonders aber aus ihrem Entkommen vom Gefangenentransport und ihre sich daranknüpfende gefahrenreiche Reise durch Rußland. Wenn auf Jemand, so paßt auf Frl. Fedorowa der Vergleich, durch den Stepniak die Jessa Helfmann charakterisirt: eine schlichte Feldblume, deren Reiz in der Einfachheit und Bescheidenheit beruht.

Uebrigens reden die biographischen Notizen des „Temps" in ihrer trockenen Thatsächlichkeit ganze Bände gegen den russischen Despotismus und der Verfahren, deren er sich bedient.

Ein junges Mädchen, richtiger ein halbes Kind, wird wegen des furchtbar staatsgefährlichen Verbrechens, politischen Gefangenen Speisen, Wäsche und Bücher zu bringen, ins Gefängniß geworfen und darin festgehalten, bis die darin herrschende Unreinlichkeit — theilweise infolge der Nachlässigkeit, zum größten Theile aber auch der Korruption, welche die für Unterhalt der Gefängnisse bestimmten Gelder in die Taschen ungetreuer Beamten fließen läßt — in ernster Weise ihre Gesundheit bedroht. Darauf die polizeiliche Ueberwachung, mit all ihren tausenderlei Scheerereien und dann als die „väterlichen Zuchtmaßregeln" mächtig dazu beigetragen haben, das junge Mädchen in eine kämpfende Revolutionärin zu verwandeln, die mit den friedlichen, aber so gefürchteten Waffen der Druckerei in der Hand gefangen genommen wird, da nehmen die scheußlichen Kasematten der Peter-Paulsfestung die Fedorowa auf, da läßt das Todesurtheil nicht auf sich warten. Man denke, das Todesurtheil dafür, daß das junge Mädchen in einer revolutionären Geheimdruckerei gearbeitet, etliche revolutionäre Zeitungsnummern, Broschüren und Proklamationen gesetzt hat! Aber das Todesurtheil wird durch die „Milde des Zaren" in achtjährige Zwangsarbeit in den Karaminen umgewandelt, d. h. der schnell arbeitende und relativ barmherzige Strang wird durch langsame, qualvolle körperliche und vor allem seelische Folterqualen ersetzt, die fast unfehlbar zum Wahnsinn oder Selbstmord, auf alle Fälle zum körperlichen und geistigen Siechthum führen. Und als das junge Mädchen unter namenlosen Gefahren und Entbehrungen glücklich entkommt, da heftet eine hohe kaiserliche Polizei ihre Spitzel an seine Fersen und läßt es bei der ersten besten Gelegenheit ohne Grund denunziren, um es der Maßregelung der Behörden des Landes preiszugeben, in dem es eine Zuflucht gefunden. — Kommentare überflüssig.

Ueber Frln. Bromberg und Frau Reinstein schreibt der „Temps":

„Frl. Bromberg hat einen durchaus anderen Charakter. Wenn man ihren Freunden und Landsleuten Glauben schenken darf, so hat sie sich weder in Rußland noch sonstwo mit politischen Angelegenheiten befaßt. Sie ist 21 Jahre alt und entstammt einer armen israelitischen Familie von Krementscheck (Gouvernement Pultawa). Sie hat in einem Gymnasium glänzende Studien gemacht, für welche ihr die goldene Medaille — eine ziemlich selten gewährte Auszeichnung — zuerkannt wurde. Sie war sehr arbeitsam und unterstützte ihre Familie, indem sie Stunden gab. Sie kam nach Paris, als in Rußland die medizinischen Vorlesungen für Frauen geschlossen wurden. Sie beschäftigte sich hier gleichzeitig mit dem Studium des Französischen und ihrer Vorbereitung für das Externat an den Spitälern. Irrthümlicher Weise ist von verschiedenen Zeitungen behauptet worden, daß Fräulein Bromberg im Moment ihrer Verhaftung im Begriff stand, nach Rußland abzureisen. Sie war vielmehr entschlossen, die Ferien in Paris zu verleben, wo sie während der Zeit eine Zeichnenschule zu besuchen beabsichtigte."

„Was Frau Reinstein anbetrifft, so verbirgt dieselbe nicht ihre liberalen Ideen. Sie ist jetzt 24 Jahre alt und entstammt einer ehemals sehr reichen Familie russischer Gutsbesitzer. Ihren Vater, dem Oberst Mohilef waren nochmals recht wichtige Posten angeboten worden, allein seines vorgeschrittenen Alters und seiner schlechten Gesundheit wegen hatte er dieselben ausgeschlagen. Ein Onkel der Frau Reinstein zählte zu jenen Russen, welche von den Kriegen gegen Napoleon I eine große Hinneigung zu den Ideen von 1789 mit heimgebracht hatten und die in ihrem Vaterlande liberale Reformen einführen wollten, aber hieran von dem Kaiser Nikolaus gehindert wurden.

Die Ideen des Onkels finden sich noch ausgesprochener bei Frau Reinstein wieder. Nachdem diese ihre ersten Studien in einem Gymnasium beendet hatte, ging sie nach Zürich, dann nach Bern, wo sie in diesem Monat das Endexamen als Doktorin der Medizin bestehen sollte. Die Dissertation, welche sie zu diesem Zweck verfaßte, sollte auf Kosten der Universität Bern im Druck erscheinen, eine Vergünstigung, welche die Universität nur Studien gewährt, denen sie einen hohen Werth zuerkennt."

Wie stimmen zu diesen streng thatsächlichen Notizen die Charakteristiken der Sensationspresse? Geheimniß der russischen Botschaft!

Soziale Uebersicht.

Aufruf an alle Glasergesellen Berlins und Umgegend! Kollegen! Wider Erwarten weigern sich die Meister in Frankfurt a. M., die gerechten Forderungen unserer Kollegen zu bewilligen. Ja, es hat den Anschein, als ob namentlich die verheiratheten Kollegen gemaßregelt werden sollen. Die Mehrzahl unserer Kollegen ist aber verheirathet. Was dieselben für einem Elend entgegengehen, wenn sich ihre Kraft als zu schwach erweist, das weiß ein Jeder von uns. An Muth, ihre gerechten Forderungen hoch zu halten, fehlt es den Frankfurter Kollegen nicht, wohl aber an Geld. Deshalb, Kollegen, appelliren wir an Euer Solidaritätsgefühl und bitten Euch, daß jeder sein Scherflein nach Kräften dazu beisteuert. Beweist, daß Ihr endlich aus dem Schlafe erwacht seid, in welchem die Berliner Glasergesellen bis jetzt gelegen haben. Der unterzeichnete Vorstand der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend nimmt am Sonnabend, den 14. Juni, Abends, Unterstützungsgelder für die Frankfurter Kollegen auf der Glaserherberge, Ritterstraße 123 bei Stramm, entgegen. Im Auftrage: W. Hüneke, I. Kassirer, Blücherstraße 32.

Achtung. Maurerstreik in Rostock i. M. ausgebrochen. Wir ersuchen die Maurer, Putzer, Fliesenleger 2c. den Zuzug fernzuhalten. Briefe und Sendungen sind zu richten an Aug. Berger, Beguinenberg 10, Maurerherberge, Rostock i. M.

Versammlungen.

Abgeordneter Liebknecht vor seinen Wählern. An der äußersten Weichbildgrenze des nordwestlichen Berlins, in der am Ausgange der Straße „Alt-Moabit" belegenen „Volksbrauerei" fand vorgestern Abend eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, in der eine Rede des Abg. Liebknecht über die gegenwärtige Lage angekündigt war. Trotz des strömenden Regens war der große Saal schon lange vor Beginn der Versammlung derartig überfüllt, daß, obwohl die Tische und Stühle aus dem Saale entfernt waren, viele Hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Abg. Liebknecht, mit stürmischem Beifall und Hochrufen begrüßt, dankte zunächst für das ihm am 20. Februar entgegengebrachte Vertrauen und entschuldigte sich, daß er seit der letzten Wahlkampagne noch nicht vor seinen Wählern erschienen sei. Der Redner wies alsdann auf die Bedeutung des 20. Februar hin, an dem die deutsche Sozialdemokratie den Beweis geliefert habe, daß sie eine mächtige politische Partei sei, mit der gerechnet werden müsse. Die Gegner behaupten allerdings, so etwa fuhr Liebknecht fort, die sozialdemokratischen Wähler kennen zumeist nicht die Endziele der Sozialdemokratie. Ich bestreite das ganz entschieden. Wenn auch nicht jeder sozialdemokratische Arbeiter „das Kapital" von Karl Marx gelesen hat, so weiß er doch durch das Lesen der Arbeiterblätter, daß alle Werthe nur durch Arbeit geschaffen werden und daß es ein ungesunder Zustand ist, daß derjenige, der zufällig über Kapitalien verfügt und in der Lage ist, sich die Arbeitsmittel anzuschaffen, auch den Ertrag aller Arbeiten genießen kann, ohne selbst nur im geringsten zu arbeiten. Jeder sozialdemokratische Arbeiter weiß, daß die Sozialdemokratie auf die Vernichtung dieser Zustände hinarbeitet und daß, ehe diese Zustände nicht beseitigt sind, eine wirkliche soziale Reform unmöglich ist. Daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar sind, beginnt man bereits in den Kreisen der Regierung einzusehen. Die Bourgeoisie hat die kaiserlichen Erlasse als ein Wahlmanöver, als einen Schlag ins Gesicht der Sozialdemokratie bezeichnet. Abgesehen davon, daß dies eine indirekte Majestätsbeleidigung ist, so behaupte ich: die kaiserlichen Erlasse waren kein Wahlmanöver, sondern ein Schlag ins Gesicht dem Manchesterthum und ihrem Hauptvertreter dem Fürsten Bismarck. (Stürmischer Beifall.) Als ich im vergangenen Sommer vom internationalen Arbeiterkongreß aus Paris kam und über die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse Bericht erstatten wollte, da wurden alle diese Versammlungen verboten, jedenfalls weil man der Meinung war, daß die Kongreßbeschlüsse an Hochverrath streifen. Einige Monate darauf wurde in den kaiserlichen Erlassen das, was auf dem internationalen Arbeiterkongreß zu Paris beschlossen worden ist, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch zum Theil für richtig anerkannt und die Nothwendigkeit, eine internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung herbeizuführen, den Regierungen zur Pflicht gemacht. Damit hat nicht die Sozialdemokratie, sondern das Großkapital einen Schlag ins Gesicht erhalten. Die Sozialdemokratie hat im Gegentheil einen großen Triumph gefeiert und es ist nunmehr ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß das, was in den kaiserlichen Erlassen versprochen, auch erfüllt wird. (Lebhafter Beifall.) Wir akzeptiren Alles, was geeignet ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern, damit geben wir aber unsere Forderungen nicht auf. Die Gegner glaubten: es werde durch die kaiserlichen Erlasse innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine Spaltung eintreten. Allein die sozialdemokratische Partei hat einen Polarstern, der dafür sorgt, daß sie ihre Kursrichtung nicht verliert, das ist das sozialdemokratische Programm. Die sozialdemokratische Partei, die vor 27 Jahren im Sturm geboren ist, steuert muthig und unentwegt auf ihr Ziel los, ohne ihren Polarstern auch nur im Geringsten aus dem Auge zu verlieren. Wer auf dem Wege schwach wird, der wird bei Seite geschoben, und wer seine Person nicht der Sache unterordnet, der fliegt einfach hinaus. Eifersüchteleien und Personenkultus kennt die sozialdemokratische Partei nicht. Jeder Genosse hat sich in den Dienst der Partei zu stellen, Einer ist genau so viel wie der Andere. Vollständige Kameradschaft, Einer für Alle, Alle für Einen. In der Theorie herrsche vollständige Freiheit. Jeder Genosse hat das Recht der freien Forschung, wir sind Jedem dankbar, wenn er uns neue Gedanken bringt. Allein bezüglich der Disziplin hat jeder Genosse sich dem Ganzen unterzuordnen. Thut er das nicht, so ist keine Spaltung eingetreten, sondern derjenige, der seine Person nicht der Sache unterordnen will, fliegt einfach hinaus. Der Kampf für die Arbeiterschutzgesetze stellt sich immer mehr als ein Feldzug gegen das Großkapital dar. Die Regierung beginnt auch bereits Konzessionen zu machen. Man geht damit um, sowohl das Wahlrecht, als auch das Koalitionsrecht zu beschränken. Wir sind selbstverständlich nicht gewillt, die zwei heiligsten Rechte des Arbeiters irgendwie beschränken zu lassen und sind überzeugt, daß in diesem Kampfe unsere Wähler hinter uns stehen werden. Freies Koalitionsrecht ist die beste Sozialreform. Ohne Koalitionsrecht ist der Arbeiter Sklave des Kapitals. Das Koalitionsrecht hat auf wirthschaftlichem Gebiete dieselbe Bedeutung wie das Wahlrecht auf politischem Gebiet. Sollte es gelingen, dem Arbeiter seine beiden heiligsten Rechte zu nehmen, dann würde Deutschland in die Reihe der barbarischen Nationen gehören, wo schließlich nur noch die Gewalt entscheidet. (Stürmischer Beifall.) Daß eine friedliche Entwicklung möglich ist, wenn die Arbeiter unbeschränktes Koalitionsrecht besitzen, haben die Vorgänge bei dem Streik der Dockarbeiter in London bewiesen. In England, Amerika u. s. w. werden die Arbeiter wohl ebenfalls ausgebeutet, aber der Kapitalist erblickt in seinem Arbeiter nicht, wie in Deutschland, einen willenlosen Sklaven, sondern einen gleichberechtigten Menschen. (Stürmischer Beifall.) Derartige Zustände müssen auch in Deutschland Platz greifen. Der Kapitalist sollte seine Arbeiter nicht blos als gleichberechtigte Menschen behandeln, sondern ihnen noch obendrein dankbar sein, daß er von ihnen ernährt wird. Die Herren sollten bedenken, daß ihr Kapital keinerlei Werthe schafft. Vernünftige Kapitalisten, die etwas von Nationalokonomie verstehen, wissen das auch. Es ist ihnen bekannt, daß wir in unseren eigenen Reihen Kapitalisten haben. Wenn ich in der glücklichen oder unglücklichen Lage wäre, eine Fabrik zu besitzen, dann könnte ich auch nichts weiter thun, als die Arbeiter als gleichberechtigte Menschen zu behandeln und ihnen alle möglichen Erleichterungen zu gewähren. Unser Kampf richtet sich auch nicht gegen den einzelnen Kapitalisten, sondern gegen das kapitalistische System. (Stürmischer Beifall.) Der Redner erörterte hierauf die Bedeutung des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris. Es habe in Paris ein Arbeiterparlament getagt, wie es die Welt noch niemals gesehen. Während die verschiedenen Nationen sich gegenseitig befehden, seien die Arbeiter der ganzen Erde, soweit es moderne Gesellschaft giebt, in Paris zusammengekommen, und haben einen Weltfriedensbund gestiftet, der seinen ersten Ausdruck am 1. Mai gefunden habe. Der Redner bemerkte im Weiteren, daß die Militärvorlage im Reichstage jedenfalls angenommen werden wird. Die Sozialdemokraten, die im Interesse der Sicherung des Friedens die Abschaffung aller stehenden Heere und die Einführung des Milizsystems fordern, werden selbstverständlich gegen die Vorlage stimmen, selbst wenn die Regierung Konzessionen bezüglich der Abkürzung der Dienstzeit, für die auch die Sozialdemokraten stimmen werden, machen sollte. Der Redner schloß mit etwa folgenden Worten: Das Sozialistengesetz wird nun in den Sumpf zurückkehren, aus dem es gekommen ist. Ich halte dasselbe bereits für gefallen und werde auch nach der Vertagung des Reichstages in Berlin bleiben und zu Ihrer Verfügung stehen. (Beifall.) Daß wir jemals unser Ziel aus dem Auge verlieren, ist unmöglich. Die Sozialdemokratie kommt zu keiner Regierung, die Regierung kann höchstens zur Sozialdemokratie kommen. Ich wiederhole: wir nehmen alles, was wir erreichen können, wir werden jedoch nicht eher ruhen, bis wir unser Ziel erreicht haben. Und da der Mensch niemals zufrieden ist, so ist es möglich, daß wir uns auch damit noch nicht begnügen, sondern noch weitere Forderungen stellen. Neue Zeiten gebären neue Ideen. So wollen wir denn muthig und unentwegt auf unser Ziel losteuern. Will man ein friedliches Entgegenkommen, so soll es uns lieb sein. Will man aber den Kampf, nun gut, dann werden wir kämpfen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) — Auf eine schriftliche Anfrage bemerkte noch Liebknecht, daß der Berichterstatter des „Petit Journal", den er nur wenige Augenblicke im Foyer des Reichstages gesprochen, seine Aeußerungen falsch wiedergegeben und daß dieselben in der deutschen Presse noch mehr entstellt worden seien. Er habe gesagt, daß die deutschen Sozialdemokraten keine Revolutionsmacher, d. h. keine Anarchisten seien. Die kaiserlichen Erlasse bedeuten ein Anerkenntniß der sozialdemokratischen Forderungen. Allein keine Regierung, und wäre ihre Macht auch noch so groß und ihr Wille der beste von der Welt, ist im Stande die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen. Allerdings wird die Regierung, wenn sie die in den kaiserlichen Erlassen enthaltenen Versprechungen erfüllen will, immer mehr nach links gedrängt werden. Allein die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen, dazu fehlt der Regierung, und wäre ihre Macht noch so groß, ebenso die Fähigkeit, wie den Monarchen, die vor hundert Jahren sich bemühten, die bürgerliche Gesellschaft ins Leben zu rufen. Die alte Gesellschaft ist einmal im Absterben begriffen, die kaiserlichen Erlasse können bei der neuen sozialistischen Gesellschaftsform höchstens Geburtshilfe leisten. Die Emanzipation der Arbeiterklasse kann aber nur durch die Arbeiterklasse selbst geschehen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) — Es wurde hierauf zur Unterstützung derjenigen Arbeiter aufgefordert, die, da sie am 1. Mai gefeiert, keine Arbeit mehr erhalten können. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und Liebknecht wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Mechaniker und verwandten Berufsgenossen wurde am 11. d. M. in May's Festsälen, Beuthstr. 22, abgehalten. Das Bureau bildeten die Herren Pinn, Schönemann und Becker und lautete der erste Punkt der Tagesordnung: „Endgiltige Berichterstattung des Streikausschusses", namens dessen Herr Schönemann referirte. Die Ortskommission hatte an die Arbeitgeber ein Anschreiben gerichtet, mit dem Ersuchen, die event. Bewilligung der revidirten Forderungen der Gesellen schriftlich in ihre (der Ortskommission) Hände gelangen zu lassen. Als Termin, an welchem die Forderungen in Kraft treten sollen, ist bekanntlich der 16. d. M. bezw. der erste Tag der Arbeitswoche, in welche der 16. fällt, festgesetzt worden. Ohne Vorbehalt bewilligt haben bis jetzt 62 bezw. 63 Firmen, davon der größte Theil, bis auf wenige Ausnahmen, schriftlich. Herr Schönemann konstatirte ferner, daß die Streikkommission voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan habe. Jetzt beginne die Arbeit hauptsächlich für die Gehilfen als solche, indem sie

voll und ganz für die gestellten Forderungen eintreten und vom 16. d. M. ab nur in solchen Werkstätten arbeiten müßten, welche die Forderungen bewilligt haben. Redner schloß mit den Worten: Die Kommission hat ihre Schuldigkeit gethan, nun thun Sie die Ihrige! — Wie in der Versammlung festgestellt wurde, sind bei den Firmen, welche die Forderungen bewilligt haben, ungefähr 900 Gehilfen beschäftigt. Dies Resultat wurde als ein günstiges bezeichnet. Wenn auch ca. 1500 Mechanikergehilfen in Berlin sind, so ist doch ein sehr großer Theil derselben in Fabriken beschäftigt, die hier gar nicht in Betracht kommen, wie Frister und Roßmann ꝛc., wo es sich lediglich um rein mechanische Werkstätten handelt. Herr Trittelwitz zollte auch den Arbeiten und Erfolgen der Streikkommission vollen Beifall und ermahnte seinerseits ebenfalls die Kollegen, hinter der Streikkommission und den Forderungen zu stehen und auf diejenigen Arbeitgeber, welche die Forderungen noch nicht bewilligt haben, den erforderlichen Druck auszuüben. Herr Schönemann machte noch besonders darauf aufmerksam, daß der Arbeitsnachweis, eine Forderung, um welche in anderen Gewerkschaften ein heftiger Kampf entbrannt ist bezw. noch entbrennen wird, sich vollständig in den Händen der Gehilfen befindet und diese Forderung verhältnißmäßig sehr leicht erreicht worden wäre. Auch haben sich die Arbeitgeber, welche die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, bereit erklärt, solche Gehilfen, welche behufs Durchführung der Forderungen die Arbeit einstellen, vorzugsweise in Arbeit zu stellen. Auch wurde besonders hervorgehoben, daß jede Aufforderung eines Arbeitgebers zur Ueberstundenarbeit einen Lohnzuschlag gemäß den gestellten Forderungen zur Folge habe. Das Hauptbestreben müsse es natürlich sein, die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit nach Möglichkeit zu beseitigen. Diejenigen Werkstätten, welche nicht bewilligt haben, zerfallen allgemein in zwei Kategorien und zwar in etwa 8 große Fabriken und etwa 49 kleinere Werkstätten, unter diesen viele, welche mit der Arbeiterbewegung bisher keinerlei Fühlung genommen haben. Leider sei den großen Fabriken, wie Ludwig Löwe, Frister u. Roßmann ꝛc. zur Zeit in keiner Weise beizukommen. Die dort beschäftigten Mechaniker seien in der Minorität und würden dieselben nur geschädigt werden, ebenso auch die Organisation, würden sich diese der Lohnbewegung anschließen. Anders stehe es in der Fabrik von Siemens, wo die Mechaniker noch mit 36 Pf. Stundenlohn abgespeist werden. Da die „Simensianer" bisher noch keine Veranlassung genommen haben, eine Versammlung einzuberufen und auch ihrerseits Forderungen zu stellen, so beabsichtigt die Streikkommission, demnächst eine Versammlung der „Simensianer", der „Aristokraten der Mechaniker" einzuberufen, jedoch wird, wie versichert wurde, dafür gesorgt werden, daß nicht, wie seiner Zeit bei Buggenhagen, die Knüppelgarde in Aktion trete. Beschäftigt sind bei Siemens (Stadtgeschäft) ungefähr 300 Gehilfen, in den übrigen Fabriken zusammen etwa 150 Gehilfen. Im Laufe der weiteren Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß ein Stillstand in der Bewegung nunmehr unmöglich eintreten könne, sollten nicht die bisher erzielten Erfolge aufs Spiel gesetzt und auf die Erringung weiterer Erfolge Verzicht geleistet werden und daß besonders der Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen sei. Zur einstimmigen Annahme gelangte folgender Antrag: Stelle den Antrag, den in der vorigen Versammlung gefaßten Beschluß hochzuhalten und daß alle Vertrauensmänner Listen aufstellen mit den Namen derjenigen Kollegen, welche vom 16. d. M. ab die Arbeit einzustellen gedenken. Diese Listen sind der Streik-Kommission zu übergeben, von der das Weitere sicherlich zur Zufriedenheit aller Kollegen geregelt werden wird."

Der in der vorigen Versammlung gefaßte Beschluß lautet:

„Die am 21. Mai im Böhmischen Brauhause versammelten Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend verpflichten sich, von der Geschäftswoche an, in welche der 16. Juni fällt, nur in den Werkstätten zu arbeiten, wo die Forderungen der Gehilfen in der von der Lokalkommission vorgeschlagenen Form eingeführt sind, insbesondere auch den von den Prinzipalen anerkannten Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Des Weiteren verpflichten sich die Versammelten, die dadurch event. arbeitslos werdenden Kollegen nach besten Kräften zu unterstützen und ohne Ausnahme einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. pro Mann zum Streikfonds zu leisten."

Ferner wurde beschlossen, diejenigen Firmen, welche die Forderungen bis zum 16. d. Mts. bewilligt haben, durch Flugblätter zur Kenntniß der Gehilfenschaft zu bringen. Auch wurde die Nothwendigkeit einer festen Organisation hervorgehoben und der Beitritt zum Verbande deutscher Mechaniker und verwandten Berufsgenossen dringend empfohlen, sowohl um die erzielten Errungenschaften festhalten, als auch um neue Forderungen durchbringen zu können, da der Minimalverdienst von 21 M. pr. Woche in keiner Weise zureichend sei. Hiermit war der 2. Punkt der Tagesordnung erledigt und die Versammlung ging zum Punkte „Verschiedenes" über. Nachdem von verschiedenen Seiten der dringende Appell an die Kollegenschaft gerichtet worden war, fest zusammenzustehen und nicht zu wanken und muthvoll und geschlossen vorwärts zu schreiten auf dem eingeschlagenen Wege, sowie die Sammlungen zum Generalfonds mit freudigem Eifer zu betreiben, um die eventuell Streikenden unterstützen zu können, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung und auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Polizeilich aufgelöst wurde am Mittwoch Abend eine Versammlung der Möbeltransport-Arbeiter, die in Feuersteins Lokal, Alte Jakobstraße, tagen wollte, um u. A. auch die in diesem Gewerbe noch ihrer Lösung harrende Trinkgelderfrage zu besprechen. Die Auflösung erfolgte, weil man vergessen hatte, dem überwachenden Beamten vor Eröffnung der Versammlung die polizeiliche Anmeldung zu überreichen.

Versammlung der Drechsler Deutschlands. Die Ortsverwaltung Berlin I hielt am Montag, den 9. Juni, ihre Mitglieder-Versammlung Annenstr. 16 ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Bölsche über „Entstehung der Erde". 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Unter „Geschäftliches" wurde einem kranken Kollegen, dessen Familie sich in Noth befindet, 5 Mark bewilligt. Dann hielt Herr Bölsche seinen Vortrag zur größten Zufriedenheit der Anwesenden. Die Kollegen wurden ersucht, sich reger an den Mitgliederversammlungen zu betheiligen. Die Betheiligung ist stets eine schwache; es hat den Anschein, als wenn die Drechsler beim Erwachen des Frühlings schlafen gegangen sind. Außerdem wurden die Kollegen ersucht, reger für den Streikfonds zu sammeln. Es wurde ein Antrag gestellt und auch angenommen, die Versammlungen jeden 2. Montag im Monat fallen zu lassen. Die nächste Versammlung findet noch Montag, den 23. Juni, wieder mit einem Vortrag statt.

Die Stuckateure Berlins und Umgegend fanden sich am Dienstag, den 10. Juni, in einer öffentlichen, recht zahlreich besuchten Versammlung zusammen. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Hugo Grünberg „Ueber die Nothwendigkeit einer Zentral-Streik-Kontrollkommission" und der Wahl von Delegirten entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute in Zemter's Salon, Münzstr. 11, tagende öffentliche Versammlung der Stuckateure Berlins und Umgegend stellt sich voll und ganz auf den Boden des Referats und erkennt die Nothwendigkeit einer Wahl von Delegirten zur Zentral-Streik-Kontrollkommission dringend an. Daraufhin wurden zwei Delegirte gewählt. Die Wahl von Delegirten zum zweiten deutschen Stuckateurkongreß wurde vertagt bis zu der in der nächsten Woche stattfindenden Versammlung.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 8. d. Mts., fand im Restaurant Lüdicke zu Reinickendorf, Amendestraße 1, eine Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter unter dem Vorsitz des Herrn Thal statt. Da bei Eröffnung der Versammlung der Referent, Herr Fr. Zubeil, noch nicht erschienen war, so trat die Versammlung, in der Hoffnung, daß derselbe noch erscheinen würde, was indeß leider nicht der Fall war, in Punkt 3 der Tagesordnung, Gründung eines Fachvereins der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter, ein. Zunächst erstattete Herr Thal, als Mitglied der Kommission, welche zur Ausarbeitung des Vereinsstatutes gewählt worden, Bericht über die Thätigkeit der Kommission. Hieran schloß sich eine längere Diskussion, an welcher sich die Herren Gaßmann, Vollmann, Wimmich, Dülfert und Schäfer betheiligten. Die Statuten wurden einstimmig angenommen und ein provisorischer Vorstand, bestehend aus vier Personen (Thal, 1. Vorsitzender, Witte, 2. Vorsitzender, Stoll, Kassirer, und Duchateau, Schriftführer) gewählt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung referirte Herr Walenthin in sehr eingehender Weise in einem, 1¼ Stunde dauernden, oft von Beifall unterbrochenen Vortrag über das Thema: „Zweck und Ziele einer Organisation." An der Diskussion betheiligten sich außer den oben Genannten noch die Herren Duchateau und Schäfer. Nachdem noch der Antrag, kein Bier aus einer boykottirten Brauerei zu trinken, angenommen und zum Abonnement auf die Arbeiterblätter, besonders auf das Organ der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter, „Der Arbeiter", aufgefordert, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verein die Versammlung.

Solidarität!

Arbeiter! Nur Hüte, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißleder tragen, bieten Garantie, daß den Verfertigern gerechter Lohn wurde!

Kauft nur Hüte mit dieser Marke!

In folgenden Geschäften sind **Hüte mit Kontrolmarken** zu haben:

H. Aerisens, Prinzenstr. 28.
L. Asch, Rixdorf, Bergstr. 120.
C. Adler, Köpenick, Böttcherstr.
R. Antoni, Chausseestr. 60.
F. Bay, Frankfurterstr. 66.
R. Beisse, Chausseestr. 70.
C. Böttcher, Friedrichshagen, Berlinerstraße.
E. Bergmann, Markgrafenstr. 98.
O. Böttcher, Lichtenbergerstr. 1.
A. Bracklow, Lothringerstr. 27.
H. Bodinius Nfg., Potsdamerstr. 129.
A. Binn, Landsbergerstr. 43.
W. Böhm, Blücherstr. 11.
A. Becker, Reinickendorferstr. 14a.
H. Diederich, Oranienstr. 9.
„ Mariannenstr. 43.
A. Dröbeljahr, Weinbergsweg 3a.
Paul Drenske, Oranienstr. 172.
H. W. Dencker, Köpnickerstr. 9b.
F. de Roche, Yorkstr. 8.
A. Ernst, Barnimstr. 17.
A. Fuchs, Manteuffelstr. 35.
„ Skalitzerstr. 39.
G. Gottmann, Frankfurterstr. 130.
G. Gross, Frankfurter Allee 167.
Theodor Gerlach, Linienstr. 39.
H. Geissler, Wilsnackerstr. 46.
P. Grund, Brunnenstr. 136.
P. Haupt, Große Frankfurterstr. 145.
H. Hase, Invalidenstr. 129.
E. Hunger, Badstr. 44.
L. Hammer, Köpnickerstr. 171.
M. Hensel, Wadzeckstraße 9.
F. Julow, Pankow, Breitestr. 24.
P. Polvoigt, Bülowstr. 18. (Eingang Frobenstr. 12.)
C. Rättig, Fehrbellinerstr. 88.
Renz & Böhme, Oranienstr. 6.
E. Rieck, Badstr. 64.
E. Rasmack, Poststr. 17.
E. Radlow, Charlottenburg, Berlinerstr.
W. Röhrich, Frankfurter Allee 18a.
A. Rossdeutscher, Waldemarstr. 63.
O. Räder, Fürstenwalderstr. 2.
L. Ritzewoller, Bellealliancestr. 104.
E. Samuel, Bellealliancestr. 95.
E. Sarsch, Stralauerstr. 13—14.
A. Simbeck, Fischerstr. 8.
C. Sarsch, Fehrbellinerstr. 56.
W. Rother, Nostizstr. 20.
W. Sy, Brunnenstr. 139.
A. Schumann, Gerichtstr. 17.
O. Schulze, Fehrbellinerstr. 93.
A. Schlegel, Brunnenstr. 33.
Rud. Schmidt, Chausseestr. 6.
C. Schulz, Zionskirchplatz 6.
G. Schwaneberger, Greifswalderstr. 54.
C. Schwanikow, Invalidenstr. 21.
E. Schmidt, Louisenstr. 45.
O. Schüssler, Rosenthalerstr. 50.
O. Jörs, Pankstr. 5a.
P. Kupz, Prinzen-Allee 87.
J. Kessner, Koppenstr. 74.
A. Kehr, Köpnickerstr. 126.
G. Köpke, Prinzenstr. 60.
„ Potsdamerstr. 126a.
W. Kliem, Bernauerstr. 108.
J. Kock, Kastanien-Allee 80.
G. Knacke, Andreasstr. 24.
„ Alexanderstraße 37.
Ph. Krull, Rheinsbergerstr. 50.
A. Lemke, Schönhauser Allee 138/139.
O. Liskow, Oranienstr. 47a.
A. Lissmann, Gerichtstr. 7.
A. Lange, Brunnenstr. 136/137.
H. Meissner, Neue Hochstr. 48.
C. Möwes, Andreasstr. 51.
C. Music, Potsdamerstr. 37.
R. Müller, Invalidenstr. 117.
E. Müller, Dreysestr. 14 (Moabit).
A. Nauen, Wrangelstr. 99.
F. Sporrenter, Poststr. 16.
C. Streblow, Brückenstr. 15a.
J. Stobey, Oranienstr. 170.
P. Stockmar, Grüner Weg 72.
P. Stahl, Grüner Weg 37.
A. Vierow, Alte Schönhauserstr. (Ecke Münzstr.)
L. Vetter, Alexandrinenstr. 99.
A. Weiss, Reinickendorferstr. 6.
C. Wanke, Rixdorf, Bergstr. 9.
A. Wittenbecher, Moabit, Birkenstr. 9.
O. Wirthschafter, Brunnenstr. 125.
W. Zapel, Skalitzerstr. 131 (neben Frister u. Rosmann).
Victor Krull, Stralsunderstr. 11.
P. Hansen, Münchebergerstr. 26.
E. Dittmar, Ackerstr. 68a.
Rud. Weidner, Dresdenerstr. 100.
Renz & Böhme, Potsdamerstr. 104.
Rich. Neubauer, Alte Schönhauserstr. 59.
C. Töpfer, Andreasstr. 77.
W. Hildebrandt, Schönhauser Allee 4.
A. Weimann, Wilsnackerstraße Nr. 64 (Moabit).
O. Mühlberg, Biesenthalerstr. 18.
A. Birkenfeld, Blumenstr. 54.
Wittwe Hofmeister, Moabit, Thurmstraße 10.
S. Seckeler, Strelitzerstr. 9.
S. Spiegel, Rosenthalerstr. 40.

Wir machen die Genossen ganz besonders auf die von uns veröffentlichten Geschäfte aufmerksam, und bitten dringend, genau darauf zu achten, **daß die Marke** nicht erst beim Kaufen eingeklebt wird.

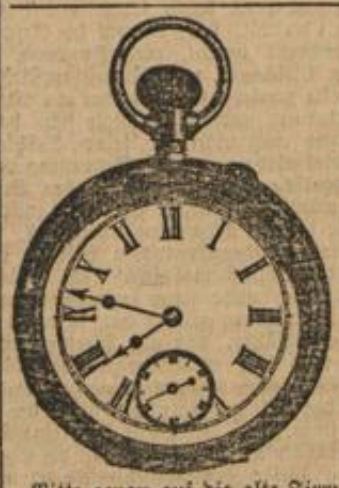
587] **Die Arbeiter-Kontrol-Kommission.**
J. A.: **C. Kempe**, Georgenkirch-Platz 8.

Arbeiter-Buchhandlung
R. Baginski,
Dresdener-Strasse 52—53 (City-Passage).

Robert Blum, v. W. Liebknecht, geb. 2,—
Geschichte der Erde, 22 Liefergn., a 20 Pf., geb. 5,90
Die französische Revolution, 20 Lieferungen, a 20 Pf., geb. 5,50
Die deutschen Vereinsgesetze, von Lisko, kart. 1,50
Bellamy, Rückblick a. d. Jahre 2000 auf 1887. (E. sozial. Rom.), geb. 0,40
Dostojewski: Aus d. todten Hause (Sibirien) geb. 0,60
Moses oder Darwin? v. Dodel-Port 1,—
Spaziergänge eines Atheisten, geb. 0,60
Der deutsche Reichstag (Photogr. sämmtlicher Reichstags-Abg.) 0,40
Deutsche Reichstags-Wahlkarte 0,30
Wieder vorräthig: **Tolstoi**, Krieg und Frieden) statt 15 M. 6,00

Abonnements auf Zeitschriften (Neue Zeit a Heft 0,50, Zeitgeist a Heft 0,50, Freie Bühne a Heft 0,40 ꝛc.), werden pünktlich besorgt. Sämmtliche Schriften aus dem Verlage von **J. H. W. Dietz** auf Lager.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß ich das [1789
Restaurant Weinstr. 22, früher W. Haugk,
übernommen habe und hoffe ich, das Vertrauen Aller ferner zu genießen. Für **gute Speisen und Getränke** ist auf das Gewissenhafteste gesorgt.
Ein Zimmer für Vorstandssitzungen ist noch für einige Tage vakant.
Achtungsvoll **Max Pietsch.**



G. Scharnow's
Älteste und anerkannt leistungsfähigste
Uhren-Fabrik
En gros **Berlin S.,** Export
Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz,
besteht seit 1860. Anerkannt beste Bezugsqu.
Nickel-Remontoir-Uhren von 10—15 M.
Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an
Goldene Damen-Uhren . . v. 20 M. an
do. Ancre-Herren-Remontoir-Uhren . . . v. 50 M. an
Regulateure . . . . . v. 8 M. an
do. in polirtem Nußbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr. lang, 14 Tage gehend . v. 14 M. an
Wecker-Uhren in verschied. Mustern . . . . . v. 3,50 M. an

Reparaturen nach Uebereinkunft. Cylinder-Uhren reinigen 1,50 M.

Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten. 951

Möbel auf Theilzahlung Lothringerstr. 75. Hugo Lewent.

ADOLF GERECHTER
Reinickendorfer-Strasse 68.
Filiale
meiner Fabrik, Berlin C., Spandauerstr. 36|37 I
(gegründet 1873). [1868
Herren- u. Knaben-Garderobe
vom einfachsten bis zum besten Genre, sowie
dauerhafte Arbeits-Anzüge.
Gr. Auswahl in allen Stoffen! Schnellste Anfertigung nach Maass!
Direkter Fabrikverkauf. — Kein Zwischenhandel.
Wirklich reelle Engros-Preise.

Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre, 1004
Berlin, Oranienstr. 158.
Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** imit. Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mark.
Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Zum 831
Roth. Cylinderhut
Nur **Hüte** mit **Arbeiter-Kontrolmarke.**
Größte Auswahl in **Strohhüten.**
Skalitzerstraße 131, neben Frister und Rosmann.
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

Unzerreissbare Handschuhe verkauft **Henri Littmann** Oranienstr. 140.
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
Unzerreissbare
675

Jede Uhr
zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
1,50 Mark.
Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen.
Gust. Bleuk, Rosenthalerstr. 10. (a. d. Auguststr.)

953 **Albert Auerbach,**
Berlin S., Kottbuser Damm 7, nahe der **Kottbuser Brücke.**
Schuh- und Stiefel-Lager
für Herren, Damen und Kinder.
Reelle Bedienung. Feste Preise.

Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle bei Bedarf meine 163
Cigarren-Geschäfte.
Eig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen.
E. Storde, Köpenickerstraße 24, Universitätsstraße 3 B.

Schuh- u. Stiefel-Lager eigen. Fabr. empfiehlt
A. Manthey, Linienstraße 245, nahe der Neuen Königstr.
1740

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.